

Hier entscheiden junge Menschen!
Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets
und Schüler*innenHaushalte in Brandenburg

JUBU
Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets

mit
Machen e.V.

 **DER PARITÄTISCHE**
Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg

Gemeinschaftsstiftung
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
in Brandenburg

 **Kinder & Jugend
BETEILIGEN**

KOMPETENZZENTRUM
• Kinder- und
Jugendbeteiligung

Hier entscheiden junge Menschen! -
Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets und
Schüler*innenHaushalte in Brandenburg

JUBU-Reihe - Band 3

Impressum

Herausgeber

mitMachen e. V.
JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets
Benkertstraße 13, 14467 Potsdam

Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg –
Gemeinschaftsstiftung des Paritätischen Wohl-
fahrtsverbandes in Brandenburg
Vorstand: Andreas Kaczynski, Christian Lehmann

Kompetenzzentrum für Kinder- und
Jugendbeteiligung Brandenburg
Tornowstraße 48, 14473 Potsdam

Redaktion | Carsten Herzberg und Dominik Ringler

Interviews | Jenny Stiebitz

Korrektur | Susanne Hofsäss-Kusche

Satz und Gestaltung | Burkhard Felies

Foto Titelseite: „Festival für Kyritz“, Copyright © Stadt Kyritz

Foto Rückseite: „Abstimmungsröhre“, Copyright © JUBU

Verlag | mitMachen e. V. (2022)

Druck: dieUmweltdruckerei

ISBN 978-3-9822686-6-8 ISBN 978-3-9822686-7-5 (eBook)

Bestellung der Printausgabe (kostenlos): kontakt@jugend-budget.de

Diesen Band finden Sie auch auf der Homepage

www.jugend-budget.de/downloads www.jugendbeteiligung-brandenburg.de/mediathek



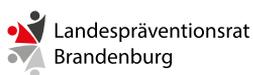
Wir danken unseren Förderern:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie **leben!**



Inhalt

Einleitung	5
Hintergründe	9
Demokratie erleben, um Demokratie zu lernen	
Wilfried Schubarth	9
Zur institutionellen Einbettung von Jugendbudgets	
Julia Krüger und Dominik Ringle	14
Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets oder Jugendbudgets?	
Carsten Herzberg	21
Schüler*innenHaushalt – für mehr demokratische Mitbestimmung in Schulen!	
Mareike Schmidt	27
Aus der Praxis	34
Projektabrechnung auch ohne Quittung?	
Gespräch mit Stefanie Buhr Potsdam	34
„Du hast den Hut auf!“ setzt auch auf Digitalisierung	
Gespräch mit Nora Görisch Bad Belzig	40
JudiEs Night: Jugenddialog zum Jugendbudget	
Gespräch mit Josefine Atlas Eberswalde	46
Arbeit am Gesamtkonzept: Demokratiewerkstatt, Jugendforum und Bürgerbudget	
Gespräch mit Linda Pechstein Kyritz	52
Ländlicher Raum: Das Format Vorschlags-Expedition	
Gespräch mit Martina Rumpel und Sarah Schlüter Potsdam/Nuthetal	60
Schüler*innenHaushalt goes Brandenburg: erste Erfahrungen einer Grundschule	
Gespräch mit Friederike Glorius, Amelie Brachwitz, Erich Bork und Carolin Bloeck Hohen Neuendorf	68
Schüler*innenbeteiligung: Das Planspiel „mitspielen“ für Klasse 9 bis 12	
Gespräch mit Julia Zimmermann Eberswalde/Potsdam	76
Zukunftshaushalt und Zukunftsrat – Wie direkte Entscheidung und losbasierte Beteiligung kombiniert werden können	
Gespräche mit Chiara Judy Riedel und Luise Fröhlich Werder (Havel)	83

Definitionen und Methodenkästen

Bürgerbudget, Kinder- und Jugendbudget, Schüler*innenHaushalt	7
Der policy cycle bei Lasswell – Grundlage für politische Bildung bei Bürgerbudgets ...	25
Demokratiewerkstatt zum Bürgerbudget in Kyritz	54
Format: Vorschlags-Expedition	67
Das Ellersburger Bürgerbudget – die Planspielsituation	80
Zufallsauswahlen: Wann ist das sinnvoll und wie wird's gemacht?	27

Karten

Übersichtskarte Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets, Schüler*innenHaushalte (2022, ohne Beschriftung)	6
Detaillkarte verschiedener Formen von Kinder- und Jugendbudgets in Brandenburg (2022)	39
Detaillkarte Schüler*innenHaushalte in Brandenburg (2022)	72
Detaillkarte der Bürgerbudgets in Brandenburg (2022)	83

Einleitung

Ob Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets oder Schüler*innenHaushalte – sogenannte fondsbasierte Verfahren haben sich in den letzten Jahren rasch verbreitet. Sie stellen für die Beteiligung junger Menschen eine neue Option dar: Die Kinder und Jugendlichen treffen selbst die Entscheidung, was mit den Mitteln passiert. Fondsbasierte Verfahren können die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen an allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten, die die Brandenburger Kommunen aufgrund des § 18a BbgKVerf zusichern müssen, ergänzen und gehören somit zu den neu geschaffenen Möglichkeiten, mit denen die Beteiligung junger Menschen gefördert werden soll.

Die Übersichtskarte auf der nächsten Seite zeigt, dass die neuen Beteiligungsformen sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum zu finden sind. Bürgerbudgets entstehen dabei oft, wenn die Nachbargemeinde ebenso ein solches Verfahren hat. Kinder- und Jugendbudgets sind hingegen weit verstreut. Hier gibt es nicht nur auf eine Kommune bezogene Verfahren. Bei den vom Bundesprogramm Demokratie leben! geförderten lokalen Partnerschaften für Demokratie können meistens junge Menschen aus mehreren Orten teilnehmen (siehe auch Karte S. 39). Bei den Schüler*innenHaushalten gibt es hingegen, wie z. B. in Bad Freienwalde, Hohen Neuendorf und Premnitz, in einem Ort gleich mehrere Schulen, die sich beteiligen (siehe auch Karte S. 72).

Mit diesem Band möchten das Projekt „JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“, das ein Modellprojekt des Bundesprogramms Demokratie leben! ist, und KIJUBB, das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg, die drei oben genannten Beteiligungsformen vorstellen und diskutieren.

Wir möchten nach den pädagogischen Konzepten und Hintergründen fragen, die vor allem in den Aufsätzen im ersten Teil des Bandes nachzulesen sind. Uns interessieren weiterhin die Bedingungen, die für ein Gelingen fondsbasierter Beteiligungsverfahren wichtig sind, aber wir möchten auch die Probleme und Hindernisse benennen. Wir haben entsprechende Fragen in den Interviews an Menschen gestellt, die vor Ort mit den Verfahren verbunden sind. Dies sind zum einen pädagogische Fachkräfte, zum anderen sind es junge Menschen selbst, die uns ihre – zum Teil auch kritische – Einschätzung geben.

Diese Publikation wurde möglich durch eine Förderung der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg. Weiterhin sind daran die Mittelgeber der beiden Träger beteiligt. Dies sind für JUBU das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ, die Robert Bosch Stiftung, der Landespräventionsrat Brandenburg und die Landeshauptstadt Potsdam. Das Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung wird gefördert vom Land Brandenburg durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen.

Team JUBU und Team KIJUBB

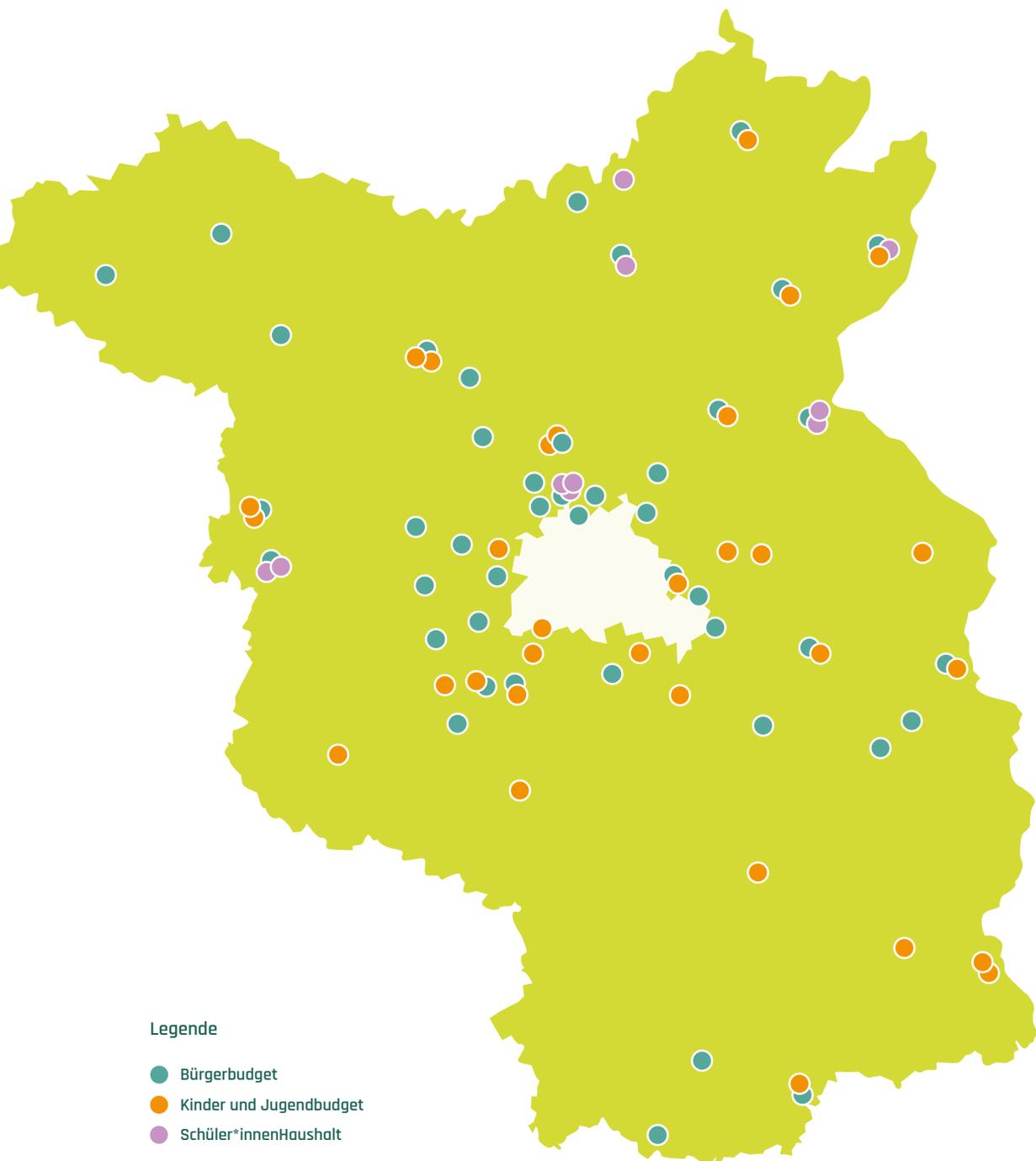


Abb.: Übersichtskarte Bürgerbudgets,
Kinder- und Jugendbudgets,
Schüler*innenHaushalte
(2022, ohne Beschriftung)

Definitionen

Bürgerbudgets

Alle Einwohner*innen eines Ortes ab einem bestimmten Alter – meist ab 12 oder 14 Jahren – können Vorschläge einreichen und an der Abstimmung teilnehmen. Die Kommune stellt hierfür regelmäßig einen Geldbetrag zur Verfügung. Die Vorschläge müssen der Allgemeinheit zugutekommen. Das heißt, die Angebote sind für alle Interessierten zugänglich, wie z. B. für selbst organisierte Straßenfeste, kleine Maßnahmen zur Gestaltung von Außenflächen (Bänke, Tischtennisplatten) oder Projekte für die Nachbarschaft. Die Vorschläge mit den meisten Stimmen werden durch das Bürgerbudget finanziert. Bürgerbudgets gibt es in über 46 Orten in Brandenburg (2022).

Kinder- und Jugendbudgets

Die Beteiligung richtet sich hier exklusiv an junge Menschen. Ihnen wird somit ein Schutzraum angeboten. Für ein festgelegtes Budget können junge Menschen Anträge stellen. Bei vielen Verfahren geht es um die Planung und Umsetzung eines eigenen Vorhabens, was jedoch nicht zwingend ist. Es ist auch möglich, dass die Vorhaben von der Verwaltung oder anderen umgesetzt werden. Oft braucht es eine Kostenschätzung und die Mittel müssen abgerechnet werden. Dabei handelt es sich für einzelne Vorschläge meist um Beträge von 500 Euro, 1.000 Euro oder 2.000 Euro. Die Entscheidung über die Vergabe der Mittel kann dann durch eine offene Abstimmung oder eine Jury erfolgen. Von dieser Art Kinder- und Jugendbudget haben wir 24 Beispiele gefunden.

Eine besondere Gruppe stellen Jugendgremien (Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte) dar, die über ein eigenes Budget verfügen. Dieses Budget muss ausreichend groß sein, so dass eigene oder an das Gremium herangetragene Vorschläge umgesetzt werden können. In Brandenburg zählen wir derzeit acht solcher Verfahren. Ein Budget, das aufgrund der Vorgaben und/oder Höhe ausschließlich für die Öffentlichkeitsarbeit oder Arbeit des Gremiums (beispielsweise Ausstattung oder Verpflegung bei Gremiensitzungen) zur Verfügung steht, wird hier nicht als Kinder- und Jugendbudget gezählt.

Schüler*innenHaushalte

Beim Schüler*innenHaushalt bestimmen Schüler*innen in einem demokratischen Prozess über ein eigenes Budget und gestalten so gemeinsam ihre Schule. Das Besondere ist, dass eine Gruppe von Schüler*innen den Prozess von der Bekanntmachung in der Schule bis zur Umsetzung der Ideen selbst organisiert. Sie entscheiden zum Beispiel, ob die Wahl der Ideen per Briefwahl, online oder klassisch als Urnenwahl durchgeführt wird. Begleitet wird das Planungsteam von einer Lehrkraft oder einem/einer Schulsozialarbeiter*in. Auch die Servicestelle Jugendbeteiligung stellt eine Ansprechperson zur individuellen Beratung bereit und bietet Workshops sowie vielfältige Materialien an. Die Vorschläge beziehen sich meist auf Vorhaben in und für die Schule. Es geht um Budgets in Höhe von 1.000 bis 3.000 Euro. Das Geld wird in Brandenburg von der Kommune und in Premnitz auch zu 50 % von der Partnerschaft für Demokratie Westhavelland zur Verfügung gestellt. Derzeit gibt es zehn Schüler*innenHaushalte in sechs Orten in Brandenburg, die Tendenz ist steigend.



Hintergründe

Demokratie erleben, um Demokratie zu lernen. Jugendbeteiligung aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive

Wilfried Schubarth

Im folgenden Beitrag soll – ausgehend von konkreten Praxisbeispielen – die Bedeutung von (fondsbasierten) Formen der Jugendbeteiligung aus der Perspektive der Erziehungswissenschaften beleuchtet werden. Dabei wird die These entfaltet, dass Kinder und Jugendliche demokratische Verhaltensweisen und Haltungen vor allem dadurch erlernen, dass sie frühzeitig in ihrem Alltag an den sie betreffenden Prozessen beteiligt werden und diese mitbestimmen können. Daraus ergeben sich Folgerungen für mehr Partizipation und Teilhabe, insbesondere im Kontext von Demokratiebildung und -erziehung, die sich durch das „neue Krisenzeitalter“ mit Klima-, Umweltkrise, Pandemie und Krieg noch dringender stellen.

Projekte der Jugendbeteiligung machen Demokratie erlebbar

Deutschland ist kein kinderfreundliches Land. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nach Aneignung von öffentlichen Räumen, nach Treffpunkten für Geselligkeit, Sport und Spiel werden in einer von Erwachsenen und ökonomischen Interessen dominierten Gesellschaft eingeschränkt. In ländlichen, strukturschwachen Regionen gilt das im Besonderen. Mögliche Folgen sind Konflikte zwischen Alt und Jung sowie der Eindruck bei jungen Leuten, dass sie nichts zu sagen hätten. Ein Kreislauf von Frustration, Rückzug, aber auch Aggression und Gewalt kann in Gang kommen. Persönliche Alltagserfahrungen werden verallgemeinert, so dass Kinder und Jugendliche zu der Überzeugung gelangen können, dass Demokratie mit ihnen nichts zu tun hätte (Schubarth 2017, 2020a, 2020b).

Um aus diesem für eine Demokratie gefährlichen Kreislauf herauszukommen, braucht es für Kinder und Jugendliche konkrete Erfahrungen von Beteiligung, Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit. Deshalb ist jeder Ansatz, jedes Projekt der (fondsbasierten) Jugendbeteiligung, sei es noch so klein, zu unterstützen. Mittlerweile gibt es viele gute Ansätze, wenn beispielsweise mit den Mitteln des Bürgerhaushaltes bzw. des Bürgerbudgets neue Freizeittreffs oder Jugendclubs (statt der Bushaltestellen) oder Möglichkeiten für Basketball, Beachvolleyball, Tischtennis, Skaten oder Graffiti eingerichtet werden. Die Palette der Optionen ist unbegrenzt und reicht von Geselligkeit (Treffpunkte) über Sport und Spiel bis hin zu Umwelt- und Sicherheitsfragen (Mehrwegflaschen, Beleuchtung von Radwegen) sowie zum internationalen Jugendaustausch. Bewegung, Spiel, Austausch mit Gleichaltrigen, jugendkulturelle Aktivitäten, sich auszuprobieren und eine eigene Identität zu entwickeln,

sind wichtige Entwicklungsaufgaben im Kindes- und Jugendalter. In all diesen Projekten können Kinder und Jugendliche Grundkompetenzen demokratischen Handelns wie transparente Kommunikation, Argumentieren, klare Interessenvertretung, faire Streitkultur, Wahlverfahren, Kompromissfindung usw. erlernen. Hinzu kommt, dass in der Corona-Zeit das soziale und demokratische Miteinander kaum gepflegt werden konnte, so dass ein großer Nachholbedarf entstanden ist, vor allem bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen, den es zu befriedigen gilt.

Demokratiedistanz als Herausforderung

Wie zahlreiche Studien belegen, sind das Vertrauen in die Demokratie und deren Institutionen sowie der Grad der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland verbesserungsbedürftig, wobei beides zusammenhängt. Über Partizipation und Teilhabe kann das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden. Im Folgenden werden zentrale empirische Befunde unter Jugendlichen zu den Themenfeldern Politik, Demokratie und Partizipation angeführt:

- Die Shell-Jugendstudie verweist auf eine relativ hohe Politikverdrossenheit: 71 Prozent glauben nicht, dass sich Politiker*innen darum kümmern, „was Leute wie ich denken“. Etwa die Hälfte glaubt, dass die Regierung der Bevölkerung die Wahrheit verschweigt. 84 Prozent sind der Meinung, dass in der Politik mehr junge Leute etwas zu sagen haben sollten (Albert u. a. 2019).
- Laut der Brandenburger Jugendstudie haben 58 Prozent der Jugendlichen kein oder kaum Interesse an Politik. Ein Drittel ist anfällig für Verschwörungserzählungen (Sturzbecher u. a. 2021).
- Nach einer Forsa-Umfrage haben nur ca. ein Fünftel der Befragten das Gefühl, durch eigenes Engagement etwas verändern zu können. 30 Prozent haben nicht den Eindruck, etwas verändern zu können (klicksafe 2022).
- Im internationalen Vergleich von politischen Orientierungen und Partizipation unter Jugendlichen schneidet Deutschland mittelmäßig ab (Abs/Hahn-Laudenberg 2017).

Die Ergebnisse der Jugendstudien müssen im Kontext zu Befunden unter Erwachsenen und unter Lehrkräften gesehen werden. Auch hierzu einige Befragungsergebnisse:

- Fast ein Drittel der Bundesbürger*innen stellt laut einer Allensbach-Umfrage das politische System in Deutschland infrage. 31 Prozent der Teilnehmer*innen glauben, in einer „Scheindemokratie zu leben, „in der die Bürger nichts zu sagen haben“, in Ostdeutschland sogar 45 Prozent. 28 Prozent aller Deutschen meinen, dass das demokratische System in Deutschland „grundlegend geändert“ gehöre (Allensbach-Umfrage 2022).

- Die Verschwörungsmentalität, die Überzeugung vom Wirken geheimer Kräfte, ist bei Jugendlichen und Erwachsenen etwa gleich groß (ein Drittel) (Baier/Manzoni 2020).
- Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Demokratiebildung an Schulen ergab, dass das Ausmaß schulischer Demokratiebildung eher mäßig sei, was auf mangelnde Kompetenzen der Lehrkräfte zurückgeführt wird (Schneider/Gerold 2018).
- Lehramtsstudierende in Deutschland, Österreich und Belgien stehen mehrheitlich politischen Themen mit kritischer Distanz gegenüber. Nur etwa die Hälfte sei mit demokratischen Prinzipien fest verwurzelt. Demokratiebildung sei für das Selbstverständnis und das Verständnis des Schulauftrages eher untergeordnet (Dippelhofer u. a. 2018).

Resümierend ist festzustellen, dass sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen ein nicht unbeträchtlicher Teil Skepsis und Misstrauen dem politischen System und dessen Vertreter*innen entgegenbringt. Jugendliche sind ein Spiegelbild der Erwachsenengesellschaft. Eine öffentliche Debatte zur Stärkung von Demokratie und Partizipation scheint angezeigt, gerade auch angesichts neuer Herausforderungen.

Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg als Bewährungsproben für die Demokratie

Das „neue Krisenzeitalter“, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, erfordert eine stabile Demokratie. Fragen der Partizipation, des Vertrauens in die Demokratie werden noch wichtiger. So hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass die Partizipationsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auch in Krisenzeiten nicht vernachlässigt werden dürfen. Kinder und Jugendliche wurden als „Verlierer*innen der Krise“ wahrgenommen, was ihr Vertrauen in die Politik belastet hat. Entscheidungen, die sie betrafen, wurden über ihre Köpfe hinweg getroffen. Zudem wurden sie oft nur auf ihre Schüler*innenrolle reduziert, während ihre Kommunikations- und Partizipationsbedürfnisse sowie ihre (mentale) Gesundheit zu kurz kamen. So ist mittlerweile offenkundig, welche gravierenden (psycho)sozialen Folgen Schulschließungen und Homeschooling für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen haben können.

In der Corona-Pandemie hat zudem der Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen, was zu neuen (häufig noch unterschätzten) Risiken und Gefährdungen geführt hat. Junge Menschen wurden im Internet und in den sozialen Medien zunehmend mit Hatespeech, Fake News, Desinformationen und Verschwörungsmythen konfrontiert, denen sie oft hilflos gegenüberstanden. Angesichts des wachsenden Einflusses der digitalen Welt sollte der Werte- und Demokratiebildung in Schule und Jugendhilfe mit Blick auf die erforderliche Aufklärung und Medienmündigkeit im digitalen Raum mehr Bedeutung zukommen (Bock/Schubarth 2021). Das gilt auch für die Herausforderungen, die Putins Angriffskrieg und die den Krieg rechtfertigenden Verschwörungsmythen mit sich bringen. Ebenfalls

hier sind Aufklärung und Medienmündigkeit gefragt. Als Gegenstrategie braucht es eine Debatte darüber, wie das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden und der politisch-historischen Bildung sowie der Medien- und Wertebildung der Stellenwert zukommen kann, der ihnen gebührt (Schubarth 2022). Partizipations- und Teilhabeangebote, die die Identitätsentwicklung von Kindern und Jugendlichen stärken, sowie ein dauerhafter, nachhaltiger Dialog mit Kindern und Jugendlichen sind dabei essentielle Bausteine.

Ausblick: Jugendbeteiligung als Beitrag zur Demokratiebildung stärken

Demokrat*innen fallen bekanntlich nicht vom Himmel, sondern sie entstehen im Laufe der Persönlichkeitsentwicklung, insbesondere im Kindes- und Jugendalter. Wesentlichen Anteil daran haben die Sozialisationsinstanzen Familie, Kita, Schule, Peergroup sowie die Medien. Gerade die sozialen Medien haben im „digitalen Zeitalter“ enorm an Einfluss gewonnen, was die Bildungseinrichtungen wie Kita und Schule vor neue Herausforderungen stellt. Aber auch Projekte der (fondsbasierten) Jugendbeteiligung tragen zur Demokratiebildung bei, indem Kinder und Jugendliche in demokratischen Prozessen ihre Interessen verfolgen und artikulieren und zu fairen, demokratischen Entscheidungen gelangen können. Demokratiebildung basiert auf Partizipation, Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Verantwortung und steht für Ansätze, die dem Ziel der Erziehung zur Demokratie und der Entwicklung demokratischer Kompetenzen dienen. Nach Edelstein gehören dazu „Kompetenzen, die erforderlich sind, um an Demokratie als Lebensform teilzuhaben und diese in Gemeinschaft mit anderen aktiv zu gestalten, um sich für eine demokratische Gesellschaftsform zu engagieren und sie durch Partizipation und Mitwirkung in lokalen und globalen Kontexten mitzugestalten und um Demokratie als Regierungsform durch aufgeklärte Urteilsbildung und Entscheidungsfindung zu bewahren und weiterzuentwickeln“ (Edelstein 2007, 10). Dabei geht es um Lernen über Demokratie (Wissen und Verstehen), um Lernen für Demokratie (Werte und Haltungen) sowie um Lernen durch das Erleben von Demokratie (Handlungskompetenz).

Mittlerweile gibt es an vielen Bildungs- und Jugendeinrichtungen bewährte Ansätze zur Demokratiebildung, angefangen vom Klassenrat über die Streitschlichtung und Gewaltprävention bis zum Engagement-Lernen. Auch die Palette der Partizipationsformen sind - fernab von „Scheinpazierpartizipation“ - vielfältig und reichen vom Informiertwerden über Mitarbeiten, Mitgestalten und Mitberaten bis zum Mitentscheiden und Mitrepräsentieren. In diesem Ensemble haben nun auch Projekte der (fondsbasierten) Jugendbeteiligung ihren festen Platz. Auch sie machen - zumindest ein Stück weit - Demokratie erlebbar und fördern damit demokratische Haltungen. In diesem Sinne gilt es, solche Projekte zu stärken und zu fördern.

Über den Autor

Prof. Dr. Wilfried Schubarth lehrte bis zu seiner Emeritierung (2021) Erziehungs- und Sozialisations-theorie am Bereich Bildungswissenschaften der Universität Potsdam.

Literatur

- Abs, Hermann/Hahn-Laudenberg, Katrin (2017), Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016, Münster.
- Albert, Mathias u. a. (2019), 18. Shell Jugendstudie 2019, Frankfurt a.M.
- Allensbach-Umfrage (2022), <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-fast-ein-drittel-glaubt-in-einer-scheindemokratie-zu-leben-a-19c81d38-eb1c-4d69-a001-8cfd4155cbcb> (abgerufen am 25.05.2022).
- Baier, Dirk/Manzoni, Patrik (2020), Verschwörungsmentalität und Extremismus – Befunde aus Befragungsstudien in der Schweiz, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, <https://doi.org/10.1515/mks-2020-2044> (abgerufen am 25.05.2022).
- Bock, Sophia/Schubarth, Wilfried (2021), Basiswissen Verschwörungsmuthe. Ein Leitfaden für Lehrenden und Lernende, Stuttgart.
- Dippelhofer, Sebastian u. a. (2018), Gesellschafts- und berufsbezogene Werthaltungen von Lehramtsstudierenden, Gießen, Linz.
- Edelstein, Wolfgang (2007), Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert – Überlegungen zu einer demokratiepädagogisch aktiven Schule, in: LISUM (Hrsg.), Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule, Ludwigsfelde-Struveshof, S. 7 – 17.
- klicksafe (2022), Safer Internet Day 2022. Befragung von 14- bis 24-Jährigen zu Falschmeldungen und Demokratie, <https://www.klicksafe.de/ueber-klicksafe/safer-internet-day/sid-2022/forsa-umfrage> (abgerufen am 25.05.2022).
- Schneider, Helmut/Gerold, Markus (2018), Demokratiebildung an Schulen – Analyse lehrerbezogener Einflussgrößen, Gütersloh.
- Schubarth, Wilfried u. a. (2017), Werte machen Schule. Lernen für eine offene Gesellschaft, Stuttgart.
- Schubarth, Wilfried (2020a), Mehr Demokratie wagen? Demokratiebildung in der (Corona)Krise, in: Schulmanagement, Juni 2020, S. 8 – 11.
- Schubarth, Wilfried (2020b), Gewalt und Mobbing an Schulen. Möglichkeiten der Prävention und Intervention, Stuttgart, 4. Auflage.
- Schubarth, Wilfried (2022), Putin als Verschwörungserzähler, in: Tagesspiegel vom 28.04.2022, S. 30.
- Sturzbecher, Dietmar u. a. (2021), Jugend in Brandenburg 2020, https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/ifk-jugendstudie_2020_-_auswirkungen_der_corona-pandemie.pdf (abgerufen am 25.05.2022).

Zur institutionellen Einbettung von Jugendbudgets

Julia Krüger und Dominik Ringler

Die Beteiligung junger Menschen erlebt gesellschaftlich gerade eine Hochphase. Das bedeutet, dass vor allem die politischen Voraussetzungen und Rahmen dafür geschaffen werden. Inzwischen gibt es in den Gemeindeordnungen und Kommunalverfassungen von 13 Bundesländern in drei Ländern Kann-, in sechs Ländern Soll- und in vier Ländern gar Muss-Bestimmungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den Kommunalanlässen. Die dort vorgesehenen Formen der kommunalen Jugendbeteiligung reihen sich in die vier verschiedenen Bereiche der Beteiligung junger Menschen in der Kommune ein (siehe Abbildung).



Abb.: Bereiche der Kinder- und Jugendbeteiligung

Mit den oben genannten gesetzlichen Regelungen zielen die Gesetzgeber der UN-Kinderrechtskonvention (Art. 12) oder der Ländergesetze in der Regel auf die (eigenständige) Mitwirkung. Darunter wird die eigenständige und verbindliche Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in und an kommunalen Diskussions- und Entscheidungsprozessen verstanden, mit den Zielen, dass einerseits die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden und andererseits

bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an kommunalen Geschehensabläufen und am Gemeinwesen geweckt wird. Dazu gilt es, verbindliche Regelungen (z. B. kommunale Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategien bzw. -konzepte) zu treffen. Der Ausgangspunkt der Überlegungen muss dabei immer sein, zu klären, welche der kommunalen Aufgaben, die im Regelungsbereich der Kommune liegen, die Interessen der Kinder und Jugendlichen berühren und welchen tatsächlichen Einfluss ihre Bedürfnisse und Interessen bei der Entscheidungsfindung letztendlich haben sollen. Die Handlungsnotwendigkeit liegt hierbei aufgrund der rechtlichen Regelungen bei der Kommune (Top-down-Prinzip). Nicht die Kinder und Jugendlichen müssen sich um die Beteiligung bemühen oder danach suchen (Prinzip „Osterhase“), sondern die Beteiligung muss von Seiten der Erwachsenen auf kinder- und jugendgerechte Weise zu den Kindern und Jugendlichen gebracht werden (Prinzip „Weihnachtsmann“).

Neben dieser gesetzlich geregelten Form der Beteiligung sind die häufig „Kinder- und Jugendparlamente“ genannten Formen immer öfter anzutreffen. Diese Gremien treten in unterschiedlicher Namensgebung und Typologisierung (z. B. Kinder- und Jugendinitiativen, -foren, beiräte, -gemeinderäte oder eben -parlamente) auf und haben unterschiedliche (gesetzliche) Regelungen und Formate. Ihnen gemeinsam ist die stellvertretende Interessenvertretung junger Menschen in Form einer gewählten oder benannten Gruppe. Dem Ideal nach geht es um die Vertretung der eigenen Interessen gegenüber den Erwachsenen bzw. den Institutionen der Erwachsenenwelt und es kann als Bottom-up-Prinzip verstanden werden. Eine weitere Variante der stellvertretenden Interessenvertretung sind die Kinder- und Jugendbeauftragten.

Die Beteiligung junger Menschen ist immer eng verknüpft mit dem Anspruch und der Möglichkeit der (politischen) Bildung. Hier ist von einem ganzheitlichen Verständnis von Bildung im Sinne einer Entwicklung verschiedener Kompetenzen (z. B. personale, soziale, kognitive, organisatorische, kreative Kompetenzen) auszugehen. Der Rahmen im Sinne einer „Bildungsidee“ und der „Bildungsinhalt“ werden dabei meist von den Erwachsenen vorgegeben. Dazu bestehen unterschiedliche methodische Herangehensweisen wie z. B. Plan- und Simulationsspiele (Kinder-SVV, Jugendeuropaparlament etc.).

Der vierte Bereich umfasst das ehrenamtliche Engagement junger Menschen, sei es im Rahmen von Vereinen, Jugendverbänden oder als Einsatz bei Veranstaltungen, Umweltschutzmaßnahmen oder in Form von Müllsammelaktionen. Viele junge Menschen haben den Wunsch, sich konkret in das Umfeld ihrer Kommune einbringen zu wollen, „etwas (für die Gemeinschaft) tun zu wollen“, ihre Lebenswelt gestalten zu wollen. Dies hat zwar keinen direkten Einfluss auf kommunales Handeln im Sinne der o. g. Mitwirkung, prägt aber nachhaltig ihre Beziehung zur Kommune und lässt sie direktes Feedback im Sinne von Selbstwirksamkeit spüren.

Kommunale Beteiligungslandschaften verknüpfen die vier Bereiche der Kinder- und Jugendbeteiligung

In der Realität sind die vier Bereiche miteinander verwoben und es gibt immer Schnittmengen. Sie sollten im besten Sinne als kommunale Beteiligungslandschaft konzeptionell eng miteinander geplant werden und ebenso mit den Beteiligungsfeldern, die in anderen Gesetzen geregelt sind, z. B. Schulgesetzen, Jugendhilfe (SGB VIII), Baugesetzbuch, verknüpft werden. Es besteht aber auch die Gefahr, beispielsweise das ehrenamtliche Engagement junger Menschen mit der gesetzlich geforderten eigenständigen Mitwirkung zu verwechseln. Häufig passiert es, dass kommunale Kinder- und Jugendgremien als einzige Form der eigenständigen Mitwirkung erhalten müssen. Die Beschlussvorlage mal eben an den Jugendbeirat zu geben und um Stellungnahme zu bitten, ist viel weniger Aufwand, als zu prüfen, wer genau von der Entscheidung betroffen wäre, und diese Gruppe dann über für sie bestimmte Verfahren zu beteiligen. Die Entwicklung einer kommunalen Beteiligungsstrategie, die diese und andere Verfahrensfragen klärt, schafft Klarheit und Verbindlichkeit für Entscheider*innen, die Betroffenen sowie für das Verwaltungshandeln und beugt negativen Beteiligungserfahrungen und Frustrationen vor.

Budgets als ein Instrument der Kinder- und Jugendbeteiligung

Der Umgang mit finanziellen Mitteln stellt in der Entwicklung junger Menschen einen wichtigen Schritt zur Übernahme von Verantwortung dar. Was für den privaten Bereich (Taschengeld) gilt, kann auch auf die verschiedenen Beteiligungsbereiche übertragen werden. Dabei hat der (gezielte) Einsatz von Geldmitteln, also eine bewusste Entscheidung über die Verwendung eines Budgets, nicht nur Konsequenzen für die Übernahme von Verantwortung für die konkreten Folgen, sondern er erzielt ebenso eine bestimmte Wirkung. Für Erwachsene bedeutet das, durch die Bereitstellung von Mitteln für die Entscheidung durch junge Menschen einen gewissen Teil an (Entscheidungs-)Macht abzutreten. Budgets für Kinder und Jugendliche gibt es inzwischen in vielen Beteiligungsfeldern, sei es in Form von Schüler*innenHaushalten, (Jugend-)Clubbudgets, Budgets von Kinder- und Jugendgremien, Budgets für die Ideen junger Menschen oder als Teil von Bürgerbudgets. Die Zielstellungen von Jugendbudgets reichen dabei vom Lernen über den verantwortlichen Umgang mit Geldmitteln über die Verwirklichung von Ideen junger Menschen, die Förderung von Jugendprojekten, die Auseinandersetzung mit den Aufgaben von Institutionen (Schule, Kommune) bis hin zum Lernen über die Verwaltung von (öffentlichen) Geldern und über institutionelle Abläufe.

¹ Im Rahmen einer umfassenden Online-Umfragen 2021 wurden Vertreter*innen der Kinder- und Jugendgremien und deren begleitende Fachkräfte aus Jugendarbeit und Verwaltung zur Situation der Kinder- und Jugendgremien befragt. Insgesamt haben 32 Kinder- und Jugendgremien (Vertreter*innen der Gremien und/oder Begleitpersonen) von 42 angefragten Gremien an der Umfrage teilgenommen. Die Ergebnisse zum Budget sind ein Ausschnitt aus der Jugendgremien-Forschung 2021/2022.

Budgets von Brandenburger Kinder- und Jugendgremien – ein Einblick in die Praxis

Am Beispiel der Beteiligung junger Menschen in der Kommune soll aufgezeigt werden, wie sich die Jugendbudgets institutionell einbetten lassen. Dabei muss begrifflich zwischen den verschiedenen Formen von „Jugendbudgets“ unterschieden werden. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist, dass junge Menschen für die Umsetzung ihrer Ideen Gelder zur Verfügung gestellt bekommen:

- Budgets von Kinder- und Jugendgremien für die Ausgestaltung von Projekten für und von jungen Menschen,
- Budgets, für die junge Menschen Projektideen einreichen und bei denen im Rahmen eines partizipativen Verfahrens über die Förderung entschieden wird.

An diese Unterscheidung sind unterschiedliche Verantwortlichkeiten, Verfahren sowie Ausgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten junger Menschen geknüpft.

Anhand der gewonnenen Erkenntnisse aus einer Untersuchung in Brandenburg (2021/2022) soll im Folgenden ein genauer Blick auf die Budgets von Kinder- und Jugendgremien geworfen werden. Die Daten beziehen sich auf die Budgets von Kinder- und Jugendgremien insgesamt. Im Sinne der begrifflichen Abgrenzung sind nicht alle Gremienbudgets als Jugendbudgets einzuordnen. Jedoch lassen sich anhand der Erkenntnisse gemeinsame Voraussetzungen und Herausforderungen ableiten.

Die Befragung der Brandenburger Jugendgremien hat gezeigt, dass 87,1 % der befragten Kinder- und Jugendgremien¹ über ein eigenes Budget für ihre Arbeit verfügen. Dabei variiert die Höhe der Budgets von 500 Euro bis 10.000 Euro im Jahr. Zunächst ist es positiv, dass den Kinder- und Jugendgremien für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe und Umsetzung ihrer Ideen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Kritisch ist jedoch anzumerken, dass nur bei wenigen Gremien die Höhe des Budgets mit den Kindern und Jugendlichen abgestimmt wurde. Bei einer Mehrzahl der Kinder- und Jugendgremien findet damit kein gemeinsamer Aushandlungsprozess anhand der Bedarfe und Ideen der jungen Menschen statt. Bei Ideen über das einige Budget hinaus geben die Gremien an, andere Lösungswege zu suchen – genannt wurden hierbei externe Fördermittel oder Sponsoring für Veranstaltungsformate.

Bei der Betrachtung der Mittelverwendung zeigt sich, dass ein Schwerpunkt bei der Öffentlichkeitsarbeit, der Ausgestaltung der Sitzungen und bei eigenen Projekten der Gremien liegt. Das Ergebnis korrespondiert mit der in der Umfrage häufig genannten Herausforderung des Sichtbarwerdens des Gremiums und dessen Tätigkeiten in der Kommune. Weiterhin wurden genannt: Veranstaltungen, Arbeitsmaterialien und Ausstattung, Sachkosten und Weiterbildung. Je höher die zur Verfügung gestellte Summe ist, desto größer ist auch

der Gestaltungsspielraum. Zudem muss die Frage gestellt werden, wofür die Kinder- und Jugendgremien ihre Mittel verwenden wollen (Selbstverständnis) und ausgeben können (z. B. aufgrund von Verwaltungsvorschriften) oder ob die Kommune gegebenenfalls weitere Haushaltsmittel bereitstellen kann, um beispielsweise die Qualifizierungen des Gremiums oder Verpflegungskosten zu bezahlen. Daher ist der genannte Aspekt des gemeinsamen Aushandlungsprozesses zur Höhe und Verwendung im Sinne der Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeitserfahrung bei der Verfahrensfestlegung von besonderer Bedeutung.

Im Sinne der Selbstorganisation junger Menschen in Gremien spielt daneben die Frage nach dem Entscheidungsspielraum bzw. der Entscheidungsmacht eine wichtige Rolle. Die Befragung der Kinder- und Jugendgremien kommt hier zu einem interessanten Ergebnis: 38,1 % der Vertreter*innen in Kinder- und Jugendgremien² geben an, dass sie selbst über die Verwendung des Budgets entscheiden können und 61,9 % entscheiden über die Verwendung in Abstimmung mit der zuständigen Person in der Kommune. Die Antworten der befragten Fachkräfte auf die Frage: „Wer entscheidet in letzter Instanz über die Verwendung?“, ermöglichen eine differenziertere Perspektive auf den wichtigen Aspekt der „Entscheidungsmacht“. Diese liegt aus ihrer Sicht zu 25 % beim Kinder- und Jugendgremium, zu 20 % beim Kinder- und Jugendgremium in Abstimmung mit dem*der Zuständigen und zu 55 % bei der Verwaltung. Die Antworten sind auf den ersten Blick nicht verwunderlich, denn kommunale Gelder unterliegen entsprechenden Verwaltungsrichtlinien. Je nach Auslegung können diese den Grad des Gestaltungsspielraums und damit die Selbstorganisation jedoch verringern. Daher verdeutlichen die Ergebnisse der Befragung, dass das Vorhandensein und die Höhe des Budgets allein nicht zwangsläufig die gewünschten Effekte von Selbstorganisation und Selbstwirksamkeitserfahrungen erzielen. Häufig werden die Verwaltungsabläufe für diese Budgets als kompliziert und nicht jugendgerecht von den jungen Menschen wahrgenommen. Vom Ausfüllen von Formularen und Einreichen von Belegen über das Vorstrecken privater Gelder bis hin zur detaillierten Kostenaufstellung für Vorhaben mit verifizierten Angaben wurden verschiedene Herausforderungen genannt. Die begleitenden Fachkräfte spielen zur Überwindung dieser Hürden eine wichtige Rolle.

Die Budgets von Kinder- und Jugendgremien könnten auch mit weiteren Budgets, die für Projekte junger Menschen zur Verfügung stehen, gut ineinandergreifen, allerdings gibt bislang nur eins von insgesamt 32 Kinder- und Jugendgremien an, dass es neben seinem eigenen Budget ein weiteres „Jugendbudget“ in Höhe von 10.000 Euro hat. Für dieses Budget können alle junge Menschen Projektideen einreichen und das Jugendgremium entscheidet nach entsprechend aufgestellten Kriterien, welche Projekte gefördert werden. In der betroffenen Kommune werden damit verschiedene Formen von Kinder- und Jugendbeteiligung und Arten von Jugendbudgets miteinander verknüpft.

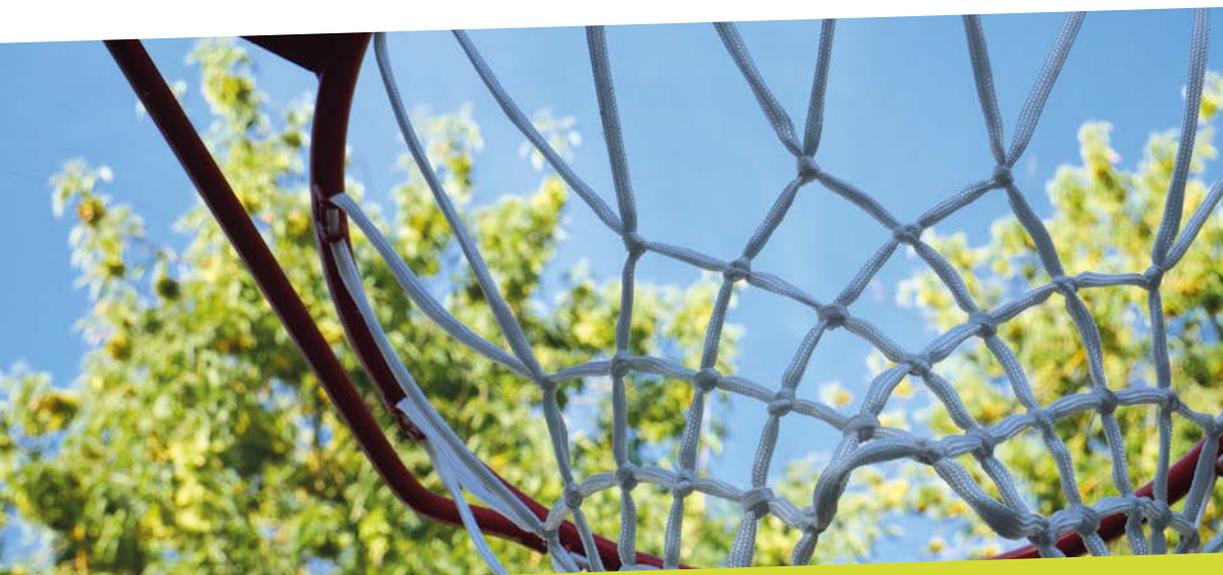
² 21 Kinder- und Jugendgremien haben diese Frage beantwortet.

Jugendgerechte Jugendbudgets als Teil einer Beteiligungslandschaft

Am Beispiel der Budgets im Rahmen der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung wird deutlich, dass

- Jugendbudgets nicht nur konzeptionell entwickelt und verankert,
- sondern auch in die Lebenswelt junger Menschen eingepasst werden müssen.

Dafür müssen im Vorfeld Ziele, Entscheidungsspielräume, Verfahrensweise und Ausgestaltungsmöglichkeiten solcher Budgets geklärt und mit den Beteiligten ausgehandelt werden. Auch Verwaltungs- und Abrechnungsabläufe müssen auf die Verständlichkeit und Praktikabilität für junge Menschen überprüft und Unterstützungsstrukturen bereitgestellt werden. Passiert das nicht und sind z. B. Verfahrens- und Verantwortungsbereiche nicht geklärt, kann das schnell zu negativen Erfahrungen, zu Frustration und letztlich zur Abkehr junger Menschen führen. Im besten Falle werden Jugendbudgets aber als eigenständiges Instrument in eine kommunale Beteiligungslandschaft vieler verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten eingebettet. Jugendbudgets berühren dann alle vier Beteiligungsbereiche (s. Abb. 1). Sie werden als Teil der Mitwirkung in der Kommune durch die Entscheidungsträger*innen in Form einer Mitsprachemöglichkeit oder eigenständigen Entscheidung in die Hände junger Menschen abgegeben. Sie können z. B. in den Händen eines Kinder- und Jugendgremiums zur Wahrnehmung der Interessen von Kindern und Jugendlichen dienen. Sie fördern – je nach inhaltlicher und konzeptioneller Ausrichtung – ehrenamtliches Engagement junger Menschen und sind im besten Falle konzeptionell so ausgestaltet, dass sie Elemente der politischen Bildung beinhalten. Sie sind häufig niedrigschwellig angelegt und erreichen ein breites Spektrum von Kindern und Jugendlichen. Sie bieten außerdem die Möglichkeit, sich gezielt und punktuell zu beteiligen und schnell etwas zu bewegen – statt langfristiger Festlegung wie bei anderen Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung.



Jugendbudgets tragen somit – als Teil der kommunalen Beteiligung – dazu bei:

- mehr Mitgestaltung und aktive Gestaltungsmöglichkeiten zu ermöglichen,
- die Durchsetzung von Interessen junger Menschen zu unterstützen,
- die Bindung an den Ort zu stärken,
- politische Bildung und Demokratie zu fördern und
- durch die Aktivierung des Gemeindelebens auch für Nachwuchs in Vereinen und Verbänden, Politik und Ehrenamt zu sorgen.

Um diese Wirkkraft zu erzielen, bedarf es bei der Konzeptionierung der Jugendbudgets nicht nur einer Einbettung in eine vielfältige Beteiligungslandschaft, sondern auch einer Klärung der genannten Verfahrens- und Verantwortungsbereiche im Sinne der Qualitätsstandards von Kinder- und Jugendbeteiligung.

Über die Autor*innen

Julia Krüger, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, ist Referentin im Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg.

Dominik Ringler, Dipl.-Sozialarbeiter/-pädagogin und Dipl.-Sozialwissenschaftler, ist Referent im Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg.



Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets oder Jugendbudgets?

Carsten Herzberg

In unserem JUBU-Projekt fragen uns Mitarbeiter*innen von Kommunen und aus der Jugendarbeit regelmäßig, was besser sei: eine Jugendbeteiligung beim Bürgerbudget oder ein Jugendbudget? Die Antwort ist auf den ersten Blick ganz einfach: Beide Verfahren stehen in keinem Widerspruch zueinander. Im Gegenteil, sie ergänzen sich äußerst gut. Allerdings kann es Sinn ergeben, mit dem einen oder dem anderen Verfahren zu beginnen, was in diesem Beitrag erläutert werden soll.

Um die Ansatzpunkte für eine Jugendbeteiligung beider Verfahren besser zu verstehen, werden zunächst die organisatorischen Hintergründe von Bürgerbudgets und Jugendbudgets in Brandenburg beleuchtet, bevor im zweiten Abschnitt die jeweiligen pädagogischen Ziele vorgestellt werden. Der dritte Abschnitt nimmt daraufhin eine vertiefende Betrachtung des JUBU-Ansatzes der Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets vor. Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und es werden Empfehlungen formuliert, wann ein Einstieg in das jeweilige Verfahren sinnvoll sein kann.

Die Entstehung neuer fondsbasierter Verfahren

In den letzten Jahren haben sich die Bürgerhaushalte in Deutschland verändert: Aus rein konsultativen Verfahren wurden verbindliche Abstimmungen über ein zuvor festgelegtes Budget. Konsultativ heißt, dass die Abstimmungen zuvor nur einen empfehlenden Charakter hatten. Sie dienten dazu, eine Liste mit priorisierten Vorschlägen zu erstellen. Es war dann die Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung, die über die Umsetzung einzelner Vorschläge entschied.

Die Praxis zeigte jedoch, dass ohne reservierten Betrag oft das Geld für die Umsetzung der Vorschläge fehlte. Oder aber die Umsetzung erfolgte sehr unkonkret: Wenn z. B. der Bau eines bestimmten Radwegs vorgeschlagen wurde, wurde darauf verwiesen, dass die Stadt allgemein Gelder für den Radverkehr ausgibt. Vielen Einwohner*innen war somit die Wirkung ihrer Beteiligung unklar (Herzberg et al. 2020). Die Zahl der Bürgerhaushalte ging als Folge zurück (Vorwerk 2018).

Vor zehn Jahren begann sich die Situation zu ändern: In immer mehr Kommunen konnten Einwohner*innen verbindlich abstimmen. Das Land Brandenburg wurde dabei zum bundesweiten Vorreiter (JUBU 2020). 35 Prozent der Menschen leben hier in einer Kommune mit einem Bürgerbudget, insgesamt gibt es 46 Beispiele (2022). Die Verfahren richten sich in der

Außenkommunikation oft an Erwachsene. Junge Menschen wissen deshalb oft nichts von dieser Beteiligungsmöglichkeit, obwohl eine Teilnahme – je nach Ort – ab 12, 14 oder 16 Jahren möglich ist. Durch das Projekt „JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“ soll dies geändert werden. Es werden Formate für Schule und Offene Jugendarbeit erarbeitet, die Trägern der Jugendarbeit zur eigenen Anwendung zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Jugendbudgets ist die Beteiligung hingegen ausschließlich für junge Menschen vorgesehen. Oft ist dies schon ab dem Grundschulalter möglich und endet mit 26 oder 27 Jahren. Es handelt sich also um einen geschützten Raum für junge Menschen.

Die Organisationsweise ist recht unterschiedlich: Oft stellt die Kommune einen Betrag zur Verfügung. Eine andere Möglichkeit ist, dass ein Träger selbst Gelder bei einer Förderinstitution beantragt. Dies ist in Nuthetal der Fall, wo der Brücke e. V. eine Unterstützung von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung erhält. Eine dritte Finanzierungsquelle stellt das Programm Demokratie leben! dar. Für sogenannte lokale Partnerschaften für Demokratie werden Jugendbudgets empfohlen, wofür „Du hast den Hut auf“ ein Beispiel ist (siehe Interview mit Nora Görisch in diesem Band). Eine eigene Gruppe stellen Jugendgremien dar, die über ein ausreichend großes Projektbudget verfügen (siehe auch Karte S. 39).

Pädagogische Ziele von Jugendbudgets und Bürgerbudgets

Nachfolgend werden die Unterschiede von Bürgerbudgets und Jugendbudgets beschrieben (siehe auch beistehende Tabelle). Das heißt, wir zeigen die jeweils vorherrschenden Vorgehensweisen auf, wohl wissend, dass jede Kommune ihre eigenen Regeln hat und Abweichungen bestehen können. Bei der folgenden Beschreibung der Unterschiede handelt es sich somit um Trends und nicht um starre Festsetzungen.

So besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Verfahren darin, dass viele Jugendbudgets darauf setzen, dass junge Menschen ihr eigenes Vorhaben planen, durchführen und umsetzen. Sie sind also aufgefordert, sich mit anderen zusammenzutun und ein Vorhaben auszudenken, das sie selbst bauen oder organisieren möchten. Sie müssen daher einen Finanzplan erstellen und auch klären, wer die erhaltenen Mittel verwaltet und abrechnet. Es ist also das „eigene Projekt“, das hier im Vordergrund steht. Ein Vorhaben kann in der Regel 1.000 Euro oder manchmal 2.000 Euro kosten.

Bei den Bürgerbudgets ist es so, dass auf jeden Fall auch die Verwaltung mit der Durchführung beauftragt werden kann. In manchen Kommunen dürfen die Einreicher*innen die Vorschläge auch gar nicht selbst umsetzen. Die Beträge für den Einzelvorschlag sind hier meistens

höher: Sie können je nach Ort 5.000 Euro, 10.000 Euro, 15.000 Euro oder gar 50.000 Euro umfassen. Bürgerbudgets verstehen sich allerdings als Teil eines von der Verwaltung organisierten und von den Gemeindevertreter*innen kontrollierten Prozesses, es geht hier auch um das Kennenlernen der Funktionsweise der lokalen Demokratie. Junge Menschen sind herausgefordert, sich in einem „Prozess der Erwachsenenwelt“ Gehör zu verschaffen.

Eine Beteiligung bei der Umsetzung, z. B. bei der Planung, ist allerdings bei Bürgerbudgets ebenso wünschenswert, z. B. zu der Frage, wo ein Jugendpavillon als neuer Treffpunkt entstehen soll. In manchen Kommunen ist es darüber hinaus möglich, dass wie bei Jugendbudgets die Vorschläge von den Einreicher*innen selbst umgesetzt werden.

Ein weiterer tendenzieller Unterschied zwischen beiden Verfahren besteht darin, dass bei Jugendbudgets die Jury-Methode zur Auswahl von Vorschlägen häufiger verbreitet ist. Junge Menschen sind dann zwar in der Jury vertreten, aber es handelt sich um keine offene Abstimmung, an der alle teilnehmen können. Die Entscheidung wird hier anhand bestimmter Kriterien getroffen, wie z. B. des Gemeinnutzens, sozialen Ausgleichs etc. Bei manchen Bürgerbudgets, wie z. B. in Potsdam, sind aber Jurys ebenso zu finden.

Letztlich kann argumentiert werden, dass bei Jugendbudgets ein Scheitern des eigenen Vorschlags besser aufgefangen werden kann. Denn: Wenn der eigene Vorschlag keine Finanzierung erhält, dann ist es eine andere von jungen Menschen eingereichte Idee. Bisher ist es auch so, dass bei vielen Jugendbudgets derzeit der „Andrang“ an Vorschlägen noch nicht so hoch ist wie bei vielen Bürgerbudgets. Damit steigen die Chancen, dass der eigene Vorschlag eine Finanzierung erhält.

	Jugendbudgets	Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets
Altersgruppen	Ausschließlich Kinder- und Jugendliche	Für alle Altersgruppen offen, Teilnahme oft ab 12, 14 oder 16 Jahren möglich
Pädagogischer Fokus	Entwicklung und Durchführung eines eigenen Vorhabens in der Gruppe mit eigener Finanzplanung	Erleben des Funktionierens der (lokalen) Demokratie und Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen
Kostenobergrenzen für einzelne Vorschläge	Je nach Ort 500 Euro, 1.000 Euro, 2.000 Euro, selten mehr	Je nach Ort 5.000 Euro, 10.000 Euro, 15.000 Euro oder mehr
Entscheidung durch Abstimmung oder Jury	Allgemeine Abstimmung und Jury-Entscheidung sind vertreten	Allgemeine Abstimmung aller Einwohner*innen überwiegt
Risiko des „Scheiterns“	Begrenzung: Wenn der eigene Vorschlag nicht durchkommt, werden andere Jugendvorschläge finanziert	Ist variabel, hängt von den jeweiligen Bedingungen ab

Tabelle: Unterschiede zwischen Jugendbudgets und Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets

Der Zyklus einer Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets

Ein Argument für Bürgerbudgets ist, dass hier die Funktionsweise der (lokalen) Demokratie erlebt werden kann. Dies basiert auf dem von Harold Dwight Lasswell (1956) entwickelten „policy cycle“, mit dem in der Politikwissenschaft Entscheidungsprozesse in der Demokratie erklärt werden (siehe Kasten). Das JUBU-Projekt hat für seine pädagogische Arbeit dieses Modell in einen Zyklus der Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets mit den nachfolgend beschriebenen Etappen übertragen.

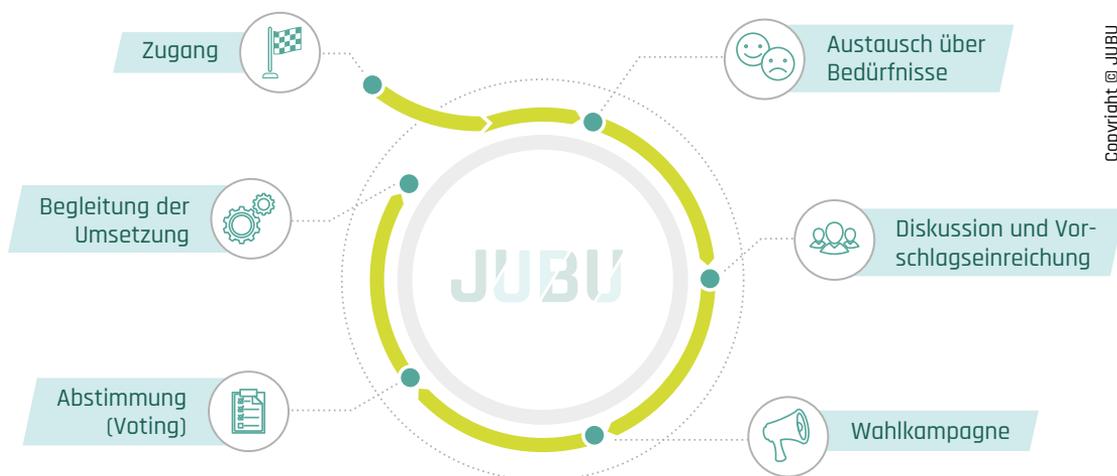


Abb.: Demokratischer Zyklus für Beteiligung bei Bürgerbudgets

Nachdem ein Zugang zu einer Schulkasse bzw. Jugendgruppe gefunden ist, stellt ein „Austausch über Bedürfnisse“ ein wichtiges Moment der Ideensammlung dar. Gerne arbeiten wir hier mit Landkarten, in denen die Teilnehmenden ihre Lieblingsorte eintragen können. Über einen Austausch der Lieblingsorte und weniger geliebten Orte können Probleme mit der Infrastruktur oder andere Bedarfe sichtbar werden. Bei Lasswell entspricht dies in etwa der Phase der Problemdefinition. Bei der anschließenden „Diskussion und Auswahl“ der Vorschläge erfolgt eine Art Agenda Setting: Die Gruppe einigt sich, welche ihrer Ideen sie zu einem Vorschlag ausarbeiten und schließlich für die Abstimmung einreichen möchte. Hierzu sind Gespräche mit der Verwaltung über die örtlichen Zulassungskriterien von Vorschlägen (Kostenrahmen, kommunale Zuständigkeit etc.) vorgesehen. Die jungen Menschen erarbeiten daraufhin – wie Parteien bei einer Wahl – eine eigene „Werbekampagne“ für ihren Vorschlag. Die Abstimmung steht anschließend für die Politikformulierung. Bekommt das Projekt eine Finanzierung, geht es in die Begleitung der Umsetzung. Die Evaluation entscheidet dann über eine Teilnahme am Bürgerbudget im nächsten Jahr.

Bei JUBU findet sich dieser Zyklus im Schulformat bzw. Planspiel „Bürgerbudget“ wieder (siehe Interview mit Julia Zimmermann) und auch bei der Offenen Jugendarbeit und dem hierfür entwickelten Format „Vorschlags-Expedition“ (siehe Interview mit Martina Rumpel).

Methodenkasten

Der policy cycle bei Lasswell - Grundlage für politische Bildung bei Bürgerbudgets

Bei dem in den 1950er Jahren von Harold Dwight Lasswell (1956) entwickelten „policy cycle“ handelt es sich um ein Kreismodell. Das Modell wird in der Politikwissenschaft genutzt, um Entscheidungsprozesse in der Demokratie zu veranschaulichen. Es enthält die nachfolgend beschriebenen sechs Etappen, die im JUBU-Projekt ein Ausgangspunkt für den Zyklus der Beteiligung am Bürgerbudget sind.

- 1) Problemformulierung: Ein politisches Problem wird erkannt, üblicherweise von Interessengruppen an die Politik, Parteien und darüber in die Parlamente getragen.
- 2) Agenda Setting: Das Problem wird auf die politische Tagesordnung gesetzt, z. B. zur Abstimmung in der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung. Das Agenda Setting erfolgt auch durch Druck sozialer Bewegungen, deren Aufgabe es ist, neue Fragen und Lösungsvorschläge zu präsentieren.
- 3) Politikformulierung: Es werden Entscheidungen über konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems getroffen. Das heißt z. B., ein Antrag wird im Parlament angenommen oder abgelehnt.
- 4) Implementation: Es geht um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, in der Regel durch Ministerien bzw. Verwaltungen.
- 5) Evaluierung: Die durchgeführte Umsetzung wird geprüft und hinsichtlich ihres Erfolges bewertet.
- 6) Terminierung: Die Maßnahme kann nach der Evaluierung beendet oder fortgesetzt werden. Auch kann es zu einer Re-Formulierung des Ausgangsproblems kommen, um neue Maßnahmen vorzuschlagen. Der Zyklus beginnt in diesem Fall von neuem.

Fazit

Die Frage, ob eine Beteiligung junger Menschen beim Bürgerbudget oder Jugendbudget anfangen sollte, hängt zum einen von den pädagogischen Zielen ab: Möchte ich junge Menschen motivieren, gemeinsam eigene Vorhaben umzusetzen, kann ein Jugendfonds eine gute Finanzierungsquelle sein. Der Aspekt des demokratischen Lernens fokussiert sich hier vor allem auf die Zusammenarbeit in einer (Projekt-)Gruppe. Bei Bürgerbudgets dient eine Beteiligung im Rahmen des demokratischen Zyklus dazu, das Funktionieren der (lokalen) Demokratie und ihrer Institutionen kennenzulernen. Die Hoffnung ist, dass Praktiken, die hier einmal eingeübt worden sind, später auch für politisches Engagement in anderen Bereichen genutzt werden können. Auf der anderen Seite können aber auch ganz pragmatische Erwägungen entscheidend sein: Wenn bereits ein Bürgerbudget existiert, könnte dies genutzt werden, ohne dass ein zusätzlicher Prozess etabliert werden muss. Und umgekehrt kann ein Jugendbudget der Ausgangspunkt für eine Beteiligung aller Altersgruppen sein.

Grundsätzlich ist es so, dass sich beide Prozesse gegenseitig stärken können. So gibt es in Eberswalde und Nuthetal beide Verfahren, die sich gut ergänzen. Vor diesem Hintergrund ist von daher nicht die Frage nach einem Jugendbudget oder Bürgerbudget zu stellen, sondern eher, wo zuerst zu beginnen ist. Beim Nachdenken über diese Fragen bieten wir uns bei JUBU gerne als „Sparringspartner“ an und entwickeln mit Ihnen gute Lösungen.

Über den Autor

Carsten Herzberg, Dr., ist Politikwissenschaftler und leitet als Referent für Demokratie und Gemeinwesen beim mitMachen e. V. das Projekt „JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“.

Literatur

- JUBU (2020), Studie Bürgerbudgets in Brandenburg – Perspektiven für Jugendbeteiligung, Potsdam.
- Herzberg, Carsten/Sintomer, Yves/Röcke, Anja (2020), Bürgerhaushalte, in: Reichard, Christoph/Veit, Sylvia/Wewer, Göttrik (Hg.), Handbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden, S. 495 – 507.
- Lasswell, Harold Dwight (1956), The decision process: Seven categories of functional analysis, Bureau of Government, College of Business and Public Administration, University of Maryland.
- Vorwerk, Volker (2018): Bürgerbudget – Der erfolgreichere Bürgerhaushalt, 20 Jahre partizipative Haushaltsplanung, in Städtetag aktuell, Nr. 6/2018, S. 8 f.

Schüler*innenHaushalt – für mehr demokratische Mitbestimmung in Schulen!

Mareike Schmidt

Der Schüler*innenHaushalt (SH) ist ein Beteiligungsverfahren zur Demokratieförderung, bei dem Schüler*innen in einem demokratischen Prozess über den Einsatz eines festgelegten Budgets entscheiden. Der SH gibt jungen Menschen die Möglichkeit, echte Mitgestaltung und Mitbestimmung zu erleben und ihr Umfeld in einem demokratischen Prozess aktiv zu gestalten. Das Projekt stammt ursprünglich aus Recife in Brasilien, dort wurde der Schüler*innenHaushalt bereits im Jahr 2011 zum fünften Mal an allen öffentlichen Schulen der Stadt umgesetzt. Die Bertelsmann-Stiftung wurde auf das Projekt aufmerksam und pilotierte das bewährte Verfahren in Deutschland 2012 in der Stadt Rietberg und der Gemeinde Wennigsen (Koop 2015). Im Sommer 2014 wurde das Projekt an die Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. (SJB) übergeben.

Start in Berlin

Die SJB hat den Schüler*innenHaushalt in Berlin im Jahr 2014 eingeführt und das Projekt in den Jahren 2014 bis 2017 insbesondere im Bezirk Mitte mit finanzieller Unterstützung der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin erfolgreich etabliert. 2018 gelang mit finanzieller Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Erschließung neuer Bezirke sowie die Verstetigung im Bezirk Mitte. Mittlerweile sind im Jahr 2022 alle Bezirke Berlins mit insgesamt 129 Schulen am Projekt beteiligt.

Weiterführung in Brandenburg

Das in Berlin erprobte Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche startete mit Beginn des Jahres 2022 durch die Förderung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) auch an zehn Schulen in vier Brandenburger Kommunen. Hierfür wurde Anfang 2020 ein Interessensbekundungsverfahren gestartet, um die Bedarfe in Brandenburg abzubilden und zu schauen, welche kommunalen Vertreter*innen sich eine Durchführung des Projekts an ihren Schulen vorstellen können. Das Projekt wurde dann an den neuen Standorten an die Bedingungen vor Ort angepasst. Teilnehmende Kommunen sind Premnitz, Bad Freienwalde, Hohen Neuendorf und der Landkreis Uckermark (siehe Detailkarte S. 72).

Mit Brandenburg wurde bewusst ein Bundesland gewählt, das ländlich geprägt ist und in Teilen Stabilisierungsbedarfe aufweist. In Zeiten abnehmender Zustimmung zu demokratischen

Verfahren ist es wichtig, dass auch abseits der großen Städte kindgerechte und greifbare Demokratiebildung stattfindet. Um die Fortsetzung des Schüler*innenHaushalts in Brandenburg über 2022 und die DSEE-Förderung hinaus sicherzustellen, ist perspektivisch eine Förderung durch das Land – vergleichbar mit Berlin – wünschenswert.

Umsetzung in Brandenburg

Der Schüler*innenHaushalt wird an allen Schulformen – von der Grundschule über Oberschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen bis hin zu Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt sowie Oberstufenzentren – umgesetzt.

Die Servicestelle Jugendbeteiligung ist für die Begleitung der Schulen während des gesamten Prozesses verantwortlich und für Fragen der Schulen ansprechbar. Die Maßnahmen der SJB zielen auf Empowerment insbesondere der Schüler*innen ab. Neben einer individuellen Beratung und Begleitung der Schulen, die sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Schule orientieren, werden Auftakt-/Abschlussveranstaltungen, Aktionskisten und Erklärkarten sowie Workshops für Schüler*innen des Planungsteams und Pädagog*innen angeboten.

Für alle Schulen ist die Teilnahme an mindestens einem Workshop verpflichtend. Die Schulen erhalten eine Empfehlung von der Servicestelle für die Auswahl des für die Schule passenden Workshops. Alle Workshops dienen gleichermaßen der Qualifizierung und dem Austausch. Angeboten werden beispielsweise Qualifizierungsworkshops zu den Themen Projektmanagement und Demokratie, aber auch phasenbegleitende Workshops (z.B. wie wird eine demokratische Wahl durchgeführt). Die erfolgreiche Durchführung des Schüler*innenHaushalts vor Ort hängt maßgeblich von den Schüler*innen des Planungsteams ab. Sie werden als Expert*innen vor Ort wahrgenommen und verantworten gemeinsam mit der*dem betreuenden Pädagog*in die zentralen Veranstaltungen und Maßnahmen zur Umsetzung an der Schule. Entsprechend sind die Vorbereitung und Begleitung dieser Schüler*innen und ihrer erwachsenen Begleitpersonen entscheidende Faktoren.

Am Ende des Projekts wird der Prozess jeweils evaluiert, um Schlussfolgerungen für eine mögliche Anpassung des Begleitprogramms zu generieren. Dafür werden die Schüler*innen und Begleitpersonen über verschiedene Methoden jeweils nach den Workshops befragt und über den Jahresverlauf Eindrücke zur Umsetzung aus den Schulen gesammelt. Die Eindrücke werden in einem Abschlussbericht aufbereitet. Sie dienen außerdem der schulinternen Reflexion zum Prozess des Projekts, um die Umsetzung an der Schule weiterentwickeln zu können und Verfahren, die sich bewiesen haben, festzuhalten. Damit wird eine nachhaltige und langfristige Verankerung des Projekts an den Schulen angestrebt.

Gesellschaftliche Bedeutung und Effekte

Die Wirkung des Schüler*innenHaushalts entfaltet sich in erster Linie bei den Schüler*innen. Um an dem gewachsenen Erwartungsdruck nicht zu zerbrechen, brauchen die Schüler*innen von heute eine Bildung, die sie in dem Sinne zu mündigen Bürger*innen macht, dass sie imstande sind, Prozesse aktiv mitzugestalten, ihre Interessen in notwendigen Aushandlungsprozessen zu definieren und wirkmächtig zu vertreten. Dazu gehört es, sich als Teil der Zivilgesellschaft oder als politische Akteur*innen aktiv einzubringen.

Die unterstützte, aber selbstorganisierte Planung und Umsetzung mit schnell sichtbaren Erfolgen stärken einerseits das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, andererseits löst die Erfahrung, durch eigenes Engagement relevante Veränderungen herbeizuführen, das Gefühl aus, etwas zu bewirken. Schüler*innen erfahren, dass sich der Einsatz für ihre Interessen direkt positiv auf ihren Lebensraum entfaltet, sie etwas entstehen lassen können, und sie erlernen wichtige Kompetenzen für bürgerschaftliches Engagement. Dies sorgt für bedeutsame Selbstwirksamkeitserfahrungen, die die Grundlage für weiteres Engagement bilden – innerhalb der Schule und darüber hinaus (Sportverein, politische (Jugend-)Organisationen etc.). Der Schüler*innenHaushalt kann so als Einstieg in weiteres ehrenamtliches Engagement dienen und gibt Mut und Zuversicht in unsicheren Zeiten.

Außerdem bietet das Verfahren einen Ansatzpunkt, um die schulgesetzlich bestehenden demokratischen Strukturen an der Schule zu beleben. Es gibt spezielle Vereine, die SV-Beratung und Seminare für SV-Teams, SV-Begleiter*innen, Klassensprecher*innen und Lehrkräfte anbieten. Wenn Schüler*innen durch ihre Selbstwirksamkeitserfahrungen merken, dass Veränderung an der Schule durch eigenes Engagement möglich wird, kann weiteres Interesse für Gestaltungsmöglichkeiten in der Schule geweckt werden. So werden demokratische Entscheidungs- und Mitbestimmungsprozesse an Schule zu einer Selbstverständlichkeit und in den schulischen Alltag integriert.

Unterstützend wird im Rahmen der Vernetzungs- und Abschlussveranstaltungen des Schüler*innenHaushalts auf lokale und regionale Engagementmöglichkeiten hingewiesen. Auch weiteres ehrenamtliches Engagement im Projekt wird gestärkt. So kann das Team der Begleitpersonen an der Schule eine ehrenamtlich engagierte Person aus dem (erweiterten) Umfeld der Schule (Ehemalige, lokale Initiativen, Unternehmen etc.) umfassen, die die Umsetzung als Externe unterstützt und von Schüler*innen nochmal anders als Lehrkräfte wahrgenommen werden.

Der Schüler*innenHaushalt setzt bei den Schüler*innen von heute an, die die demokratische Zivilgesellschaft und Politik von morgen gestalten werden.

In den letzten Jahren waren und sind populistische und in der Tendenz autokratische Strömungen weltweit auf dem Vormarsch und gewinnen an Zustimmung in der Bevölkerung. Demokratie und demokratische Prinzipien sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder neu erarbeitet werden. Es ist unerlässlich, dass sich Bürger*innen in demokratische Verfahren einbringen und auch ein Verständnis für Prozesse der Umsetzung haben. Genau diese Herausforderungen nimmt das Projekt an und stärkt junge Menschen bei der Entwicklung demokratischer Kompetenzen und der Begeisterung für Engagement – direkt im eigenen Lebensumfeld und für ganz unterschiedliche Altersgruppen und Hintergründe.

Der Schüler*innenHaushalt fördert darüber hinaus nicht nur die Identifikation von Schüler*innen mit ihrer eigenen Schule, sondern regt zudem einen Austausch zwischen Schüler*innen und den kommunalen Verwaltungen und der kommunalen Politik an. So findet über das Projekt eine Auseinandersetzung mit den Funktionsweisen dieser Institutionen und den Möglichkeiten lokaler (Förder-)Strukturen statt. Dadurch wird ein lebensweltlicher Bezug hergestellt und Politik sowie Verwaltung werden nahbar.

Grundsätze des Schüler*innenHaushalts

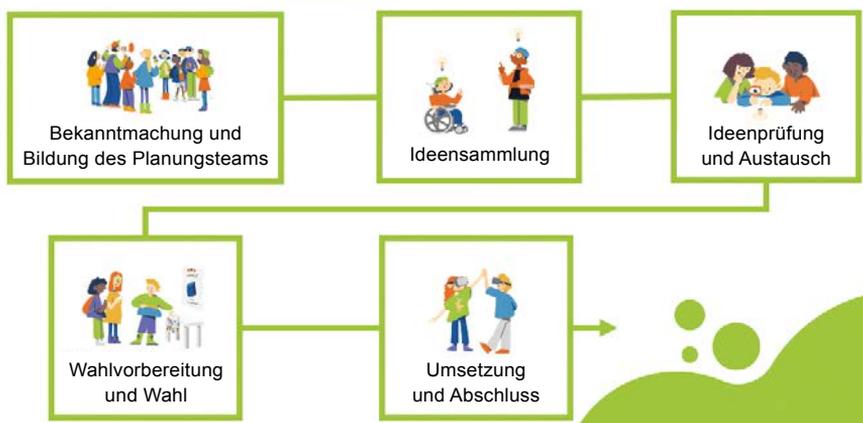
Das Projektkonzept orientiert sich – der Vereinsphilosophie der Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. gemäß – stark an einem Peer-to-Peer-Grundsatz. Wir möchten also die beteiligten Schulakteur*innen befähigen und unterstützen, nicht jedoch die Aufgaben für sie vorprägen oder ausgestalten. Deshalb ist das Projektkonzept auch flexibel (z. B. an unterschiedliche Schulformen) anpassbar.

Wir begreifen Schüler*innen, aber auch Schulleitung, Lehrende und Schulsozialarbeit, als Expert*innen ihres Lebens- und Arbeitsraums Schule. Als Servicestelle möchten wir sie in ihrer Zusammenarbeit beim Schüler*innenHaushalt unterstützen. Dabei übernehmen die Schüler*innen des Planungsteams für die Koordination des Projekts, in der Ideensammlung und Wahl sowie während des gesamten Projekt-Gestaltungsprozesses (Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung) die Hauptverantwortung für das Gelingen des Projekts. Wir möchten ihnen die Chance eröffnen, als Expert*innen ihrer Schule aktiv zu werden. Die erwachsenen Schulakteur*innen agieren dabei als erfahrene Unterstützer*innen im Umgang mit Schule und Schüler*innen und befähigen die jungen Projektpartner*innen, ohne sie zu bevormunden oder für sie zu entscheiden. Alle Schritte werden daher gemeinsam gegangen, aktiv (mit) gestaltet durch die Schüler*innen – von der Ideensammlung bis zur Umsetzung. Die Mitarbei-

tenden der SJB verstehen sich ebenfalls als unterstützende Begleiter*innen, deren Anliegen es ist, die Akteur*innen vor Ort zur Verantwortungsübernahme für ihren eigenen Lern- und Lebensraum zu befähigen. Zusätzlich stellen sie die Umsetzung entlang der inhaltlichen Grundprinzipien sicher, indem im Rahmen der Begleitung eine Auseinandersetzung mit demokratischen Prinzipien ermöglicht wird (Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. 2021).

Funktionsweise

Die Phasen des Schüler*innenHaushalts



Copyright © Servicestelle Jugendbeteiligung

Abb.: Die Phasen des Schüler*innenHaushalts

Schüler*innenHaushalt konkret - Hohen Neuendorf

In Hohen Neuendorf wurde im November 2021 die Erhöhung der Mittel von Schulen für einen „Schüler*innenHaushalt“ in Höhe von fünf Euro je Schüler*in an den Schulen in städtischer Trägerschaft beschlossen. Das ermöglicht den Schüler*innen aus Hohen Neuendorf, Projekte selbst vorzuschlagen und über deren Umsetzung entscheiden zu können (siehe auch Interview S. 68ff.). Auf diese Weise würden Kinder und Jugendliche noch besser beteiligt. Drei Hohen Neuendorfer Schulen wurden von der Stadt ausgewählt und nehmen am Projekt Schüler*innenHaushalt im Jahr 2022 teil. Zwei weitere Schulen führen den Schüler*innenHaushalt in Eigenregie durch, ohne eine Betreuung durch die Servicestelle Jugendbeteiligung.

Die erste Steuerungsrunde fand im Januar 2022 mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung Hohen Neuendorf, den teilnehmenden Schulen (Schulleitung und Schulsozialarbeit) und der Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. statt. Im Rahmen dieser wurde den Beteiligten

das Projekt Schüler*innenHaushalt mit seinem Hintergrund und der Funktionsweise vorgestellt und die konkrete Umsetzung in Hohen Neuendorf besprochen. Ziel ist es, weitere Akteur*innen für die zukünftigen Steuerungsrounds einzuladen, da die Steuerungsrounds als Schnittstelle zwischen Kommune, Politik, Schulen und der SJB fungieren, um den Informationsfluss hochzuhalten.

Nachdem Anfang des Jahres 2022 den Schulen ihre Projektteilnahme zugesichert wurde, fanden darauffolgend die schulindividuellen Vorbereitungstreffen mit Schulleitung und Begleitpersonen statt. In diesen Vorbereitungstreffen wurde die konkrete Umsetzung des Projekts an der Schule mit der Servicestelle Jugendbeteiligung besprochen und die pädagogischen Begleitangebote wurden auf die Schule zugeschnitten. Dies bezieht sich auf die Workshops, aber auch auf mögliche Tandems mit anderen Schulen sowie auf die Zusammenarbeit mit der Servicestelle, beispielsweise ob regelmäßige Check-In-Termine gewünscht werden oder nur anlassbezogen zum Projektstand eingecheckt werden soll.

Nach dem Vorbereitungstreffen hatten die Schulen bis zur gemeinsamen (digitalen) Auftaktveranstaltung Zeit, das Projekt bei sich in der Schulfamilie bekannt zu machen und ein Planungsteam, welches mit der Unterstützung durch die Begleitpersonen das Projekt umsetzt, zu bilden. Einige Schulen zogen Unterstützung bspw. aus der Elternschaft als externe



ehrenamtliche Begleitperson hinzu. Hierfür wurden Mittel für Honorare eingestellt. Am 29. März 2022 fand die schul- und kommunenübergreifende digitale Auftaktveranstaltung des Schüler*innenHaushalts statt. Alle zehn Brandenburger Schulen haben mit den Schüler*innen des Planungsteams und den Begleitpersonen teilgenommen sowie Vertreter*innen der vier Kommunen. In diesem Rahmen konnten sich die Schulen untereinander kennenlernen, vernetzen und austauschen. Von März bis Oktober 2022 wird die eigentlich Projektumsetzung des Schüler*innenHaushalts in den Schulen durchgeführt. Die Begleitperson hat in der Grundschule Niederheide z. B. 15 Schüler*innen aus allen Klassenstufen für eine Mitwirkung im Planungsteam gewinnen können, indem sie das Projekt in allen Klassen vorgestellt hat. Zwischen der Grundschule und der Servicestelle finden regelmäßige Telefonate statt, bei denen auf die aktuelle Phasenumsetzung geschaut und weitere Punkte besprochen werden. Ähnlich gehen wir in den anderen Schulen vor, die Servicestelle Jugendbeteiligung steht also den Begleitpersonen während der gesamten Durchführung des Schüler*innenHaushalts als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Zukunft des Schüler*innenHaushalts in Brandenburg

Langfristiges Ziel für die Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. ist es, den Schüler*innenHaushalt in Brandenburg fortzusetzen und auszuweiten, um so einen Beitrag zu einer sich entwickelnden demokratischen Schulkultur zu leisten. Noch mehr junge Menschen müssen erfahren, dass ihre Stimme und ihr Engagement tatsächlich etwas bewirken.

Über die Autorin

Mareike Schmidt, Projektleitung Schüler*innenHaushalt

Servicestelle Jugendbeteiligung e.V.

Scharnhorststraße 28/ 29

10115 Berlin

info@schuelerinnen-haushalt.de

030 308 784 525

Literatur

Koop, Alexander (2015), Schülerhaushalt. Ein Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen. Informationsbroschüre und Projektbericht, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. (2021), Die 7 goldenen Prinzipien des Schüler*innenHaushalts, https://schuelerinnen-haushalt.de/wp-content/uploads/2021/02/SH_Leitlinien.pdf (abgerufen am 23.06.2022).

Kinder- und Jugendbudget

Projekt abrechnung auch ohne Quittung?

Gespräch mit Stefanie Buhr | Potsdam



Copyright © privat

Stefanie Buhr ist in Potsdam die Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen. Ihre Stelle ist in der Verwaltung dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt zugeordnet, das als Stabsstelle beim Oberbürgermeister angesiedelt ist.

In Potsdam steht die Einführung eines Kinder- und Jugendbudgets bevor. Das Geld soll von einem freien Träger der Jugendarbeit verwaltet werden. Es stehen dabei keine Fragen nach der Umsetzungsmöglichkeit oder dem politischen Willen im Vordergrund, sondern Verfahrensfragen: Was passiert, wenn junge Leute mal eine Quittung verlieren? Wird dann der Träger in Haftung genommen? Werden dem Träger Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit junge Leute begleitet werden können? In Potsdam hofft man nun auf einen baldigen Start des Budgets.

JUBU/KIJUBB: Wie ist es in Potsdam zu einem Kinder- und Jugendbudget gekommen?

Stefanie: In 2017 – vor meiner Zeit – haben die Stadtverordneten den ersten Aktionsplan zur „Kinder- und jugendfreundlichen Kommune“ verabschiedet. An der Erarbeitung wurden verschiedene Fachexpertisen als Sachverständige beteiligt. Uns wurde geraten, ein eigenes Budget für Kinder und Jugendliche in den Aktionsplan mit aufzunehmen. Die Stadtverordneten diskutierten, wie viel Geld Sinn ergeben würde, und man einigte sich damals auf einen Euro pro Kind.

Damit standen der Wunsch nach einem Budget und der finanzielle Rahmen im Raum. Wie ging es weiter?

Generell war man sich einig, dass Kinder und Jugendliche ihre Projekte selbst initiieren sollen, und es wurde die Summe von 30.000 Euro jährlich benannt. Allerdings wurden keine weiteren Rahmenbedingungen festgelegt. Als ich im Oktober 2018 meine Stelle angetreten bin, haben wir angefangen zu erarbeiten, was wir konkret brauchen, um das Budget ins Leben zu rufen. Wir gründeten eine Arbeitsgruppe, an der sich eine Kollegin aus der Jugendhilfe, das Kinder- und Jugendbüro und der Stadtjugendring beteiligten. Wir haben einen Workshop mit Fachkräften durchgeführt, um wichtige Hinweise für die Erarbeitung eines Konzepts zu entwickeln. Unter anderem mussten wir ermitteln, wo das Budget angesiedelt werden konnte.

Uns ist dabei aufgefallen, dass es zu diesem Zeitpunkt brandenburgweit nicht viele Budgets gab, die bei Verwaltungen angesiedelt sind. Da die Geldvergabe mit Zuwendungsanträgen keineswegs kinderfreundlich ist, haben wir uns auf die Suche nach einer einfacheren Art gemacht. Wir wollten vermeiden, dass Erwachsene weitestgehend als Mittler*innen vonnöten sind und darüber Einfluss auf die jungen Menschen nehmen könnten. Wir betraten, aus Potsdamer Sicht, Neuland und es dauert alles etwas länger, wenn man es gut machen will. Jetzt befinden wir uns in der letzten Phase, der konkreten Umsetzung.

Das freut mich sehr zu hören. Ihr habt Euch lange mit den Fragen zur Umsetzung beschäftigen müssen. Was war so herausfordernd?

Das stimmt. In 2017 gab es nicht so viele Kommunen, von denen wir lernen und abschauen konnten. Das hat sich glücklicherweise geändert.

Eine Frage, die uns beschäftigte, bezog sich auf die Abrechnung der verausgabten Projektgelder. Was ist, wenn Quittungen und Belege bei den jungen Menschen verloren gehen oder

Abrechnungen nicht ordentlich sind? Hier konnten wir von der Vorgehensweise in anderen Förderprojekten profitieren: in Form von Beleglisten mit Bagatellklausel beispielsweise. Wenn wir das Kinder- und Jugendbudget verwendungsrechtlich als etwas definieren, wo die jungen Menschen ein Lernfeld haben sollen, kann hier weniger strikt agiert werden. Dann ist es auch kein Drama, wenn mal etwas verloren geht. Die Sichtweise, wie Geld herausgegeben werden darf, musste sich auch bei Erwachsenen ändern. Stichwort „niedrigschwellige Beantragung“.

Eine andere Frage, die wir länger abgewogen haben, bezog sich auf die Umsetzung. Es sollte nicht über Jugendfreizeiteinrichtungen laufen, denn die jungen Menschen sollten auch außerhalb bekannter Einrichtungen ihre Ideen mit Freund*innen verwirklichen können. Es geht ja nur ein Teil der jungen Menschen in Jugendklubs. Dennoch braucht es für die Umsetzung der Projekte von Kindern und Jugendlichen eine pädagogische Begleitung in Form einer verlässlichen Ansprechperson. Also schlussfolgerten wir, dass wir das Kinder- und Jugendbudget mit einem externen Träger umsetzen möchten.

Das Konzept haben wir fertiggestellt. Nun befinden wir uns in der Prüfung beim Rechtsamt, ob wir die Zuwendungsrichtlinie so umsetzen dürfen. Der Träger muss geschützt werden, dass dieser beispielsweise nicht für verlorene Quittungen haften muss, und dennoch müssen wir uns im Verwaltungsrecht auch auf der sicheren Seite bewegen. Anschließend werden wir uns auf die Suche nach einem Träger zur Umsetzung machen.

Und der Träger wird aus dem Budget finanziert?

Augenblicklich sind wir mit der Lösung nicht glücklich, weil sich dadurch das Geld für die Projekte der jungen Menschen erstmal verringert. Die Umsetzung benötigt allerdings, wie schon zuvor erwähnt, Personal in Form einer pädagogischen Betreuung sowie Sachmittel für den Prozess. Diese waren im Aktionsplan nicht explizit ausgewiesen. Wir müssen nun eine Aufteilung darüber entwickeln, wie viel Geld ins Budget fließt und wie viel für Personal- und Sachkosten ausgegeben werden muss.

Dafür erhält der Träger ein fertiges Konzept, das er umsetzen darf. Welche Vorstellungen gebt Ihr mit?

Das Konzept ist fertig, aber nicht abgeschlossen und soll unbedingt mit dem Träger weiterentwickelt werden. Es wäre schön, wenn es eine Jugendjury gibt, die über die Anträge mitentscheidet. Sobald die Rechtsprüfungen abgeschlossen sind und das Konzept durch die Stadtverordneten beschlossen ist, werden wir es der Öffentlichkeit auf unserer Webseite zur Verfügung stellen.

Und so Lernen für Andere ermöglichen. Was kannst Du heute schon anderen Städten empfehlen, die ein Kinder- und Jugendbudget einführen möchten?

Das Budget sollte durch einen Stadtverordnetenbeschluss gesichert sein, um zu vermeiden, dass es aus Einsparmaßnahmen weggekürzt werden muss. In der Planung enthalten sein sollen unbedingt Aussagen zu Personal- und Sachkosten, damit die Umsetzung realistisch ist.



Copyright © privat

Steckbrief

Kinder- und Jugendbudget in Potsdam (Einführung geplant)

Ort: Potsdam

Höhe des Fondsbeitrages: Laut Stadtverordnetenbeschluss vom 05.07.2017 (17/SVV/0386) stehen 30.000 Euro zur Ausgestaltung eines Kinder- und Jugendbudgets zur Verfügung.

Die Aufteilung und Verwendung der Mittel sind nicht detailliert festgeschrieben. Sach- und Personalkosten sind nicht explizit benannt worden und werden im Rahmen einer Modellphase ermittelt.

Teilnehmende: Kinder und Jugendliche (6 - 27 Jahre)

Mit der Durchführung beauftragt: freier Träger (gemeinnütziger Verein)

Ablauf:

Niedrigschwellige Beantragungs- und Abrechnungsmodalitäten werden von einer Steuerungsgruppe erarbeitet (unter anderem Zeitplan, Antragsfristen, Beleglisten, Dokumentation mit Fotos usw.) Der Projektantrag kann formlos gestellt werden.

Eine Kinder- und Jugendjury wird konkrete Vergabekriterien inhaltlicher Art entwickeln (Welche Themen und Inhalte werden gefördert?), die eine faire Verteilung der Budgetgelder gewährleisten. Weiterhin wird die Jury nach Ablauf des Beantragungszeitraumes jeweils anhand der gemeinsam festgelegten Kriterien über die Vergabe der Gelder entscheiden.

Beispiele für die Umsetzung:

Da die Antragsteller*innen aus ihren Lebenswelten heraus die Themen für ihre Projekte bestimmen, kommen dafür diverse Wirkungsräume und Motive für Ideen in Frage.

Einige Beispiele:

- außerschulische Jugendbildung (mit politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher, technischer, sportlicher oder medialer Ausrichtung),
- Freizeitgestaltung im allgemeinen Sinn,
- Gestaltung von Ferienfreizeiten oder Jugendbegegnungen (Jugenderholung),
- Projekte und Veranstaltungen mit ausgewählten Themenschwerpunkten,
- kulturelle Aktionen
- und viele weitere Verwendungsspielräume.

Wirkungsräume können sein:

- Schulen / Kitas / Horte,
- freie Kinder- und Jugendinitiativen,
- Kinder- und Jugendeinrichtungen,
- der öffentliche Raum.



Abb.: Detailkarte verschiedener Formen von Kinder- und Jugendbudgets in Brandenburg (2022)

Kinder- und Jugendbudget

„Du hast den Hut auf!“ setzt auch auf Digitalisierung
Gespräch mit Nora Görisch | Bad Belzig



Copyright © Stiftung SPI Brandenburg Nord-West

Nora Görisch, arbeitet bei der Stiftung SPI in der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) „Hoher Fläming“, wo sie „Du hast den Hut auf!“ betreut.

„Du hast den Hut auf!“ ist ein Kinder- und Jugendfonds im Gebiet des Hohen Flämings und wird von Bad Belzig aus von der Stiftung SPI organisiert. Für Bildung, Kultur und Sport können Vorschläge von bis zu 1.000 Euro eingereicht werden, für Bauvorhaben sind es sogar 5.000 Euro. Während der Corona-Pandemie wurden dank Digitalisierung neue Teilnehmende gewonnen. Doch die Online-Abstimmung wirft auch Fragen der Datensicherheit auf.

JUBU/KIJUBB: Wie ist es zu dem Kinder- und Jugendbeteiligungsfonds gekommen?

Nora: Ich bin seit 2020, frisch zum ersten Lockdown [Anm. d. Herausgeber: aufgrund der Corona-Pandemie], für den Fonds aktiv und weiß, dass im Jahr 2016 die Initiative zur Gründung eines Kinder- und Jugendbeteiligungsfonds durch die Stiftung SPI im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie (PfD) ergriffen wurde. Bei einer Kinder- und Jugendumfrage zum allgemeinen Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen war ein zentrales Ergebnis, dass sich die Kinder und Jugendlichen einen Fonds zur Umsetzung eigener Ideen wünschten. Von der PfD Hoher Fläming - damals LAP (lokaler Aktionsplan) - wurde mit „Du hast den Hut auf!“ eine Möglichkeit gefunden, wie Kinder und Jugendliche ihre Projektideen, die sie bei einer Jugendkonferenz entwickelt haben, in die Tat umsetzen können. Wichtig war dabei auch, dass sie direkt an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden können. Die Stiftung SPI wurde in ihrer Initiative dann durch die Planregion 4 in Potsdam-Mittelmark, also Politik und Verwaltung, unterstützt.

Der Fonds wurde anschließend durch die PfD konzipiert. Hierbei wurden die Altersspanne 0 bis 27 Jahre der zu erreichenden Zielgruppe sowie die Förderkriterien festgelegt. Der Fonds ist seither in der Verantwortung der PfD Hoher Fläming und Bad Belzig als Trägerkommune.

Apropos Verfahren: Was sind die zentralen Schritte und wie genau gestaltet sich denn das Verfahren zum Jugendbeteiligungsfonds?

Alle Kinder und Jugendlichen können bei uns Projektideen einreichen. Der Jugendbeteiligungsfonds hat verschiedene Förderkategorien, deswegen gibt es zwei verschiedene Abgabefristen für Projektanträge.

Zum einen haben wir den Bereich „Bildung, Kultur und Sport“. Hier gibt es insgesamt 12.000 Euro und je Projekt maximal 1.000 Euro. Wenn Fördergelder in der ersten Antragsrunde nicht ausgeschöpft sind, können Bewerber*innen im Herbst erneut Anträge einreichen, worüber dank der Online-Abstimmung dann auch abgestimmt werden kann.

Anders gestaltet es sich für den Bereich „Bauvorhaben“. Diesen Bereich verwalten wir gemeinsam mit der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Fläming. Da es sich um investive Gelder handelt, die eine längere Vorlaufzeit benötigen, gibt es nur die jährliche Antragsfrist im Februar. Hier können maximal 5.000 Euro je Projekt und insgesamt 15.000 Euro für alle Projekte abgerufen werden.

PfD Hoher Fläming
Bad Belzig

Wir prüfen die Anträge dann auf formale Richtigkeit, bevor wir sie an die Kinder und Jugendlichen für die „Tage der Entscheidung“ weiterreichen. Diese finden für die erste Antragsrunde

vor den Osterferien und aufgrund Corona digital statt. An diesen drei Tagen haben die jungen Menschen die Möglichkeit, über die eingereichten Projektideen direktdemokratisch abzustimmen. Pro Projekt können bis zu drei Sternchen verteilt werden. So wollen wir erreichen, dass sich die Teilnehmer*innen alle Projekte anschauen und für zukünftige Projektideen inspirieren lassen.

Nach den „Tagen der Entscheidung“ folgt der Verwaltungsakt. Das heißt, ich nehme ungewollte Mehrfachabstimmungen, die ich über die IP-Adressen ersehen kann, aus der Abstimmung heraus und ermittle das Abstimmungsergebnis der Kinder und Jugendlichen.

Wie kannst Du denn ersehen, welche Mehrfachabstimmungen nicht gewollt sind?

Kinder ohne eigene Endgeräte stimmen häufig in der Grundschule oder im Hort über das Gerät der Erzieher*innen ab. Diese informieren mich meist auch darüber. Das findet dann tagsüber und in einer überschaubaren Anzahl – also einer normalen Gruppengröße – statt. Wenn dann allerdings 300 Stimmen von einer IP zu einer mitternächtlichen Uhrzeit eingehen, da werde ich doch schon hellhörig und kann annehmen, dass da jemand das eigene oder das Projekt von Freund*innen unterstützen wollte.

Danke für diesen kurzen Exkurs in die technische Umsetzung der Abstimmung. Nochmal zurück zur Zielgruppe: Wie werden Teilnehmer*innen für Projektanträge und für die „Tage der Entscheidung“ gewonnen?

Für die Projektanträge sind wir früher an die Schulen gegangen und haben den Fonds vorgestellt, daraufhin sind die Anträge bei uns eingetroffen.

Für die „Tage der Entscheidung“ bereiten die Projekt-Bewerber*innen eigene Werbeplakate und Texte vor. Diese nutze ich dann für die Webseite, den Wahl-O-Mat, für regionale Apps und die Zeitung. Die Bewerber*innen selbst nutzen ihre eigenen Social-Media-Kanäle, um ihre Projekte zu bewerben. Darüber wird dann auch der Fonds als solcher bekannt gemacht.

Vor Corona fanden die „Tage der Entscheidung“ in der Aula der Grundschule in Bad Belzig statt. Kinder aus den Nachbarorten wurden mit dem Bus dorthin gebracht. Allerdings hat man so nicht die breite Masse erreicht. Corona und die damit einhergehende digitale Kommunikation waren insofern für uns ein Glücksfall, denn dadurch wurde die Beteiligung erhöht und letztlich der Bekanntheitsgrad des Fonds enorm gestärkt.

**Eine Zeit ohne Corona steht hoffentlich bevor.
Wie werden sich die „Tage der Entscheidung“ verändern?**

Die Überlegung, analoge Veranstaltungen in den Blick zu nehmen, um das Projekt kennenzulernen, liegt sehr nah und es ist reizvoll, Veranstaltungen in Präsenz durchzuführen. Unabhängig davon werden wir uns die digitale Abstimmung bewahren. Hier beschäftigt uns die Frage nach der sicheren Abstimmung: Wie kann es uns gelingen, dass wirklich nur eine Stimme pro Person abgegeben wird? Individualisierte QR-Codes sind sehr teuer und die Daten der Kinder nicht ohne weiteres zugänglich. Doch da sind wir dran.

Welchen Tipp kannst Du uns hinsichtlich der Bewerbung des Fonds mit auf den Weg geben?

Es hat sich als sehr erfolgreich herausgestellt, die Bewerber*innen und ihre individuellen Kommunikationskanäle mit einzubeziehen. Also aktiv auf die Kinder und Jugendlichen zugehen und sie darauf aufmerksam machen, dass sie Werbung für ihr Projekt und letztlich dann auch für den Fonds machen können. 2020 habe ich mit fünf Projektanträgen angefangen, im Jahr 2022 hatten wir bereits 18 Projektanträge.

Nicht zu vergessen sind die Erwachsenen, die direkt mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten: die Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Jugendkoordinator*innen. Sie sind viel näher an der Zielgruppe dran und können den Fonds bei den jungen Menschen in die Wahrnehmung bringen oder in Erinnerung rufen.



Welche Herausforderungen bestehen über den Bekanntheitsgrad hinaus?

Das Ziel des Kinder- und Jugendfonds ist, dass die junge Generation ermutigt wird, ihre Vorstellungen frei zu äußern und sich am gesellschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen. Für mich wäre es ein Erfolgserlebnis, wenn Jugendliche vermehrt aus eigener Initiative bei uns direkt die Projektanträge stellen. Die Realität ist häufig, dass erwachsene Partner*innen als Sprachrohr involviert sind.

Manchmal stößt jedoch auch die Umsetzung auf Herausforderungen: Im Bereich Sport wurde ein Beachvolleyball-Turnier inklusive Grillabend und musikalischer Unterhaltung unterstützt. Jugendliche haben den Platz aufgepeppt und die Jugendlichen aus den umliegenden Dörfern eingeladen. Problematik: Die Ideen der Jugendlichen und die Vorstellungen der Verwaltungen trafen aufeinander. Der Ortsvorsteher wollte das Vorhaben zunächst nicht fördern. Die Pfd hat die Kommunikation unterstützt. Jugendliche und Ortsvorsteher haben einen Kompromiss gebildet und einen anderen Ort für das Beachvolleyball-Feld gefunden. Insgesamt waren 20 Jugendliche an der Kompromissfindung beteiligt.

Darüber hinaus braucht es bei Projektabsagen viel Sensibilität. Ich nehme vor der schriftlichen Absage Kontakt mit den erwachsenen Bezugspersonen auf, bitte sie, die Kinder persönlich auf mögliche Absagen vorzubereiten, und mache ggf. auf alternative Fördermöglichkeiten aufmerksam.

Was braucht es über die genannten Herausforderungen hinaus, um mehr Beteiligung zu ermöglichen? Was kannst Du gewährleisten bzw. auch nicht gewährleisten?

Die Frage nach mehr Beteiligung in unserem Sinne zielt auf die operative Ebene ab. Also, dass Kinder und Jugendliche wissen, dass sie Anträge stellen und an den „Tagen der Entscheidung“ partizipieren können. Diese Fragen begleiten uns permanent.

Wir machen beispielsweise regelmäßig Umfragen. Die letzte Umfrage haben wir vor der Pandemie durchgeführt. Dort haben sich die Kinder Briefkästen für ihre Ideen, Wünsche und Anregungen gewünscht. Das passende Layout wurde dann durch eine Schülerin gestaltet. Die Briefkästen hängen nun an allen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Es ist wichtig, dass die Kids gehört werden.



Zu guter Letzt: Was würdest Du einer Person empfehlen, die mit einem solchen Verfahren anfangen möchte?

Zuerst müssen die finanziellen Mittel, z. B. über das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ oder über ein Bürgerbudget, bereitgestellt werden. Zusätzlich bedarf es personeller Ressourcen, die das Verfahren umsetzen können. Diese können bei einem Träger oder bei der Verwaltung angesiedelt sein.

Wenn diese Grundlagen gegeben sind, dann ist ein gut funktionierendes Netzwerk aus Verwaltung und Akteur*innen im Sozialraum für die Verwirklichung enorm hilfreich.

Steckbrief

Du hast den Hut auf! – Kinder- und Jugendbeteiligungsfonds der Lokalen Partnerschaft für Demokratie (PfD)

Orte: Bad Belzig, Amt Brück, Niemegek, Treuenbrietzen, Wiesenburg (Mark)

Höhe des Fondsbetrages:

- 12.000 Euro/Jahr für den Förderbereich „Sport, Kultur und Bildung“ (Demokratie leben!),
- 15.000 Euro/Jahr für den Förderbereich „Bauvorhaben“ (LEADER Programm).

Teilnehmende: Kinder und Jugendliche (0 - 27 Jahre)

Mit der Durchführung beauftragt: Stiftung SPI, Lokale Partnerschaft für Demokratie; Kooperation mit Lokale Aktionsgruppe (LAG) Fläming

Ablauf:

1. Kinder und Jugendliche reichen schriftliche Projektanträge bis Februar ein.
2. PfD prüft auf formale Richtigkeit.
3. „Tage der Entscheidung“: Kinder und Jugendliche bewerten die Projekte und stimmen über ihre Favoriten ab.
4. PfD ermittelt korrekte Stimmen und informiert Bewerber*innen über das Abstimmungsergebnis.

Beispiele für die Umsetzung:

- Im Bereich Sport wurde ein Beachvolleyball-Turnier inklusive Grillabend und musikalischer Unterhaltung unterstützt.
- Die Umweltagentinnen: eine Gruppe junger Mädchen, die sich zusammengefunden haben, um bei Festen in den eigenen Orten über umweltbewusstes Handeln zu informieren. Sie haben sich T-Shirts gebastelt und eigene Prospekte gestaltet.
- Schulersthelfer*innen: Eine große Gruppe von Kindern haben sich in einer Grundschule zu Ersthelfer*innen ausbilden lassen, um an ihrer Schule als Ersthelfer*innen aktiv werden zu können.

Kinder- und Jugendbudget

JudiEs Night: Jugenddialog zum Jugendbudget Gespräch mit Josefine Atlas | Eberswalde



Copyright © Ulrich Wessolek

Josefine Atlas, Jugendkoordinatorin
der Stadt Eberswalde.

In Eberswalde gibt es parallel zum Bürgerbudget ein Kinder- und Jugendbudget, das von der Jugendkoordinatorin der Stadt direkt organisiert wird. Sozialarbeiter*innen aus Offener Jugendarbeit und Schule unterstützen dabei. Die jungen Menschen stellen ihre Vorschläge selbst vor und stimmen ab. Eine Herausforderung für die Umsetzung ist es mit ihnen in Kontakt zu bleiben.

JUBU/KIJUBB: Josefine, erzähl uns doch gern einmal, wie es zum Jugendbudget in Eberswalde gekommen ist?

Josefine: Meine Vorgängerin hat 2016 unter dem Namen „Jugenddialog“ damit begonnen. Ziel war, ein zentrales Beteiligungs- und Kommunikationsinstrument für die Jugendlichen zu schaffen und so den Austausch mit Politik und Verwaltung zu ermöglichen und zu erleichtern. Dazu initiierte sie ein Jugendforum, aus dem viele Ideen hervorgegangen sind. Als ich 2018 als Jugendkoordinatorin anfang, war meine Überlegung, wie man kleinere Ideen zeitnaher realisieren kann, um die Selbstwirksamkeitserwartungen der Jugendlichen schneller erfüllen zu können. Die Form Jugendbudget war ideal.

Das heißt, Anlass des Jugendbudgets in Eberswalde waren Erkenntnisse, die bei dem vorhergehenden Jugenddialog gewonnen wurden?

Ja, das kann man so sagen. Durch die zeitliche Verzögerung, mit der die Ideen aus dem Jugenddialog (JudiE) dann tatsächlich umgesetzt werden konnten, entstand bei den Jugendlichen nachvollziehbare Enttäuschung. Die hohe Engagementbereitschaft sollte aber nicht ausgebremst werden, sondern ganz im Gegenteil. Bei meinen Überlegungen war es darum besonders wichtig, wie eine wirksame Beteiligung der jungen Menschen stattfinden kann.

Die Organisation des Jugendbudgets Eberswalde liegt in Deinen Händen? Was waren Deine ersten Schritte?

Das stimmt, und es gibt Unterstützung beispielsweise durch den Fachausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Der Sachgebietsleiter hat sich sehr für das Verfahren eingesetzt. Vermutlich hat auch der § 18a [Anm. d. Verf.: BbgKVerf] zur Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen seine Wirkung erzielt. Der politische Raum in Eberswalde ist offen für die Zielgruppe.

Das klingt nach einem günstigen Umfeld für politische Neuerungen. Kannst Du uns die wesentlichen Verfahrensschritte Eures Jugendbudgets beschreiben?

In der ersten Phase werden Ideen gesammelt. Sozialarbeiter*innen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen unterstützen Jugendliche bei der Ideenfindung. Sie nutzen Methoden wie die stadtspielerJUGEND. Hier wird ein Stadtplan mit Themenkarten vorbereitet, damit

die Jugend sich mit unterschiedlichen Fragen, z. B. zu Themen wie Familien, Verkehr oder Freizeit, auseinandersetzt und selbst überlegt, wie das Zusammenleben schöner gestaltet werden kann. Sie können Ideen auch via Postkarte oder ein Formular auf der Website der Stadt Eberswalde einreichen. Die Einreichung ist ganzjährig bis September möglich.

In der zweiten Phase werden die umsetzbaren Ideen durch die Jugendlichen abgestimmt. Dazu haben wir die JudiEs Night ins Leben gerufen. Die drei wesentlichsten Programmpunkte sind die Präsentation der Vorschläge, die Abstimmung und Bekanntgabe der Sieger*innen. Die Präsentation wird durch die Ideengeber*innen organisiert.

In der dritten Phase erfolgt die Realisierung der Projekte, ebenfalls in Selbstorganisation und innerhalb eines Jahres. Mit der Planung wird im Januar begonnen.

Die Jugendlichen sollten selbstorganisiert ihre Ideen umsetzen. Ein Ansatz, der dazu beiträgt, dass die Jugend sich mit ihren Ideen stark identifiziert. Lass' uns darauf später eingehen und zunächst die JudiEs Night betrachten.

2018 fand sie das erste Mal unter dem Namen „Nacht der Jugend“ statt. Seit 2019 ist es ein Projekt, welches mit den Sozialarbeiter*innen, die z. B. in Jugendclubs, Schulen, aber auch im Streetwork tätig sind, umgesetzt wird. JudiEs Night steht für „Jugenddialog Eberswalde“ und ist ein Baustein, mit dem die Beteiligung Jugendlicher am politischen Leben in der



Copyright © Stadt Eberswalde

Stadt angeregt wird. Für das Rahmenprogramm der JudiEs Night wurden die Bedürfnisse der Jugendlichen durch die Sozialarbeiter*innen erfasst. Auf der Wunschliste standen ein Fußballturnier, Segway fahren oder „Hau den Lukas“. Anfangs haben wir die Wahlurnen und Abstimmungsmünzen des Bürgerbudgets genutzt, inzwischen haben wir unsere eigenen Materialien mit dem Logo des JudiEs.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen hat sich als sehr fruchtbar erwiesen, um Teilnehmer*innen für die JudiEs Night zu erreichen. Ebenfalls erfolgen Aufrufe durch die Presse und Instagram. Die Stadt Eberswalde hat einen eigenen Account, um die Jugendlichen zu erreichen. Auf die städtische Website gehen sie weniger.

In Eberswalde gibt es ja noch das Bürgerbudget. Auch dort können junge Menschen ab 14 Jahren einen Vorschlag einreichen. Wie ist das Verhältnis der beiden Budgetverfahren zueinander? Nehmen junge Menschen auch am Bürgerbudget teil?

Das stellt eine gute Ergänzung dar. Im Jahr 2021 beispielsweise hat der Vorschlag „Grillecke“ des Jugendclubs STINO im Bürgerbudget nicht genügend Stimmen bekommen. Durch die Teilnahme am Bürgerbudget war den jungen Menschen auch die Funktionsweise des Jugendbudgets klargeworden. Dadurch angeregt, haben sie selbstständig einen Vorschlag für einen Billardtisch eingereicht, der im Jugendbudget gewählt wurde. Auf diese Weise hatte die Beteiligung für das STINO noch ein tolles Happy End.

➔ Ihr seid zwischen **12 und 27 Jahre** alt und wohnt in Eberswalde?
➔ Ihr wisst, wie **Eberswalde** noch attraktiver für **junge Menschen** werden kann?
➔ Ihr habt eine **Aktion oder Idee** für die Ihr maximal **1000 €** braucht um sie umzusetzen?
Dann beantwortet einfach die Fragen auf dieser Postkarte und schickt Sie **bis zum 16.9.2022** an uns.

Wer?
(Beschreibt kurz Eure Gruppe und wie alt Ihr seid)

Idee?
(Beschreibt kurz was Ihr vorhabt)

Kontaktperson?
(Einen von Euch sollten wir kontaktieren können)
e-mail oder Telefon:

➔ nach Erhalt melden wir uns bei Euch um mehr zu erfahren
➔ bei **JudiEs night am 23.9.2022 im Familiengarten** stellt Ihr Eure Idee vor und am Tag selbst wird abgestimmt

Hinweis zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten:
Im Internet der Stadt Eberswalde unter <https://www.eberswalde.de/hier-werbung-online/hier-schutz> finden Sie die allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Stadt Eberswalde.
Die Daten werden ausschließlich im Rahmen des Jugenddialogs zur Kontaktaufnahme genutzt und nach dem Ende des Verfahrens gelöscht.

Entgelt zahlt Empfänger

Deutsche Post
WERBEANTWORT

**Stadt Eberswalde
Jugendkoordination
Breite Straße 41-44
16225 Eberswalde**

jugendkoordination@eberswalde.de
 03334/ 64-394

Copyright © Stadt Eberswalde

Das klingt nach einem runden Konzept. Welche Rückschlüsse konntet Ihr aus Euren Praxiserfahrungen für das Jugendbudget ziehen?

Ideen generieren ist eine große Herausforderung. Die Postkarten sind eine gute Möglichkeit, erfordern jedoch Anleitung. Jugendlichen fällt es schwer, Kosten für ihre Ideen einzuschätzen, hierbei bräuchten sie Unterstützung. Als schwierig hat sich auch konstante Mitwirkung erwiesen. Oft verlieren wir die Jugendlichen durch Schulwechsel, Wegzug oder schlicht fehlendes Interesse an der selbstständigen Umsetzung ihrer eigenen Ideen.

Ah ja, die Selbstorganisation. Ein Ansatz, der Geduld erfordert. Aber sicherlich habt Ihr trotz der Herausforderung schon einige Vorschläge realisieren können?

Da gibt es einige: einen Billardtisch für den Jugendclub oder eine Ausrüstung für Floorball. Realisiert wurde ein Medienprojekt, bei dem die Jugendlichen unter professioneller Anleitung einen Film über die Gefahren im Internet gedreht haben. Umgesetzt wurde auch der Wunsch nach einer Obstpause an einer Grundschule.

Inwiefern tauscht Ihr Euch mit Entscheidungsträger*innen bei der Entwicklung von Vorschlägen aus? Sind solche Diskussionsmomente zwischen Politik und Jugendlichen Teil Eures Verfahrens?

Momentan findet der Austausch zwischen den Jugendlichen und mir statt. Ich berichte im Fachausschuss darüber. Das soll sich langfristig ändern. Letztes Jahr haben wir ein Jugendkonzept erstellt. Ausgangspunkt dafür war ein Konflikt, der durch die Umsetzung eines Vorschlags aus dem Jugenddialog hervorgegangen ist. Anwohner*innen hatten sich über Lärm beschwert und die Jugendhütte musste trotz Mediationsverfahren wieder abgebaut werden. Die Rückkopplung zwischen allen Mitwirkenden ist wichtig für eine nachhaltig erfolgreiche Realisierung. Der Anspruch für das Jugendkonzept ist es, gute und konstruktive Diskussionsmomente zu schaffen, bevor es problematisch wird.

Eine hilfreiche Erkenntnis, die da gewonnen werden konnte. Gibt es noch mehr Empfehlungen für Menschen, die mit dem Verfahren gerade beginnen?

Der Zugang zu Geld muss sichergestellt sein, genauso wie die Erreichbarkeit der Jugendlichen. Kooperationen mit Schulen, Sozialarbeiter*innen und Jugendfreizeiteinrichtungen sind essenziell. Wichtig ist es, einen langen Atem zu haben und sich in Geduld zu üben. Die Dinge brauchen Zeit.

Steckbrief

Jugenddialog Eberswalde (JudiE)

Ort: Eberswalde

Höhe des Fondsbetrages: 10.000 Euro/Jahr

Teilnehmende: Jugendliche ab 12 bis 27 Jahren. Manchmal sind, je nach Kooperationspartner*in, auch deutlich jüngere Kinder dabei.

Mit der Durchführung beauftragt: Kommune selbst, Jugendkoordination

Ablauf:

1. Phase: offenes Verfahren Ideensammlung via Postkarte und/oder begleitetes Verfahren, in dem die Jugendlichen durch Sozialarbeiter*innen an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen methodisch begleitet werden,
2. Phase: Es findet die JudiEs Night statt, eine Veranstaltung, auf der die Jugendlichen für ihre Vorschläge werben und darüber abgestimmt wird,
3. Phase: Anfang des Folgejahres sollten die Jugendlichen selbstorganisiert ihre gewählten Ideen umsetzen.

Beispiele für die Umsetzung:

- Billardtisch für den Jugendclub,
- Bau einer Grillecke für den Club am Wald,
- Graffitiworkshop,
- Obstpause an einer Grundschule,
- Bau eines Lehmofens.

Bürgerbudget

Arbeit am Gesamtkonzept: Demokratiewerkstatt, Jugendforum und Bürgerbudget

Gespräch mit Linda Pechstein | Kyritz



Copyright © Stadt Kyritz

Linda Pechstein, gelernte Erzieherin, arbeitet seit Oktober 2021 in der Verwaltung der Stadt Kyritz als Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung.

In Kyritz kooperiert die Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung mit dem Demokratie leben!-Projekt „Organize“, um neue Strukturen der Beteiligung zu etablieren. Die Demokratiewerkstatt als mehrtätiger Workshop mit Übernachtung war trotz fehlender Pizza ein Erfolg. Es wurden gleich zwei Vorschläge für das Bürgerbudget in Kyritz eingereicht. Darauf aufbauend werden nun das Jugendforum und eine mögliche Verbindung zum Jugendbudget des Landkreises angegangen.

JUBU/KIJUBB: Linda, wie ist es um die Kinder- und Jugendbeteiligung in Kyritz bestellt?

Linda: Die bisherigen Formate sind unstetig. Meine Vorgänger*innen haben viel probiert und ich profitiere von ihren Erfahrungen. Durch sie bin ich inspiriert, für 2022 ein Konzept zur Beteiligung zu entwickeln. Als Auftakt wählten wir die Demokratiewerkstatt, um die Kinder und Jugendlichen an einer bestehenden Einwohnerbeteiligungsform teilhaben zu lassen.

Das klingt nach einer einfachen Formel. Erzähle uns mehr.

Um die Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig zu verankern, war es uns ein Anliegen, die Kinder und Jugendlichen an kommunalen Prozessen zu beteiligen. Wir überlegten, wo und wie wir Kinder- und Jugendarbeit andocken können. In Kyritz gibt es ein Bürgerbudget, das hier Bürgerhaushalt heißt, für alle Einwohner*innen ab 12 Jahren. Dieses haben wir zum Gegenstand einer Demokratiewerkstatt – unser Auftakt zur Kinder- und Jugendbeteiligung – genommen.

Das Format zu gestalten war dank guter Kooperation mit dem Projekt „Organize“ sehr unkompliziert. Organize ist ein Modellprojekt des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, organisiert von der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin mit dem Ziel, die Strukturen der Jugendbeteiligung im Landkreis zu stärken. Mit Organize und dem Potsdamer JUBU-Projekt haben wir uns beraten. JUBU bietet interessierten Trägern und Kommunen eine Beratung zu Bürgerbudgets an.

● Kyritz

Die Ansprache der Kids war trotz guter Planung herausfordernd, denn die intrinsische Motivation zur kommunalen Beteiligung war aufgrund von Corona und der daraus resultierenden Trägheit nicht gegeben. Wir brauchten erste Erfolge. Das bestärkte uns in unserem Vorhaben, die Demokratiewerkstatt an das Bürgerbudget zu koppeln, denn hier können Vorschläge eingereicht werden, die im Folgejahr umgesetzt werden und die Selbstwirksamkeit der Kids sichtbar machen.

Obwohl es in Kyritz auch den Jugendfonds der Partnerschaft für Demokratie auf der Ebene des Landkreises gibt, nutzten wir für die Demokratiewerkstatt das Format des örtlichen Bürgerbudgets, das in Kyritz wie gesagt unter dem Namen Bürgerhaushalt läuft.

Wir haben die Anbindung an das Bürgerbudget bewusst gewählt, damit die Kinder und Jugendlichen an bestehenden Formaten beteiligt werden und nicht „gesondert“ behandelt werden. Im Rahmen der Demokratiebildung machten sie sich Gedanken dazu, welche Vorschläge Aussicht auf Erfolg haben, weil sie viele betreffen bzw. vielen zugutekommen und/oder von der Mehrheit als sinnvoll erachtet werden.

Das braucht eine professionelle Begleitung durch Erwachsene und birgt die Chance, dass bestehende „erwachsene“ Beteiligungsformate durch die Perspektive junger Menschen verändert und weiterentwickelt werden. Wie hast Du die jungen Menschen zum Mitmachen begeistert?

Wir waren in einer Schule, die interessiert war, und konnten die Demokratiewerkstatt dort bewerben. Die Unterstützung engagierter Lehrkräfte kam uns zugute. Die Werbung im Internet, Radio und in der Zeitung hätten wir uns sparen können, weil die 20 Plätze nach dem Schulbesuch direkt vergeben waren.

Methodenkasten

Demokratiewerkstatt zum Bürgerbudget in Kyritz- ein Erfahrungsbericht

Bei den Demokratiewerkstätten, die in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin seit 1993 zum festen Programmpunkt in der politischen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit gehören, können sich junge Menschen zu sie interessierenden und selbst gewählten Themen austauschen, Workshops gestalten, Prozesse voranbringen und Ideen finden.

In Kyritz hat die Stadt Interesse an einem eigenen kommunalen Jugendforum bekundet, das neben dem kreisweiten Jugendforum eingerichtet werden soll. Eine wichtige Frage ist dabei, wie junge Menschen für politische Teilhabe überhaupt gewonnen werden können. In Kyritz bietet sich hierfür das Bürgerbudget an, das dort Bürgerhaushalt genannt wird. Das Projekt „Organize - für Mitbestimmung junger Menschen vor Ort“ hat als Auftakt ein dreitägiges Workshopprogramm erarbeitet, das im Frühjahr 2022 von zwei Teamenden und der Kinder- und Jugendkoordinatorin umgesetzt wurde. Nach ausgiebiger Werbephase an einer weiterführenden Kyritzer Schule haben uns 20 meist 14- bis 15-jährige Jugendliche besucht.

Am ersten Tag haben wir die Idee einer Werkstatt zum Thema Bürgerhaushaltsbeteiligung aufgegriffen. Es gab ebenso Infos zur Bildungsstätte und neben einigen Kennlern- und Kooperationsspielen standen Freizeitangebote im Zentrum. Mitmachen heißt, Spaß dabei haben.

Am darauffolgenden Sonnabend starteten wir ab 9:00 Uhr gemeinsam in einen ersten Slot zu Kinderrechten. Wir haben sich die Jugendlichen im Raum (Ja-/Nein-Seite) positionieren lassen: Habe ich ein Recht auf Taschengeld? Ein Recht auf Schutz vor Gewalt? Oder ein Recht auf Bildung? Ziel der Methode war, das besondere Recht auf Mitbestimmung in der Kommune bewusst zu machen.

In einem weiteren Modul haben wir eine Traumreise angeleitet. Unsere Workshopteilnehmenden sollten sich mit geschlossenen Augen vorstellen, an welchen Orten sie sich in ihrer Stadt/ihrem Dorf wohlfühlen. Auf der anderen Seite sollten sie ebenfalls Orte imaginieren, die ihnen nicht gefallen, die Unwohlsein auslösen oder nerven/stressen. Die Teilnehmenden konnte daraufhin auf

Das klingt zu einfach. Ihr wart in der Schule und zack sind die Teilnehmer*innen da ...

... das stimmt. So einfach war es nicht. Es ist wichtig, was den Kindern und Jugendlichen geboten wird. Spaß sollte an erster Stelle stehen. Auch in der Kommunikation in der Akquise-Phase. Der Workshop fand am Wochenende vor den Osterferien statt, das heißt, es mussten im Nachgang keine Hausaufgaben erledigt werden und die Abgabefrist (30.04.) für das Bürgerbudget war zeitnah. In der Außenkommunikation legten wir den Schwerpunkt auf Musik, Pizzabacken, Lagerfeuer, Billard und Kostümparty. Alles kostenlos – denn die

einer Stadtkarte mit unterschiedlich farbigen Pins ihre Stress- und Lieblingsorte markieren und auf einer anderen Wand ihre Ideen und Vorschläge platzieren. Nach einer Pause kam es zu einem Quiz. Hier ließen wir von Bürgerhaushaltseingaben aus den Vorjahren Preise raten. Ziel war, ein Gefühl dafür zu bekommen, was Vorschläge kosten können.

Im Anschluss haben wir alle von den Jugendlichen erarbeiteten Vorschläge anhand der Zulassungskriterien des Kyritzer Bürgerbudgets geprüft. Mc Donalds flog dann halt raus, da eine Ansiedlung des Unternehmens nicht von der Kommune erwirkt werden kann, überdachte Haltestellen, wie auch ein Schüler*innencafé waren da realistischer. Wir haben anschließend alle zehn Vorschläge von den Jugendlichen erörtern lassen und begannen mit der geheimen Abstimmung per Stimmzettel. Es gab ein sehr spannendes Rennen zwischen Freilufthängematten in einem Park und einem eigenen Jugendfestival. Im Nachmittagsblock entstanden tolle Plakate, die am Folgetag vorgestellt werden sollten, denn hier hatten die Bürgermeisterin von Kyritz und zwei weitere Lokalpolitiker*innen ihren Besuch angekündigt.

Mit Hilfe von Theaterfunduskisten und Rollenkarten konnten sich die Jugendlichen auf die Vorstellung und Verteidigung ihrer Projektideen vorbereiten.

Am Sonntagvormittag wurden bei der Begrüßung der Bürgermeisterin und Gäste aus der Politik beide Plakatideen vorgestellt. Bei kritischen Nachfragen aus der Delegation konnten die zuvor geprobten Argumente vielfältig eingesetzt werden. Zu Fragen der Jugendlichen hinsichtlich der Umsetzbarkeit ihrer Projektideen gab es von Seiten der Politik hilfreiche Hinweise. Die Kinder- und Jugendkoordinatorin von Kyritz hat die Kontakte der Jugendlichen aufgenommen, die an der Idee eines Jugendfestivals weiterarbeiten wollen. Hieraus könnte der Auftakt zu einem ersten Jugendforum für Kyritz erwachsen, denn bei der großen Bürgerbudget-Abstimmung wurde dann der Festival-Vorschlag tatsächlich gewählt – eine tolle Belohnung für das Engagement!

Über die Autorin

Jule Hoffmann, zuständig für die Koordination der Kinder- und Jugendbeteiligung im Kreis Ostprignitz-Ruppin beim Projekt Organize der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin.

Es wäre zu vermuten gewesen, dass etwas aus der Richtung Kostümparty oder Lagerfeuer kommt. Welche Rückmeldungen gab es dazu?

Die Kids bemängelten, dass es kein Pizzabacken unter freiem Himmel und kein Lagerfeuer gab. Wir machten zwar transparent, woran es lag (schlechtes Wetter, fehlende Kapazitäten, denn die Jugendbildungsstätte hatte viele geflüchtete Familien aus der Ukraine vorübergehend aufgenommen), aber das hilft natürlich nicht, wenn man sich darauf gefreut hat. Es zeigt uns, dass das ein Thema ist, das die Kinder angezogen hat.

Eine gute Überleitung. Du sagtest eingangs, dass Ihr in 2022 für die Kinder- und Jugendbeteiligung ein nachhaltiges Konzept entwickeln möchtet. Wie geht Ihr das an?

Es hat sich eine AG Beteiligung gegründet. Regelmäßig kommen in der AG die mobile Kinder- und Jugendarbeit, das Jugendfreizeitzentrum, die Schulsozialarbeit, der Jugendmigrationsdienst, ein Vertreter von Organize (KiJu-Koordination in Ostprignitz-Ruppin) und ich zusammen. Perspektivisch möchten wir auch Kinder und Jugendliche einbeziehen. Die AG möchte den Auftakt mit dem Bürgerbudget in feste Strukturen überführen. Künftig kann es beispielsweise vierteljährliche kommunale Jugendforen geben. Diese werden von der Zielgruppe selbst entwickelt, benannt und mit Regularien versehen. Allerdings brauchen die Foren Begleitung und eine erste Vorstrukturierung, die dann mit und durch die Kinder und Jugendlichen verändert werden kann.



In den Jugendforen steht den Kindern und Jugendlichen ein Jugendfonds des Landkreises zur Verfügung, dessen Höhe sich nach den ansässigen Kindern und Jugendlichen der betreffenden Kommune berechnet. Über dieses Budget entscheiden die Kinder und Jugendlichen selbst. Das ist weniger Geld als im Bürgerhaushalt, dafür gibt es keine Konkurrenz und das Geld kommt in jedem Fall Kindern und Jugendlichen zugute.

Welche Strategie habt Ihr Euch dazu überlegt?

Da die Kinder und Jugendlichen im Workshop zwei Vorschläge für den Haushalt entwickelt haben und nur über gute Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen können, dass für diese auch abgestimmt wird, wollen wir mit diesem Thema wieder an die Schulen. Im Mittagsband werden wir in der Aula einen Mini-Workshop machen, um mit ihnen gemeinsam zu überlegen, wie sie sich für ihre Sache starkmachen können.

Da wünschen wir Euch auf viel Erfolg! Eine letzte Frage: Was möchtest Du Menschen mitgeben, die sich für mehr Beteiligung einsetzen wollen?

Zuerst ist die Ressourcenfrage zu stellen. Es braucht einen guten Personalschlüssel, um Beteiligung nachhaltig umzusetzen. Mein Stellenanteil allein wäre für die Kinder- und Jugendbeteiligung viel zu gering.

Kooperation ist der Schlüssel zum Erfolg. Und man muss und darf offen mit Fehlern umgehen, diese kommunizieren und daraus lernen dürfen. Das ist eine herzliche Einladung an die Erwachsenen und an die Kinder und Jugendlichen, eine kooperative und wertschätzende Fehlerkultur zu leben. Man muss miteinander im Gespräch bleiben.



Steckbrief

Bürgerbudget und Jugendforum Kyritz

Ort: Kyritz

Höhe des Fondsbetrages: Das Bürgerbudget, das in Kyritz Bürgerhaushalt heißt, existiert seit 2019 und ist mit 30.000 Euro ausgestattet. Laut Satzung können Kyritzer*innen ab zwölf Jahren Vorschläge einbringen und darüber abstimmen. Es gibt keine Obergrenze für einzelne Vorschläge.

Teilnehmende: am Bürgerbudget ab zwölf Jahren
Workshop zur Jugendbeteiligung am Bürgerbudget: Alter 12 – 16

Mit der Durchführung beauftragt: Die Durchführung der Demokratiewerkstatt hat das Demokratie leben! Projekt „Organize“ der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin übernommen und wurde von der Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung bei der Organisation und Workshopgestaltung unterstützt. Die Beteiligung darüber hinaus wird von der Stadt Kyritz in Kooperation mit verschiedenen Akteuren gestaltet.

Ablauf:

Beteiligungsprozesses im Jahr 2022:

1. Werbung an einer Schule mit Kurzpräsentationen in Klassen zur Gewinnung von Teilnehmenden,
2. dreitägige Demokratiewerkstatt inkl. Erarbeitung von Vorschlägen für den kommunalen Bürgerhaushalt mittels zielgruppengerechter Methoden,
3. die Vorschläge wurden dann zum 30.04. bei der Stadt eingereicht. Die Kämmerei entscheidet, ob Kriterien gemäß Satzung eingehalten wurden,
4. Mini-Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen, damit die Kinder fit gemacht werden und sich für ihre Vorschläge einsetzen können,
5. Abstimmungszeitraum der Einwohner*innen: 30 Tage (21.07. – 21.08.2022). In dieser Zeit entscheiden Einwohner*innen ab zwölf Jahre über alle eingereichten Projekte,
6. erstes Jugendforum am 15.09.2022 geplant,
7. 18. – 20. November: 2. Demokratiewerkstatt und Weiterentwicklung der KiJuB.

Beispiele für die Umsetzung:

1. Vorschlag: Hängematten im Stadtpark mit Sonnenschutz. Für kleine Kinder und auch ältere Menschen, die mal eine Pause brauchen (abgelehnt, da Fläche denkmalgeschützt ist),
2. Vorschlag: Kinder- und Jugendfestival, auf dem keine Erwachsenen bis auf Betreuungspersonal zugelassen sind. In Kooperation mit einem anderen Träger wollen sich die Kinder und Jugendlichen auf die Umsetzung dieser Idee vorbereiten. Sie werden dazu in 2022 auf einem Kunstfestival einen Tag organisieren und lernen, worauf es bei der Organisation eines Festivals ankommt.

Bürgerbudget

Ländlicher Raum: Das Format Vorschlags-Expedition

Gespräch mit Sarah Schlüter und Martina Rumpel | Nuthetal/Potsdam



Copyright © privat

Sarah Schlüter, 18 Jahre, Abiturientin, Mitglied des Jugendparlamentes und des Kinder- und Jugendbeirats in Nuthetal.



Copyright © JUBU

Martina Rumpel, Projektmitarbeiterin bei „JUBU - Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“ in Potsdam.

Nuthetal ist eine der drei Pilotkommunen des Projekts „JUBU - Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“. In der ländlich geprägten Gemeinde wurde das Format „Vorschlags-Expedition“ entwickelt. Junge Menschen werden hier mittels einer Ideenwerkstatt und Folgeworkshops bei der Ideenfindung, Einreichung und Werbekampagne für den eingereichten Vorschlag unterstützt. Die Erfahrung zeigt jedoch auch, dass es trotz erfolgreicher Abstimmung im Bürgerbudget, nicht immer einfach ist, neue Treffpunkte für die Jugend zu finden.

JUBU/KIJUBB: Wann und warum wurde das Bürgerbudget in Nuthetal eingeführt?

Martina: Dazu gab es 2018 einen Beschluss in der Gemeindevertretung. Der Fokus des Bürgerbudgets – das in Nuthetal Bürgerhaushalt heißt – lag vor allem auf der Beteiligung der Einwohner*innen. Zur Gemeinde Nuthetal gehören einige Teilorte mit dörflichem Charakter. Eine Herausforderung ist, das Bürgerbudget auch dort bekannt zu machen, damit die Vorschläge aus den Dörfern genügend Unterstützung bekommen.

Sarah: Ich weiß nicht viel zur Entstehung, sah aber im Bürgerhaushalt eine Chance für uns junge Nuthetaler*innen, die Gemeinde mitzugestalten. Dass es ihn gibt, ist mir vor allem durch den Gemeindecurier bekannt. Ich weiß seit etwa drei Jahren davon. Allerdings hätte ich nie gedacht, dass ich dort selbst mal Ideen einbringen werde.

Im letzten Jahr haben ich und vier weitere Jugendliche aus dem Ortsteil Saarmund dann gemeinsam einen Vorschlag eingereicht: Wir wünschen uns einen Pavillon, damit wir Jugendliche einen Treffpunkt draußen haben. Dafür habe ich bei der Ideenwerkstatt, die das JUBU-Projekt durchgeführt hat, diese Idee eingebracht. In weiteren Treffen haben wir dann den Vorschlag formuliert und eingereicht. Und wir waren erfolgreich: Unser Vorschlag landete auf Platz zwei!

Martina: Wir als JUBU-Projekt halten es für wichtig, Jugendliche bzw. junge Erwachsene nicht nur punktuell zu unterstützen, sondern über einen längeren Zeitraum Begleitung anzubieten. So haben wir das Format „Vorschlags-Expedition“ für die Offene Jugendarbeit entwickelt, das verschiedene Stationen des Bürgerbudgetverfahrens abdeckt, jedoch flexibel an die Gegebenheiten angepasst werden kann.

Nuthetal ist ja eine Gemeinde mit ländlichen Ortsteilen. Warum wurde das Format „Vorschlags-Expedition“ gerade hier entwickelt?

Martina: Wir halten das Verfahren gerade für den ländlichen Raum geeignet, weil es die Gelegenheit bietet, das eigene „Dorf“ zu erkunden und sich über für die Teilnehmer*innen wichtige Orte auszutauschen. Auch wenn es keine offiziellen Jugendeinrichtungen gibt, so kann eine Ideenwerkstatt auf der grünen Wiese durchgeführt werden, was wir praktisch gemacht haben. Wir haben auch gesehen, dass hier das „Schneeballprinzip“ gut funktioniert. Für Folgeworkshops haben einige Teilnehmer*innen ihre Freund*innen mitgebracht, andere sind spontan zu uns gestoßen, weil sie uns draußen gesehen haben. Mit dem Verfahren ist es möglich, offener mit unterschiedlichen Altersgruppen zu arbeiten, denn oft gibt es gar nicht so viele junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, was die eigentliche Zielgruppe

Potsdam

Nuthetal

von JUBU ist. Wir mussten uns hier also selbst etwas öffnen. Grundsätzlich ist das Format aber nicht auf den ländlichen Raum beschränkt, auch Mitarbeiter*innen von Jugendzentren in Städten könnten z. B. eine Vorschlags-Expedition mit Ideenwerkstatt organisieren.

Für das Format „Vorschlags-Expedition“ ist es wichtig, das Bürgerbudget vor Ort gut zu kennen, denn Kostenobergrenzen, Abstimmungsalter und Fristen zur Einreichung sind für die Entwicklung von Vorschlägen erforderlich. Wie läuft das Nuthetaler Bürgerbudget ab?

Martina: Eberswalde hat 2008 mit der Durchführung von Bürgerbudgets begonnen und war mit seinem Modell sehr erfolgreich. Das hat viele Gemeinden in Brandenburg inspiriert, ähnliche Verfahren einzuführen, so auch Nuthetal. Es gibt in Nuthetal ein jährliches Gesamtbudget von 50.000 Euro, davon maximal 10.000 Euro pro Einzelvorschlag. Bis Ende der Einreichungsfrist können Einwohner*innen ab 14 Jahren Vorschläge einreichen, die anschließend von der Verwaltung geprüft und zur Abstimmung zugelassen werden. Die Abstimmung findet im Zusammenhang mit einem Fest reihum in einem der Ortsteile statt. Im Folgejahr werden die Vorschläge der Gewinner*innen durch die Gemeinde umgesetzt.

Sarah: Für die Stimmabgabe gibt es eigens angefertigte „Nuthetaler“, von denen alle Besucher*innen am Eingang des Abstimmungsraumes fünf erhalten. Die Taler können dann entweder alle einem einzigen Vorschlag oder verschiedenen Vorschlägen gegeben werden. Die Wahlurnen sind von außen auch nicht einsehbar und werden zwischendurch geleert. Spannend bleibt es auf diese Weise bis zum Schluss, weil wir nicht wissen, ob wir viele Stimmen bekommen haben.

Ein Blick auf das vergangene Bürgerbudget: Wurde Euer eingebrachter und bei der Abstimmung erfolgreich gewählter Vorschlag schon umgesetzt?

Sarah: Leider stehen wir hier noch am Anfang. Ich habe das Gefühl, dass es sehr lange dauert, und würde mir von der Gemeinde mehr Unterstützung wünschen. Unsere Idee, einen Pavillon mit Sitzgelegenheiten und Tisch für die Jugendlichen aufzustellen, um die Jugendlichen aus den Bushaltestellen zu holen, wurde im April 2021 eingereicht und hat bei der Wahl am 4. September 2021 den zweiten Platz belegt. Leider konnte sie bis jetzt nicht umgesetzt werden, das Geld dafür wird aber zurückgelegt. Bisher haben wir vier Standorte dafür vorgeschlagen, doch wegen der vielen Naturschutzgebiete scheint das ziemlich schwierig zu sein. Wir haben uns deshalb an den Ortsvorsteher von Saarmund gewandt und erhoffen uns Unterstützung bei der Platzsuche. Er wollte Kontakt zum dortigen Fußballverein aufnehmen, ob es vielleicht dort die Option für unseren Pavillon gibt.

Martina: Beim Einreichen des Pavillon-Vorschlags haben wir bewusst keinen konkreten Standort benannt, sonst wäre der Vorschlag nach der Prüfung durch die Verwaltung vermutlich nicht zur Abstimmung zugelassen worden. Wir haben angegeben, dass der Standort nach der erfolgreichen Wahl gemeinsam mit den Einreicher*innen beschlossen werden soll. Es dauert nun etwas länger, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit den Akteur*innen aus Nuthetal einen Standort finden werden.

Inwiefern arbeitet Ihr bei der Suche nach einem geeigneten Platz mit den Akteur*innen aus Nuthetal zusammen?

Sarah: Anfang 2022 fingen wir an, Leute zu kontaktieren. Mit dem Verantwortlichen für das Bürgerbudget haben wir gemeinsam überlegt, wie wir am besten vorgehen könnten. Mit Mitarbeiter*innen des Bauamts haben wir schließlich unsere vier Standortideen diskutiert. Sie waren auch sehr engagiert. Leider sprachen gesetzliche Regularien nach der Prüfung immer dagegen. Wir haben uns sogar im Gemeindegremium an alle Nuthetaler*innen gewandt und dort einen Aufruf gestartet, ob jemand einen Ort für unseren Pavillon zur Verfügung stellen kann oder weiß, wo es eine Möglichkeit gäbe. Viele Grundstücke sind ja in Privatbesitz, aus Datenschutzgründen ist darum keine Auskunft an uns möglich. Leider hat sich niemand zurückgemeldet.

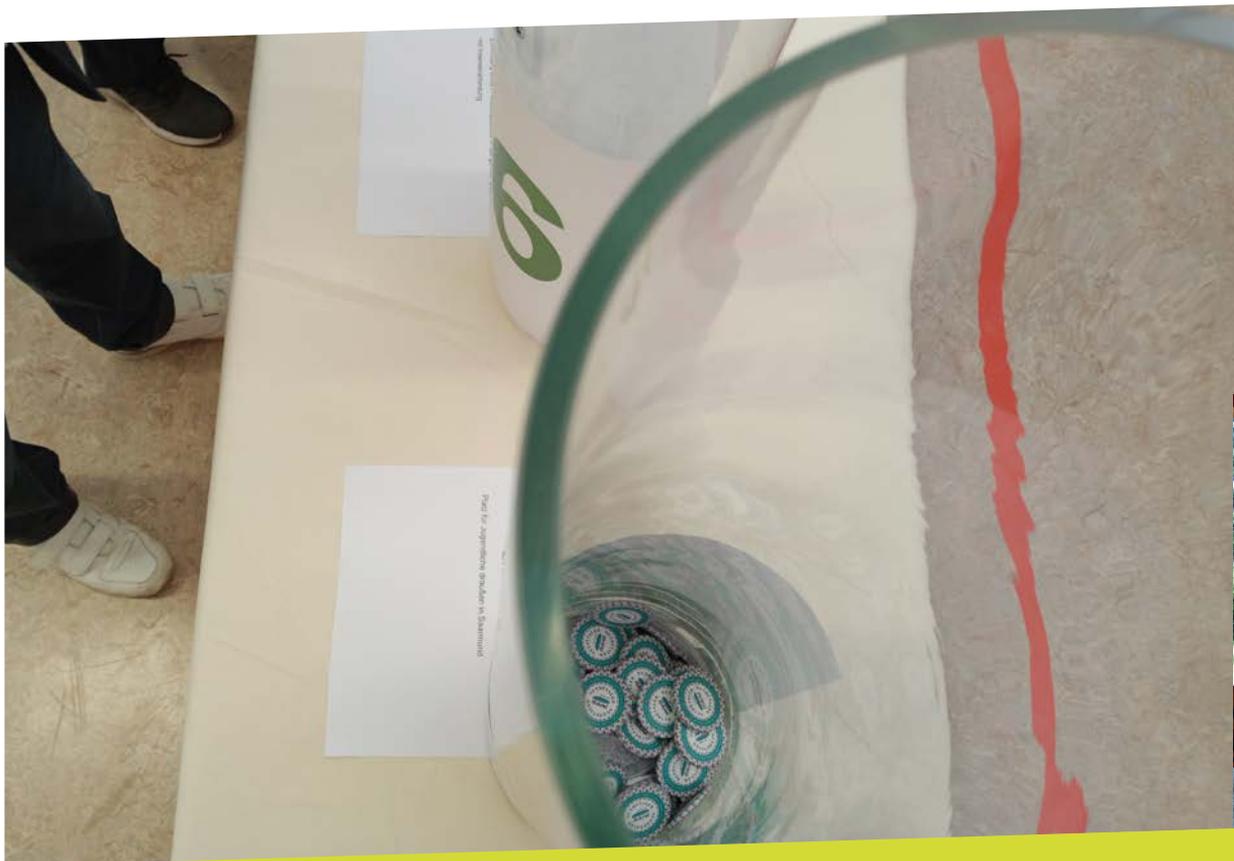


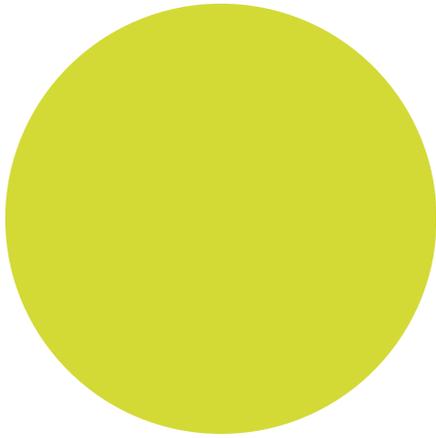
Martina: Die Verwaltung gibt sich in ihrem Rahmen wirklich Mühe. Es gab bereits mehrere Online-Termine, an dem Verwaltungsmitarbeiter*innen und die Jugendlichen teilgenommen haben, um die vorgeschlagenen Standorte zu besprechen. Mein Wunsch wäre, dass sie uns nun einmal Vorschläge machen und einen geeigneten Platz benennen.

Dann drücke ich Euch mal die Daumen und hoffe, dass Ihr Euer Projekt vom letzten Jahr bald realisieren könnt. Sarah, wie kam es denn eigentlich zu Deiner Beteiligung am Bürgerbudget?

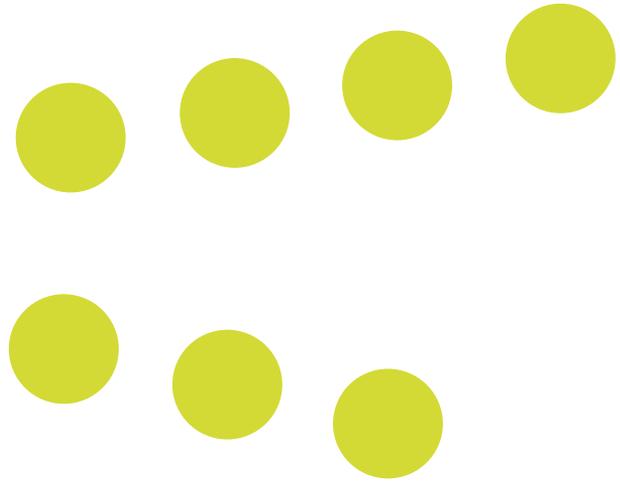
Sarah: Es gibt in Nuthetal ein Jugendparlament, in dem ich mich engagiere, und hier habe ich erfahren, dass es zur Vorbereitung des Bürgerbudgets eine Online-Ideenwerkstatt geben wird. Daran habe ich teilgenommen und darüber bin ich mit Martina von JUBU in Kontakt gekommen. Gemeinsam haben wir die Ideen weiterentwickelt. Das war ein guter Austausch.

Martina: Gemeinsam mit der Jugendkoordinatorin haben wir von JUBU überlegt, welche Formate in der Offenen Jugendarbeit in Nuthetal gut umsetzbar sind. Erschwert wurden unsere Ansätze leider durch die Pandemie. Letztendlich haben wir uns für das erste Treffen für den digitalen Weg entschieden: Diese Online-Ideenwerkstatt war sehr fruchtbar und die Jugendlichen haben viele gute Ideen eingebracht. Zwei der Ideen haben wir bei anschließenden analogen Treffen in den jeweiligen Ortsteilen verfeinert (siehe nebenstehende Abb.).





Ideenwerkstatt als Auftakt



Arbeitsgruppentreffen für die Weiterarbeit
an verschiedenen Ideen für das Bürgerbudget

Abb.: Format Vorschlags-Expedition

Was waren Eure nächsten Schritte im Rahmen der Vorschlags-Expedition, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass der Vorschlag gewählt wird?

Sarah: Wir haben eine Kerngruppe aus älteren Jugendlichen gebildet, die sich dem Thema Werbung gewidmet hat. Mit Martina haben wir überlegt, wie wir unsere Zielgruppen am besten erreichen können. Entschieden haben wir uns schließlich für ein Plakat, das wir selbst gestaltet haben. Verteilt haben wir die Plakate z. B. bei Ärzt*innen, Friseur*innen und in Lebensmittelmärkten. Wir haben den ganzen Ort gepflastert. Online waren wir natürlich auch präsent, z. B. in WhatsApp-Gruppen oder auf Instagram.

Martina: Am Wahltag selbst habt Ihr noch einen Stand zu Eurem Vorschlag aufgebaut und viele Leute direkt angesprochen. Mit dem Argument: „Es geht auch um Ihre Kinder!“, konnten noch zahlreiche Wähler*innenstimmen aus allen Generationen für den Vorschlag gewonnen werden. Das war sehr effektiv.



Ihr konntet ja nun schon einige Erfahrungen sammeln. Was würdet Ihr denn Menschen empfehlen, die selbst Vorschläge einreichen oder das Format „Vorschlags-Expedition“ ausprobieren wollen?

Sarah: Leuten, die selbst Ideen einreichen wollen, kann ich nur Mut machen. Sprecht eure Mitmenschen direkt an und holt euch so viel Unterstützung wie möglich. Je mehr schließlich mitwirken, desto eher gelingt auch die Umsetzung. Die Einführung von Bürgerbudgets in den Kommunen und Gemeinden ist sehr empfehlenswert. Es geht dabei vor allem darum, was die Bürger*innen wollen, und nicht, was die Politik will.

Steckbrief

Bürgerhaushalt der Gemeinde Nuthetal

Ort: Nuthetal

Höhe des Fondsbetrages: 50.000 Euro

Teilnehmende: Einwohner*innen ab 14 Jahre

Mit der Durchführung beauftragt: Sachbearbeiter*innen der kommunalen Verwaltung, die auch mit anderen Aufgaben betraut sind

Ablauf:

1. Einreichung von Vorschlägen bis zum 30.04,
2. Prüfung durch Verwaltung,
3. Abstimmung auf einer öffentlichen Veranstaltung,
4. Umsetzung der gewählten Vorschläge.

Beispiele für die Umsetzung:

- Pavillon als Aufenthaltsort für Jugendliche,
- Graffitiwand,
- Untergrund für Beach-Volleyball-Platz,
- Spielgeräte für den Spielplatz.

Martina: Bürgerbudgets sind ein gutes Verfahren, um Erfahrungen mit Demokratie zu machen. Häufig sind sie aber nicht auf Jugendliche ausgerichtet und es ist für junge Menschen daher nicht immer einfach, sich darin zurechtzufinden. Wir von JUBU entwickeln daher Formate, die Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit oder auch Lehrer*innen nutzen können, um diese Lücke zu überbrücken und die Jugendlichen beim Einbringen ihrer Bürgerbudgetvorschläge zu begleiten. Interessierte Kolleg*innen der Jugendarbeit können sich gerne an uns wenden.

Methodenkasten

Format: Vorschlags-Expedition

Das Format „Vorschlags-Expedition“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene ab ca. 16 Jahren. Es ist darauf ausgerichtet, Teilnehmer*innen von der Auseinandersetzung mit dem Sozialraum über die Ideenfindung bis zur Einreichung eines Bürgerbudgetvorschlags und das Kennenlernen der lokalen Verwaltung zu begleiten. Das Verfahren ist auf diese Weise an den Abläufen lokaler Bürgerbudgets orientiert und hat den demokratischen Zyklus als Grundlage. Es kann von in der Vereinsarbeit oder Jugendarbeit Tätigen durchgeführt werden, lässt sich aber auch auf andere Kontexte übertragen.

Ablauf:

Ideenwerkstatt als Auftakt: Es handelt sich um ein thematisch offen konzipiertes Treffen. Die Teilnehmer*innen haben hier die Möglichkeit, sich als Expert*innen der eigenen Lebenswelt über ihr Lebensumfeld und ihre Bedarfe auszutauschen. Die Ideen werden gesammelt. Dabei können einerseits Anregungen hervorgebracht werden, die sich als Bürgerbudgetvorschläge eignen, und andererseits Vorhaben, für die andere Wege eingeschlagen werden, z. B. wenn es sich um grundsätzliche Fragen der Jugendpolitik und Freiräume handelt.

Arbeitsgruppentreffen/Folgeworkshops: Die in der Ideenwerkstatt entwickelten Ideen werden nun in Serien von weiteren Terminen fortgeführt.

Folgende ‚Bausteine‘ bieten sich entsprechend dem demokratischen Zyklus als Teile dieser Serien an:

- Vorstellen der Idee und Weiterentwicklung zu einem Bürgerbudgetvorschlag,
- Auseinandersetzung mit dem örtlichen Bürgerbudget und den Teilnahmevoraussetzungen,
- Kontakt mit Bürgerbudgetverantwortlicher*in der Kommune und Feedback zum einzureichenden Vorschlag,
- Planung und Durchführung einer Werbekampagne,
- Begleitung der Umsetzung eines gewählten Bürgerbudgetvorschlags.

Der Ablauf und die Wahl der Zeitpunkte und -räume können flexibel gehandhabt und an die jeweiligen Gegebenheiten und Bedürfnisse angepasst werden. Das Format bietet somit eine hohe Flexibilität.

Schüler*innenHaushalt

Schüler*innenHaushalt goes Brandenburg: erste Erfahrungen einer Grundschule

Gespräch mit Friederike Glorius, Amelie Brachwitz,
Erich Bork und Carolin Bloeck | Hohen Neuendorf



Copyright @ Grundschule_Niederheide



Copyright @ Stadtverwaltung_Hohen_Neuendorf

Friederike Glorius, Lehrkraft an der Grundschule Niederheide in Hohen Neuendorf;
Amelie Brachwitz, Schulsprecherin, 5. Klasse;
Erich Bork, stellv. Klassensprecher, 5. Klasse.

Carolin Bloeck, Mitarbeiterin in der Stadtverwaltung von Hohen Neuendorf und gelernte Pädagogin.

Der Schüler*innenHaushalt ist ein in Berlin erfolgreiches Modell der Servicestelle „Jugendbeteiligung“, mit dem nun auch in Brandenburger Schulen begonnen wird. An der Grundschule Niederheide in Hohen Neuendorf organisieren Schüler*innen die Beteiligung selbst. Begleitet werden sie neben der Servicestelle von Lehrkräften und Stadtverwaltung. Das Geld kommt von der Stadt. Mögliche Streichungen stellen aber eine Herausforderung dar. Ist dies ein Ansatz für weitere Schulen in Brandenburg?

JUBU/KIJUBB: Der Schüler*innenHaushalt ist noch nicht weit verbreitet in Brandenburg. Wie habt Ihr es geschafft, ihn an Eure Schule zu holen?

Friederike/Lehrkraft: Unser Schulleiter hat ein großes Interesse daran, unseren Schüler*innen Mitbestimmung zu ermöglichen. Carolin ist an ihn herangetreten.

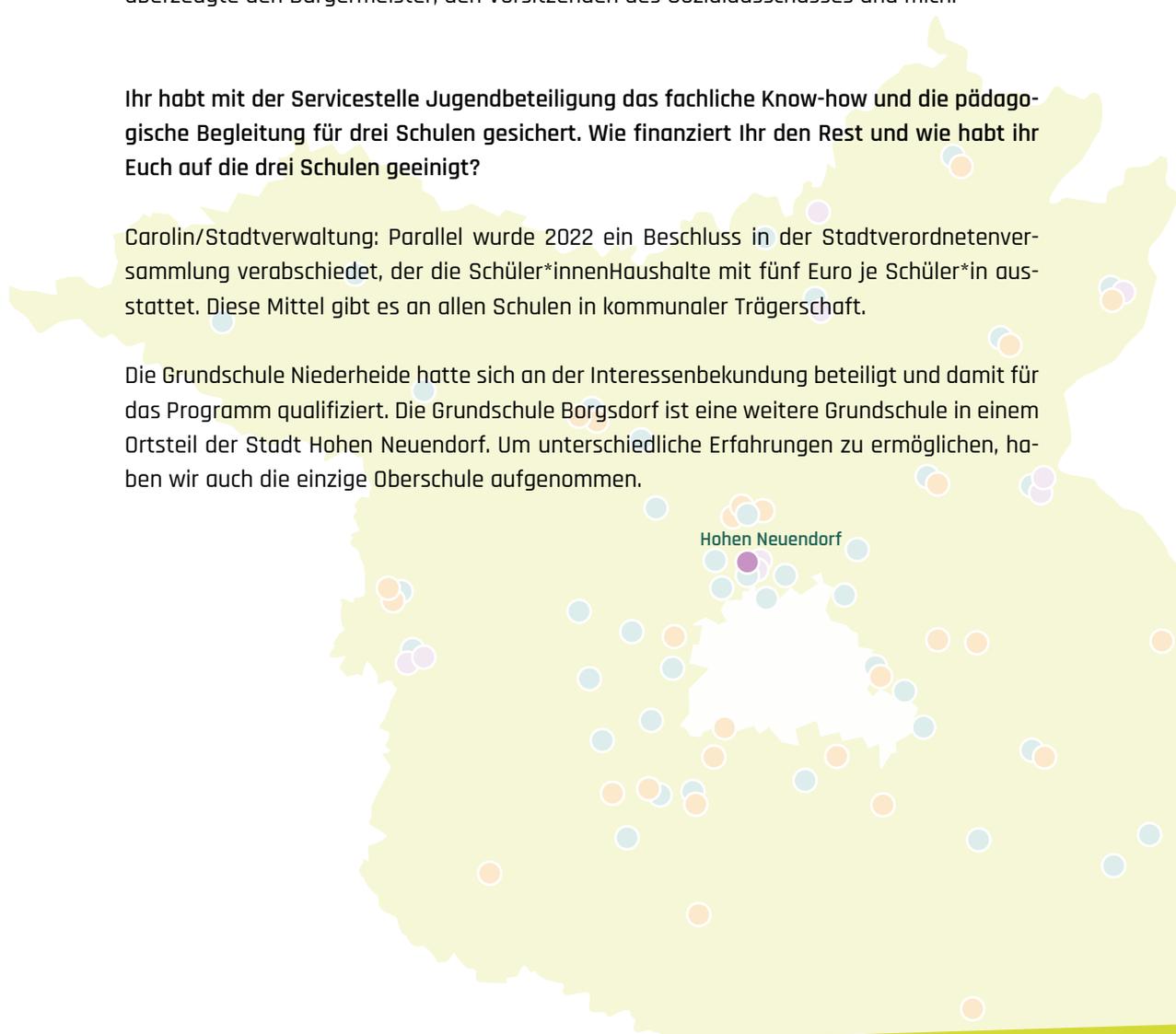
Carolin/Stadtverwaltung: Ja, in unserer Kommune haben sich Dinge glücklich gefügt. Wir haben von der Servicestelle Jugendbeteiligung eine Anfrage zur Beteiligung am Interessensbekundungsverfahren erhalten. In Berlin sind die Haushalte ein Erfolgsmodell. Das wollten sie auf Brandenburg übertragen und suchten nach Kooperationen.

Bei mir sind sie offene Türen eingerannt. Die Kommune ist aufgrund des § 18a BbgKVerf verpflichtet, Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene umzusetzen. Das Format überzeugte den Bürgermeister, den Vorsitzenden des Sozialausschusses und mich.

Ihr habt mit der Servicestelle Jugendbeteiligung das fachliche Know-how und die pädagogische Begleitung für drei Schulen gesichert. Wie finanziert Ihr den Rest und wie habt ihr Euch auf die drei Schulen geeinigt?

Carolin/Stadtverwaltung: Parallel wurde 2022 ein Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet, der die Schüler*innenHaushalte mit fünf Euro je Schüler*in ausstattet. Diese Mittel gibt es an allen Schulen in kommunaler Trägerschaft.

Die Grundschule Niederheide hatte sich an der Interessenbekundung beteiligt und damit für das Programm qualifiziert. Die Grundschule Borgsdorf ist eine weitere Grundschule in einem Ortsteil der Stadt Hohen Neuendorf. Um unterschiedliche Erfahrungen zu ermöglichen, haben wir auch die einzige Oberschule aufgenommen.



Amelie und Erich: Wann habt Ihr vom Schüler*innenHaushalt erfahren?

Amelie/Schulsprecherin: Der Schulleiter kam zu mir und fragte mich, ob ich im Planungsteam mitmachen möchte.

Erich/Klassensprecher: Einige Klassenkamerad*innen wollten sich beteiligen und deswegen mache ich mit.

Ihr Schüler*innen wurdet also richtig beteiligt, als klar war, dass der Haushalt umgesetzt wird. Wie wurde entschieden, wer Teil des Planungsteams wird?

Friederike/Lehrkraft: Das war eine Herausforderung. Es haben sich 43 Schüler*innen gemeldet um mitzuwirken. Sehr viele, bei „nur“ ca. 300 Schüler*innen. Und alle wollten mitarbeiten. Die Schulleitung und ich mussten eine Auswahl treffen. Wir haben einen inneren und einen äußeren Kreis gebildet. Der innere Kreis trifft sich regelmäßig, fällt Entscheidungen und leitet den Prozess. Der äußere Kreis unterstützt bei der Wahlvorbereitung und Stimmauszählung.

Das Projekt wurde in der Schüler*innenkonferenz vorgestellt. Dort wurden Multiplikator*innen ausgewählt, die das Projekt in allen Klassen vorstellten. Durch ihr Engagement kamen sie in den inneren Kreis. Der innere Kreis besteht aus 15 Schüler*innen. Das ist mehr, als von der Servicestelle empfohlen wird, doch es war uns wichtig, ein breites Spektrum abzubilden und wertzuschätzen, dass sich einige Schüler*innen von Anfang an einbrachten. Aus jeder Jahrgangsstufe wurden zudem zwei Vertreter*innen für den inneren Kreis gewählt. Die übrigen Interessierten blieben im äußeren Kreis, dieser besteht aus 25 Schüler*innen. Wir konnten fast alle Interessierten mitnehmen.



Amelie/Schulsprecherin: Der äußere Kreis unterstützt den inneren Kreis bei den Wahlen und wenn wir Dinge erklären müssen. Wir haben an einem Tag allen Klassen den Schüler*innen-Haushalt vorgestellt, denn wir wollten, dass jede*r daran teilhaben kann. Da haben wir die Phasen in den Gruppen vorgestellt.

Welche Phasen meinst Du?

Amelie/Schulsprecherin: Der Schüler*innenHaushalt läuft in Phasen ab.

Phase 1: Bekanntmachung des Projektes. In dieser wurde das Planungsteam gebildet.

Phase 2: Ideensammlung. Die Servicestelle hat uns eine coole Box bereitgestellt. Da steht Schüler*innenHaushalt drauf. Dort kommen die Ideen rein. Vor den Osterferien haben wir zwei Wochen lang Ideen gesammelt. Die Box stand für alle erreichbar auf dem Flur. Nach einer Woche war die Box randvoll. Wir waren sehr erstaunt, wie viele Ideen da drin waren. Wir haben über eine Lautsprecherdurchsage Werbung für die Box gemacht.

Friederike/Lehrkraft: Und wir haben die Lehrkräfte aus Sachunterricht und Gesellschaftskunde gebeten, den Schüler*innenHaushalt zu bewerben.

Amelie/Schulsprecherin: Ja, und man hat an den vielen Ideen gemerkt, dass sich einige Klassen im Verband beteiligt haben.

Die dritte Phase umfasst dann die Ideenprüfung und den Austausch. Es können nicht alle Ideen zur Abstimmung gebracht werden. Es gibt ja Regeln, die bekannt gemacht wurden.

Welche Regeln gibt es?

Amelie/Schulsprecherin: Alles, was Folgekosten verursacht oder wofür Baugenehmigungen benötigt würden, darf nicht finanziert werden. Wir hatten 100 Zettel mit dem Wunsch nach einem Trampolin. Das ging nicht wegen der Baugenehmigung und Aufsichtspflicht.

Das Planungsteam musste auf Machbarkeit prüfen und überlegen, was angepasst werden könnte, damit Ideen funktionieren. Wir schauten, was von den Ideen konkret genug ist, um es anzuschaffen.

Friederike/Lehrkraft: Die Liste mit Wünschen, die nicht im Haushalt umzusetzen sind, werden wir an die Stadt übergeben, sodass sie vielleicht mit anderen Mitteln umgesetzt werden.

Die Stadt prüft nun, inwiefern die Wünsche anderweitig erfüllt werden können. Und mit welcher Phase geht es bei Euch weiter?

Amelie/Schulsprecherin: Mit der vierten Phase, der Wahl. Wir haben uns Mitte Juni getroffen, um Tafeln zu gestalten, wo die Ideen aushängen, und eine weitere, auf der man sieht, in welcher Phase wir uns gerade befinden und was zu tun ist.

Friederike/Lehrkraft: Wir haben an der Schule den Bienenstock als gesamtschulische Zusammenkunft. Der nächste Bienenstock ist zugleich der Auftakt zur diesjährigen Projektwoche. Hier stellen die Ideengeber*innen ihre Ideen vor. Während der Projektwoche wird die Wahl durchgeführt und am 1. Juli haben wir unser Sommerfest, hier nehmen Eltern, die Stadtverwaltung und unsere Schüler*innen teil. Dort werden wir die Wahlergebnisse bekannt geben.

Wie werdet Ihr die Wahlen durchführen?

Friederike/Lehrkraft: Den Vorgang zur Wahl wird das innere Planungsteam Ende Juni noch besprechen. Ich habe mir Gedanken gemacht und möchte sie dem Planungsteam vorstellen. Doch entscheiden wird das Planungsteam.

Carolin/Stadtverwaltung: Falls Wahlurnen benötigt werden, können wir die von der Bundestagswahl zur Verfügung stellen.

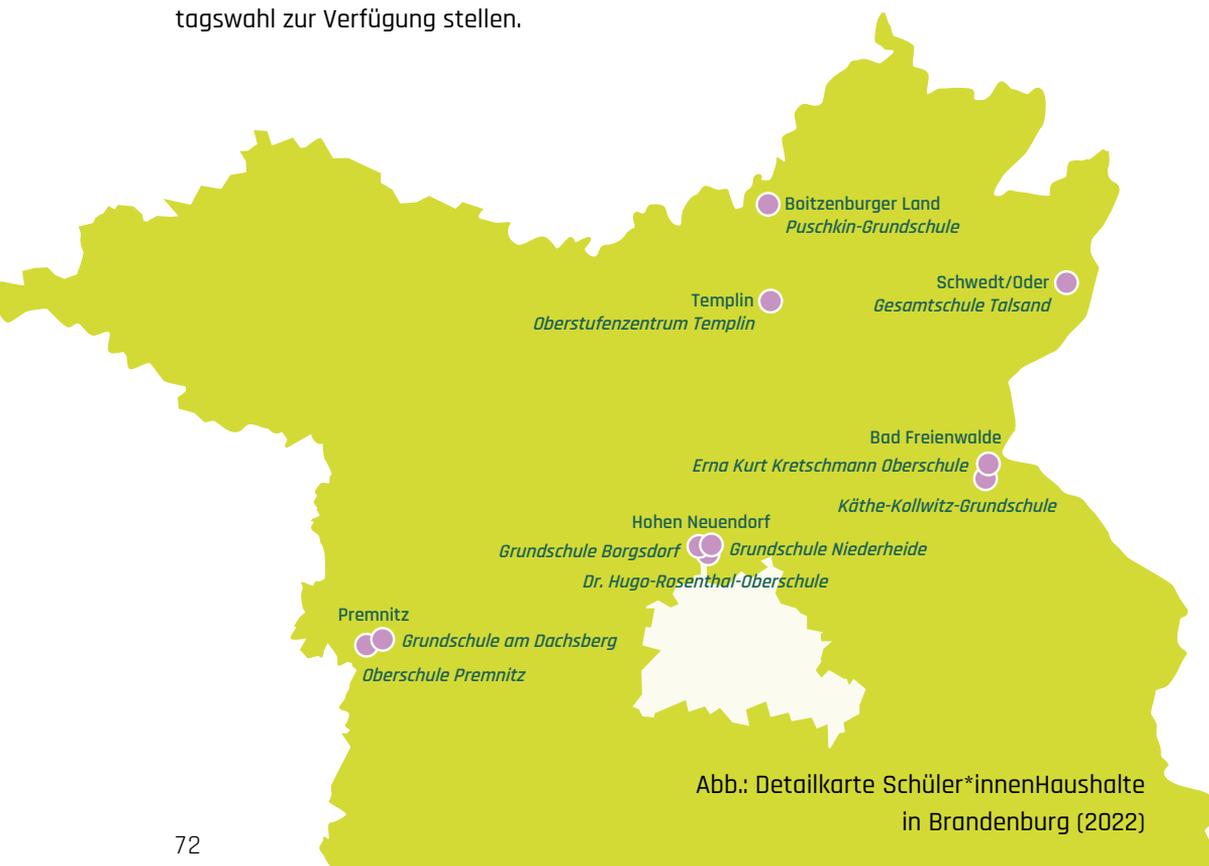


Abb.: Detailkarte Schüler*innenHaushalte in Brandenburg (2022)

Hochhoffiziell, dass finden die Kinder bestimmt spannend. Ich vermute mit Verkündung der Ergebnisse wird eine neue Phase eingeleitet?

Friederike/Lehrkraft: Ja. Die fünfte Phase ist die Projektumsetzung. Die Projekte mit den meisten Stimmen werden umgesetzt. Das restliche Budget wird auf Projekte verteilt, die innerhalb der Geldsumme machbar sind. Der Prozess schließt mit der sechsten Phase "Evaluation" in Kooperation mit der Servicestelle, der Schule und Stadtverwaltung ab. Es wird zum Abschluss eine feierliche Übergabe der Projektumsetzungen an die Schüler*innen geben.

Worauf sollten sich Menschen vorbereiten, wenn sie Schüler*innen Haushalte implementieren wollen?

Friederike/Lehrkraft: Für mich ist es immer wieder eine spannende Übung, Dinge, die die Kids anders machen, als ich sie machen würde, auch zu akzeptieren und den eigenen „erwachsenen“ Anspruch und Perfektionismus außen vor zu lassen. Zum Beispiel die Recherche zur Einkaufsliste. Ich suche anders nach Preisen, als Kinder es tun. Doch ich übernehme das, was die Kinder herausgesucht haben. Wenn die Ergebnisse abwegig waren, habe ich mich mit ihnen zusammengesetzt. Manche Sachen hätte ich in fünf Minuten erledigt, doch sie brauchten mehr Zeit. Die Kinder sollen das ja lernen. Das muss man aushalten und letztlich ist es schön zu sehen, wie sie an ihren Aufgaben wachsen.

Amelie/Schulsprecherin: Ich wüsste nicht, ob ich das so könnte. Es erstaunt mich immer zu sehen, was Kinder alles machen wollen. Es macht Spaß und es ist schön anzusehen, wie das Ergebnis zustande kommt.

Friederike/Lehrkraft: Es ist bestimmt auch spannend zu sehen, dass Ihr Einfluss habt?

Amelie/Schulsprecherin: *Sie nickt.*

Erich, wie ist das bei Dir, was erlebst Du als herausfordernd?

Erich/Klassensprecher: Die Wahl wird herausfordernd, weil es so viele Schüler*innen sind. Ich habe ein bisschen Angst davor, dass es zu viel werden könnte. Vielleicht wählen welche doppelt.

Carolin, was erlebst Du als herausfordernd?

Carolin/Stadtverwaltung: Die Projektmittel sind politisch beschlossen und im Haushalt eingeplant. Doch wenn Sparmaßnahmen im kommunalen Haushalt anstünden, wären freiwillige Leistungen wie der Schüler*innenHaushalt möglicherweise erste Mittel, die gestrichen würden. Hier muss ich vorbeugen, indem ich Kinder- und Jugendbeteiligung fortlaufend als wichtige und gesetzliche Vorgabe kennzeichne und in den Köpfen der Erwachsenen normalisiere. Wir wollen keine Scheinbeteiligung und Erwachsene müssen lernen, auch etwas Macht abzugeben. Das muss in die Erwachsenenwelt kommuniziert, von ihr akzeptiert und langfristig gewollt sein.

Ein enorm wichtiger Punkt und sehr gut vorausgedacht. Eine letzte Frage in die Runde: Was würdet Ihr einer Person empfehlen, die mit einem solchen Verfahren anfangen möchte?

Friederike/Lehrkraft: Es braucht feste Termine, die in der Schulstruktur verankert sind. Damit wäre einer zusätzlichen Belastung vorgebeugt. Zudem sollten Highlights geschaffen werden. Wir besuchen z. B. die Nachbarschule in Borgsdorf, um mit dem Team dort Erfahrungen auszutauschen. Manchmal gibt es Kuchen oder Musik bei den Treffen. Und immer im Blick behalten, dass es ein Projekt von und für Kinder ist.

Erich/Klassensprecher: Jedes Kind hat es verdient, in dem Schüler*innenHaushalt mitzumachen, deswegen sollte er auch in den jüngeren Klassen veranstaltet werden.

Carolin/Stadtverwaltung: Die Servicestelle war sehr wichtig und es braucht Freiwilligkeit in den Schulleitungen sowie bei den Lehrkräften. Es braucht Überzeugung und die innere Haltung bei den Beteiligten.

Amelie/Schulsprecherin: Hier kannst Du viel lernen, was Du später brauchen wirst: Kompromisse eingehen, zuhören, Erfahrungen sammeln.



Steckbrief

Schüler*innenHaushalt Grundschule Niederheide in Hohen Neuendorf

Ort: Hohen Neuendorf

Höhe des Fondsbeitrages: fünf Euro je Schüler*in jährlich, d. h. ein Betrag von 1.580 Euro (Gesamtbudget in Hohen Neuendorf 8.770 Euro)

Teilnehmende: Grundschüler*innen

Mit der Durchführung beauftragt: Kommune und Schule, unterstützt von der Servicestelle Jugendbeteiligung in Berlin

Ablauf:

Phase 1: Bekanntmachung des Projektes,

Phase 2: Ideensammlung,

Phase 3: Ideenprüfung und Austausch,

Phase 4: Wahlvorbereitung und Wahl,

Phase 5: Projektumsetzung,

Phase 6: Evaluation.

Beispiele für die Umsetzung:

Diese Vorschläge stehen zur Wahl:

- Spielsachen: Parcours Steg- und Koordinationshürden, Riesenseifenblasen, Wakeboards für den Schulhof für die Pausenkiste, mobile Fußballtore mit Rädern, Bällebad,
- Einrichtung: Büchertauschregal, Discokugel in der Turnhalle, Lautstärkeampel in jedem Klassenraum, Hängematten, Uhren in jedem Klassenraum, mobile Kücheneinrichtung, Flachbildschirm und Halterung für einen digitalen Speiseplan über der Essenstheke,
- Schulhof: Budget für insektenfreundliche Pflanzen,
- Diverses: Bemalen der Schulmauer, Restauration der Mosaik-Blume auf dem Schulhof, weil ihr viele Steine fehlen.

Bürgerbudget

Schüler*innenbeteiligung: Das Planspiel „mitspielen“ für Klasse 9 bis 12

Gespräch mit Julia Zimmermann | Potsdam/Eberswalde



Copyright © JUBU

Julia Zimmermann, Projektmitarbeiterin bei JUBU - Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets in Potsdam. Sie entwickelt und setzt Konzepte um für Schule und Projektwochen in Brandenburg.

Das Projekt JUBU entwickelt Konzepte für Projektwochen zum Thema „Bürgerbudget und lokale Demokratie“. Lehrkräfte und Träger der Bildungsarbeit sind eingeladen, diese umzusetzen, und können JUBU für Kooperationen anfragen. Am Beispiel von Eberswalde wird gezeigt, wie eine Beteiligung an der Schule aussehen kann und worauf dabei zu achten ist.

JUBU/KIJUBB ist ein vom Bundesfamilienministerium gefördertes Modellprojekt, es gehört zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Was sind denn Eure Ideen und wie funktioniert Euer Ansatz?

Julia: Das Ziel von JUBU ist es, Wege und Methoden zu entwickeln und zu erproben, um junge Menschen von 16 bis 26 Jahren zu erreichen und Bürgerbudgets für sie aufzuschließen. Wir haben in Brandenburg ungefähr 44 Kommunen mit einem Bürgerbudget. Obwohl junge Menschen in der Regel ab 12 oder 14 Jahren hier mitentscheiden können, sind sie unterrepräsentiert. JUBU möchte dies ändern!

Eberswalde ist, neben Nuthetal und Potsdam, also eine unserer drei Pilotkommunen, in der wir ein Konzept für eine Projektwoche an Schulen für die Klassenstufen 9 bis 11 erarbeiten.

In Eberswalde gibt es ja neben dem Bürgerbudget auch ein Jugendbudget. Was ist da eigentlich der Unterschied?

JUBU ist seit 2021 in Eberswalde aktiv. Es gibt eine Kooperation zwischen Eberswalde und uns. Wir arbeiten eng mit der Kämmerei und der kommunalen Jugendkoordinatorin zusammen. In Eberswalde gibt es noch ein kommunales Jugendbudget, das von der Jugendkoordinatorin durchgeführt wird. Das sind zwei Prozesse, die sich prima ergänzen können, denn während die Kostenobergrenze beim Jugendbudget bei 1.000 Euro liegt, sind es beim Bürgerbudget 15.000 Euro. Was also bei dem einen Verfahren nicht passt, ist vielleicht ideal für das andere. An beiden Prozessen können sich zudem junge Menschen beteiligen, beim Bürgerbudget ist es ab 14 Jahren, beim Jugendbudget ist die Altersspanne 12 bis 27 Jahre.

Schulen bilden einen Schwerpunkt Eurer Arbeit. In Eberswalde habt Ihr konkret mit einer 10. Klasse zusammengearbeitet. Das sind fünf Tage Zeit für Demokratiebildung mit dem Schwerpunkt Beteiligung von Jugendlichen am Bürgerbudget. So richtig freiwillig ist die Beteiligung im Rahmen der Schule nicht, oder?

Sowohl als auch: Wir waren Mitte Juni am Gymnasium in einer 10. Klasse. Die MSA-Prüfungen (Prüfungen für den Mittleren Schulabschluss) waren bereits geschrieben, das Schuljahr aber noch nicht vorbei. Die Schüler*innen wurden von ihrer Lehrerin für Politische Bildung gefragt, ob sie Interesse an einer solchen Projektwoche hätten. Die Teilnahme war dann Bestandteil des Unterrichtes. Die Klasse hat sich entschieden, Vorschläge für das Bürgerbudget zu entwickeln, und hat zwei eingereicht.

Für die Nachahmer*innen unter uns: Wie sieht Euer Konzept für eine Projektwoche aus? Wie kommt es dazu, dass Jugendliche Vorschläge einreichen können?

Wir haben die von uns entwickelte Projektwoche „mit.spielen“ genannt. Sie ist in drei Module aufgeteilt. Im ersten Modul befassen wir uns mit Bürgerbeteiligung im Allgemeinen, deren Funktionsweise in einer Demokratie und mit den Rechten Jugendlicher.

Im zweiten Modul gehen wir spielerisch vor. Wir haben ein Planspiel entwickelt über eine fiktive Bürgerbudget-Kommune, die wir Ellersburg nennen (siehe Kasten S. 80). Dabei einigen sich die Einwohner*innengruppen Ellersburgs, Senior*innen, Familien und Jugendliche, welche Vorschläge sie unterstützen möchten. Die Idee ist, zu verdeutlichen, wenn ich die Interessen anderer berücksichtige und ich mich mit ihnen abstimme, dann hat mein eigener Vorschlag mehr Chancen, eine Finanzierung zu finden. Hier geht es also um Kooperation und Solidarität.

Gleichzeitig werden schon die Grundprinzipien des realen Bürgerbudgets vermittelt: Der Vorschlag muss zu den Kriterien passen. Zu diesen gehört, dass die Kommune für den Aufgabenbereich zuständig sein muss und dass er der Allgemeinheit zugutekommt. So können z. B. Aufgaben des Landes oder des Bundes nicht finanziert werden. Auch muss eine Kostenobergrenze, in Ellersburg sind es 15.000 Euro, eingehalten werden. Ebenso wird die Abstimmung schon geprobt, denn wer z. B. zu viele Stimmen abgibt, dessen Wahl ist ungültig.

Um die Teilnahme am realen Bürgerbudget geht es dann im dritten Modul. Hier orientieren wir uns an dem von uns entwickelten Zyklus der Jugendbeteiligung. Mit diesem wollen wir anhand des Bürgerbudgets die Funktionsweise von Entscheidungen in der Demokratie erfahrbar machen. Am Anfang steht dabei oft ein Austausch über Bedürfnisse. Mittels Landkarten-Methode widmen wir uns den Fragen: Was sind Eure Bedürfnisse? Was sind coole Orte hier? Warum fühlt ihr Euch an manchen Orten nicht willkommen?

Mit solchen Fragen unterstützen wir Jugendliche, Vorschläge zu entwickeln, die aus einer intrinsischen Motivation hervorgehen und mit denen sie sich identifizieren. Entscheiden sich die jungen Menschen für die Einreichung des Vorschlags, entwickeln wir mit ihnen eine Werbekampagne. Es geht ja darum, dass die Ideen bei der Abstimmung möglichst viele Stimmen bekommen. Mit etwas Glück erhält der Vorschlag am Tag der Entscheidung dann eine Finanzierung, so dass nun die Umsetzung ansteht. In Schulen sprechen wir mit den zuständigen Lehrkräften die Begleitung der Umsetzung ab. Dies hat sich als ein wichtiger Schritt erwiesen, denn die Schüler*innen sollten auch eine Mitsprache haben, wo und wie ihr Vorschlag umgesetzt wird.

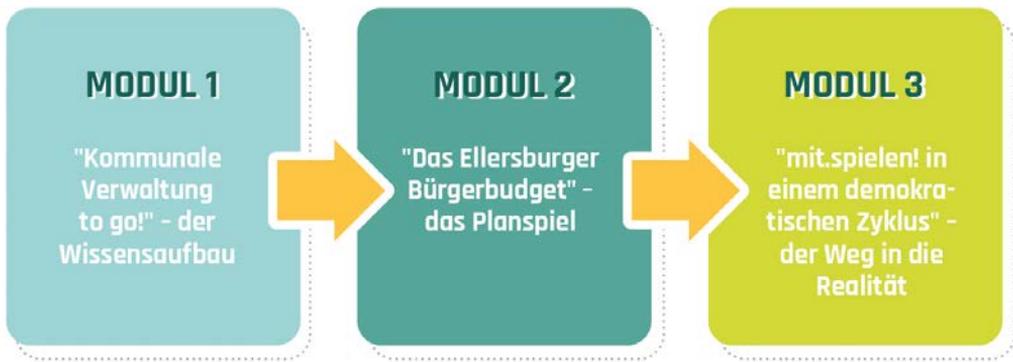


Abb.: Module der Projektwoche „mit.spielen“

Euer Planspiel ist direkt mit dem Brandenburger Rahmenlehrplan Politische Bildung verknüpft. Wie sieht das konkret aus?

Das Planspiel „Das Ellersburger Bürgerbudget“, im Rahmen der Projektwoche „mit.spielen“, fügt sich in den Rahmenlehrplan ein (siehe Abb. mit Kreisdiagramm unten). Es gibt den teilnehmenden Schüler*innen die Möglichkeit, verschiedene Perspektiven auf eine Kommune einzunehmen, Interessen zu verhandeln und die kommunale Verwaltung kennenzulernen, also ein aktives Erleben von Demokratie. Mit der handlungsorientierten Methode des Planspiels bietet JUBU Schüler*innen am Beispiel eines Bürgerbudgets an, demokratische Prozesse in einer fiktiven Kommune anhand von Rollen in einem simulierten Rahmen zu erleben. Die erlernten und erprobten Kompetenzen können zudem auf reales soziales Handeln übertragen werden und unterstützen das Erkennen von Partizipationschancen. Die Schulung der politischen Handlungs- und Urteilsfähigkeiten sowie der methodischen Fähigkeiten durch das Planspiel führen zu einem konzeptuellen Deutungswissen.



Abb.: Inhalte der Rahmenlehrpläne in den Angeboten

Methodenkasten

Das Ellersburger Bürgerbudget – die Planspielsituation

In der Stadt Ellersburg leben 25.000 Einwohner*innen. Sie alle haben die Möglichkeit, unabhängig von ihrem Alter oder auch ihrer Staatsbürgerschaft, einen Vorschlag für das Ellersburger Bürgerbudget einzureichen. Die Kommune Ellersburg stellt ihren Einwohner*innen jährlich 25.000 Euro zur Verfügung. Nach Einreichung und Prüfung der Vorschläge können alle Einwohner*innen über die eingereichten Vorschläge abstimmen. Die Vorschläge mit den meisten Stimmen werden umgesetzt, bis das Bürgerbudget aufgebraucht ist. In Ellersburg leben, wie überall, unterschiedliche Altersgruppen, Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen. Im Planspiel schlüpfen die Schüler*innen in die Rollen der verschiedenen Einwohner*innengruppen, wie Senior*innen, junge Menschen oder Kleinfamilien. Sie verfolgen ihre Interessen und natürlich hoffen alle, dass ihr Vorschlag die meisten Stimmen erhält und damit umgesetzt wird. Doch manchmal funktioniert das nur, wenn man zusammenarbeitet. Können Wege gefunden werden, wie andere Einwohner*innen von der eigenen Idee überzeugt werden?

Okay, das klingt schlüssig. Was macht Ihr, wenn Vorschläge zu Stande kommen, die nicht zu den Auswahlkriterien des Bürgerbudgets passen?

Wir nehmen die Bedürfnisse der Jugendlichen ernst.

Im aktuellen Jahr 2022 kam der Wunsch nach Zugang zu öffentlichen Sportflächen für Jugendliche auf. Das Problem war, dass diese abgeschlossen und damit nicht zugänglich sind. Wir haben die Jugendkoordinatorin der Stadt – im Rahmen des dritten Blockes der Projektwoche – eingeladen, um gerade auch über solche Vorschläge zu sprechen. Sie ist in den Austausch mit den Jugendlichen gegangen. Das Problem wurde gelöst, indem die Jugendlichen den zuständigen Verwaltungsbeamten kontaktierten und einen Nutzungsschein erhielten. Von diesem Verfahren erzählen die Jugendlichen nun auch anderen.

Du hast eben die Jugendkoordinatorin der Stadt erwähnt. Inwiefern ist Austausch mit der lokalen Verwaltung Teil Eures Projektes?

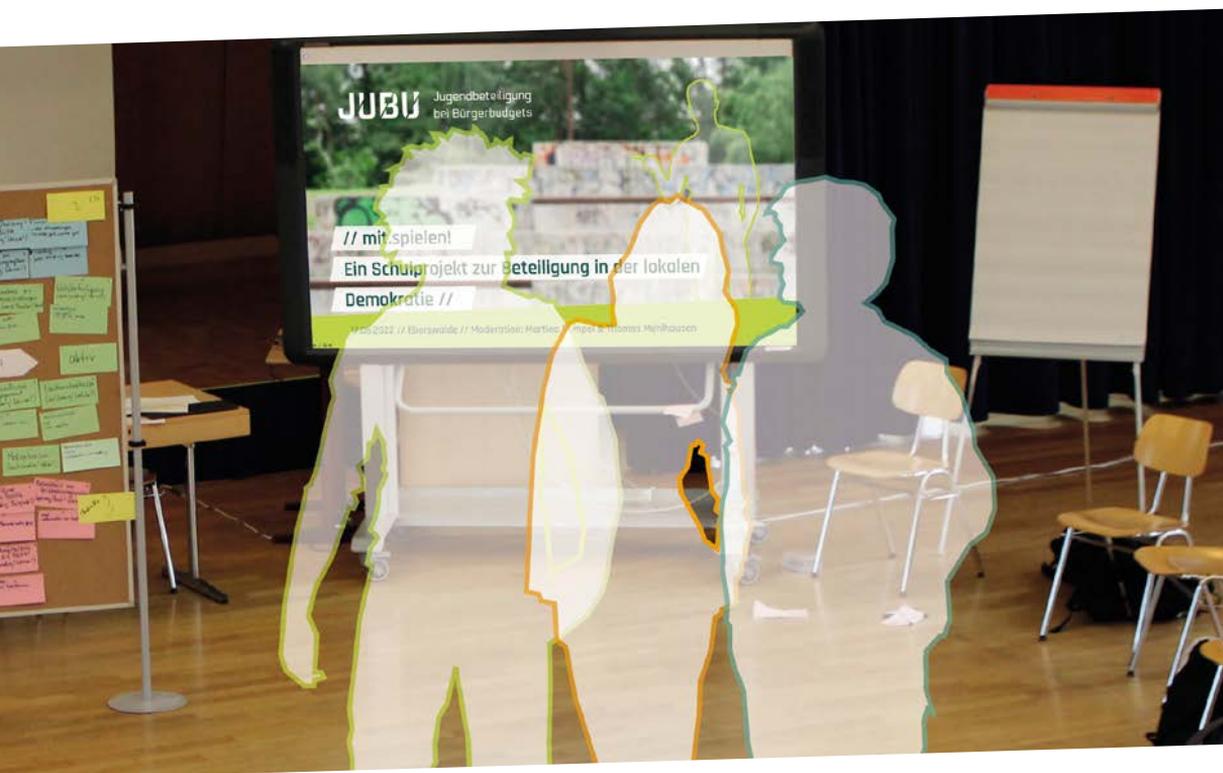
Der Austausch mit der Verwaltung ist essentiell und im Rahmen des demokratischen Zyklus Teil der Vorschlagsentwicklung, denn neben dem Austausch von Erwachsenen und Jugendlichen zu ihren Perspektiven bringt es den Vorteil, dass Vorschläge vorab geprüft werden können. Falls sie (noch) nicht ins Bürgerbudget passen, erhalten die Jugendlichen Hinweise, an wen sie sich wenden können.

So wie in dem Beispiel mit den Sportflächen. Die Jugendlichen wissen nun, dass sie sich an die Verwaltung wenden können. Das ist nachhaltig. Wie nachhaltig ist Euer eigenes Projekt?

Auf der langfristigen Ebene werden wir unsere Erfahrungen für Multiplikator*innen aufbereiten und breitgefächert verfügbar machen, so dass unter anderem Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen diese Themen aufgreifen und methodisch bearbeiten können. Hierfür haben wir das detaillierte Konzept auf unserer JUBU-Homepage www-jugend-budget.de veröffentlicht. Es ist eine Anleitung, die von Lehrkräften oder Bildungsvereinen genutzt werden kann. Gerne unterstützen und beraten wir nach Absprache auch bei der Umsetzung.

Die aus jugendlicher Sicht lange Pause zwischen Vorschlagseinreichung und Abstimmung ist bei vielen Bürgerbudgets herausfordernd. Welche Herausforderungen bestehen darüber hinaus noch?

Eine Herausforderung ist die Frage nach: Wer darf einreichen und wer darf abstimmen? Gerade weiterführende Schulen werden nicht nur von Einwohner*innen der Stadt oder Kommune besucht. Abstimmungsberechtigt für das Bürgerbudget sind allerdings oft nur die Einwohner*innen. Dabei verbringen die Schüler*innen oft viel Zeit vor und nach dem Unterricht in der Umgebung ihrer Schule – oftmals haben sie deshalb einen sehr scharfen Blick auf die Problemstellen ihres Schulorts.



Dank Eurer Arbeit werden diese Leerstellen ja nun nach und nach sichtbar und ich wünsche Euch sehr, dass Ihr eine gute gemeinsame Lösung vor Ort findet.

Hinweis: Das ganze Konzept für die Projektwoche ist zu finden unter:

<https://jugend-budget.de/downloads/>

Steckbrief

Bürgerbudget Eberswalde

Ort: Eberswalde

Höhe des Fondsbetrages: 100.000 Euro

Teilnehmende: Einwohner*innen von Eberswalde ab 14 Jahren

Mit der Durchführung beauftragt: Bürgerbudget allgemein: Kommune selbst, JUBU kooperiert mit Eberswalder Jugendlichen zur Entwicklung von Methoden und unterstützt sie beim Einreichen von Vorschlägen.

Ablauf:

ganzjährig können Vorschläge bis Ende Juni eingereicht werden, Abstimmung online und offline am „Tag der Entscheidung“ Anfang September.

Beispiele für die Umsetzung:

Im Jahr 2022 eingereichte Vorschläge:

- Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten,
- Outdoor-Sportgeräte.



Abb.: Detailkarte der Bürgerbudgets in Brandenburg (2022)

Bürgerbudget

Zukunftshaushalt und Zukunftsrat - Wie direkte Entscheidung und losbasierte Beteiligung kombiniert werden können

Gespräche mit Chiara Judy Riedel und Luise Fröhlich | Werder (Havel)



Copyright © privat

Chiara Judy Riedel, Mitglied des Zukunftsrates beim Zukunftshaushalt von Werder (Havel).

In Werder (Havel) entscheiden beim Zukunftshaushalt junge Menschen über ein Budget von 200.000 Euro, auch über die Vorschläge der Erwachsenen. Es ist eines der weitreichendsten Beispiele für Jugendbeteiligung. Hier werden Zufallsauswahl und direkte Demokratie erstmalig in Deutschland kombiniert. Wir haben mit einer Teilnehmerin gesprochen, die in den Zukunftsrat gelost wurde. Sie übt Kritik und gibt Vorschläge zur Verbesserung. Da knüpft Luise Fröhlich als Koordinatorin für Beteiligung der Stadt (siehe Seite 90ff.) an und skizziert ihrerseits Perspektiven für das weitere Verfahren.

JUBU/KIJUBB: Wie kam es zu Deiner Beteiligung am Zukunftshaushalt?

Chiara: Es gab einen Brief von der Stadt, in dem wir gefragt wurden, ob wir Lust haben, am Zukunftshaushalt mitzuwirken. Das sah sehr amtlich aus und hat mein Interesse geweckt. Über die Homepage habe ich mich dann noch etwas genauer informiert. Schade war allerdings, dass keine neuen Vorschläge eingebracht werden konnten. In der ersten Runde war ich im Zukunftsrat dafür verantwortlich, die bereits eingereichten Ideenvorschläge der Bürger*innen in jugendgerechte Sprache zu übersetzen.

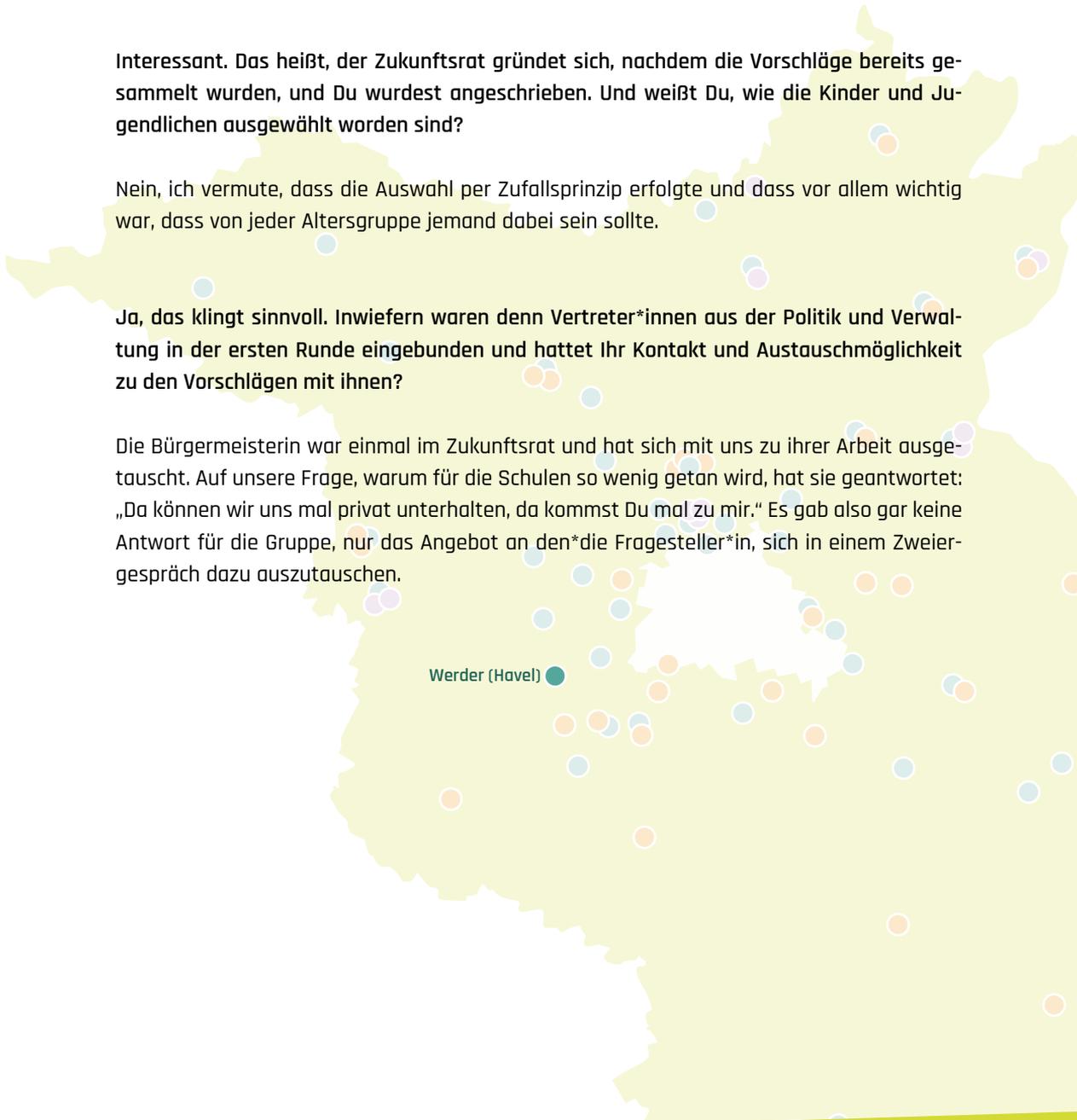
Interessant. Das heißt, der Zukunftsrat gründet sich, nachdem die Vorschläge bereits gesammelt wurden, und Du wurdest angeschrieben. Und weißt Du, wie die Kinder und Jugendlichen ausgewählt worden sind?

Nein, ich vermute, dass die Auswahl per Zufallsprinzip erfolgte und dass vor allem wichtig war, dass von jeder Altersgruppe jemand dabei sein sollte.

Ja, das klingt sinnvoll. Inwiefern waren denn Vertreter*innen aus der Politik und Verwaltung in der ersten Runde eingebunden und hattet Ihr Kontakt und Austauschmöglichkeit zu den Vorschlägen mit ihnen?

Die Bürgermeisterin war einmal im Zukunftsrat und hat sich mit uns zu ihrer Arbeit ausgetauscht. Auf unsere Frage, warum für die Schulen so wenig getan wird, hat sie geantwortet: „Da können wir uns mal privat unterhalten, da kommst Du mal zu mir.“ Es gab also gar keine Antwort für die Gruppe, nur das Angebot an den*die Fragesteller*in, sich in einem Zweiergespräch dazu auszutauschen.

Werder (Havel)



Da ist sicherlich zu klären, was hier schiefgelaufen ist. Vielleicht handelt es sich ja nur um ein Missverständnis. Apropos Engagement, engagierst Du Dich anderweitig?

Eigentlich nicht, aber durch den Zukunftshaushalt bin ich auf die Idee gekommen, selbst Ideen im aktuell laufenden Zukunftshaushalt einzubringen, denn in der ersten Runde waren nicht wirklich viele Ideen für Jugendliche dabei. Aktiv bin ich nun auch im Jugendkomitee für das Baumblütenfest.

Was hat Dich besonders angesprochen, um Dich sowohl im Zukunftshaushalt als auch beim Baumblütenfest zu engagieren?

Die Idee, dass junge Menschen in Werder etwas bewirken können und ihre Stimme gehört wird. Für Jugendliche gibt es viel zu wenig Angebote, es gibt kaum Platz für sie. Und die vorhandenen Möglichkeiten sind mit vielen Vorschriften und Einschränkungen verbunden.



Mit Blick auf die Stimme der Jugendlichen: Was für eine Vorschlagsidee hast Du für den Zukunftshaushalt?

Ich möchte gern Tischtennisplatten am Sandweg aufbauen lassen. Dort stehen nur ein paar Bänke, die werden aber fast nicht genutzt. Die Jugendlichen stören dort niemanden. Außerdem habe ich beim Zukunftshaushalt die Idee eingebracht, die kaputten Möbel und Bänke im Skaterpark durch die Jugendlichen selbst zusammenbauen zu lassen. Das hätte einen hohen emotionalen Wert und die Jugendlichen würden sich damit stärker identifizieren und die Möbel würden langfristig weniger zerstört werden. Das würde die Jugend auch ein Stück weit unter sich regeln.

Ich wünschte auch, dass über den Zukunftshaushalt Plätze geschaffen würden, an denen junge Menschen ihre Identität entfalten können, ohne gleich schwarze Schafe zu sein. Plätze, an denen es nicht so viele Regeln gibt und man auch mal laut sein kann.



Was in Werder würdest Du den Erwachsenen gerne mit auf den Weg geben?

Dass junge Menschen keine Ungeheuer sind und dass sie auch mal jung waren. Wenn sie sich öfter daran erinnern würden, wäre das mit der Akzeptanz der Jugendlichen an öffentlichen Plätzen bestimmt nicht mehr so problematisch.

Methodenkasten

Zufallsauswahlen: Wann ist das sinnvoll und wie wird's gemacht?

Zufallsauswahlen sind eines der besten Mittel, um aus einer großen Gruppe eine annähernd repräsentative kleinere Gruppe auszuwählen. Dies kennen wir zum Beispiel aus Umfragen am Wahlsonntag. In Beteiligungsverfahren sind Zufallsauswahlen mittlerweile weit verbreitet, mal wird von einer Planungszelle gesprochen (das Konzept gibt es bereits seit den 1960er Jahren), heute oft von Bürgerräten.

Ziel: Es geht darum, über die Vielfalt der Teilnehmenden Perspektiven einzubinden, die sich in der Politik oder engagierten Bürgerschaft vielleicht weniger finden. Dabei werden üblicherweise in Workshops gemeinsame Empfehlungen erarbeitet oder, wie im Fall des Zukunftsrates in Werder (Havel), ein Gremium gebildet, dem bestimmte Aufgaben übergeben werden. Oft findet bei den Teilnehmenden eine Aktivierung statt, so dass sie sich auch nach der Zufallsauswahl in der Gemeinde einbringen.

Durchführung: Im Melderegister sind alle diejenigen Menschen gemeldet, die in einer Kommune wohnen. Es kann also per Zufall eine Auswahl getroffen werden, die zum Beispiel auch nicht wahlberechtigte Menschen mit einbezieht. Die Auswahl kann nach Kriterien erfolgen, oft ist dies jedoch nicht notwendig. Wähle ich beispielsweise 100 Personen per Zufall aus, wird die Alters- und Geschlechterverteilung weitestgehend so sein wie in der Gesamtbevölkerung. Will ich aber zum Beispiel sicherstellen, dass aus kleinen Ortsteilen jemand dabei ist, kann dies als Kriterium mit aufgenommen werden. Die Auswahl selbst erfolgt im Melderegister. Das Vorgehen muss mit dem/der Datenschutzbeauftragten abgestimmt werden.

Eine letzte Frage: Was wäre Dein Wunsch an den Zukunftshaushalt?

Und für den Zukunftshaushalt wünsche ich mir mehr Einbindung von Kindern ab 8 und Jugendlichen bis 20 Jahren, also das bisherige Teilnahmealter etwas auszudehnen. Die Bildung eines dauerhaften Jugendkomitees für den Zukunftshaushalt fände ich richtig gut. Es braucht auch mehr Werbung für das Verfahren, und zwar so, dass es die Kinder und Jugendlichen auch erreicht, beispielsweise könnte die zentrale Bushaltestelle viel besser genutzt werden. Über Facebook und die Webseite sind wir nicht zu erreichen.

Leider antworten auf einen Einladungsbrief (z. B. für die Teilnahme an einem Workshop) nur sehr wenige Menschen. Die Rückmeldequoten liegen zwischen 5 - 10 %. Daher werden oft wesentlich mehr Menschen angeschrieben, um die gewünschte Anzahl an Teilnehmenden zu erhalten. Will ich 20 Menschen im Workshop haben, muss ich unter Umständen also 200 oder mehr Menschen anschreiben. Dabei ergibt sich oft das Problem, dass bestimmte Gruppen eher zusagen als andere. Diesem Problem kann zum Beispiel dadurch begegnet werden, dass diejenigen, die keine Rückmeldung gegeben haben, persönlich aufgesucht werden.

Ein wichtiger Faktor für die Rückmeldequote sind gute und leicht verständliche Anschreiben und Begleitinformationen sowie die Bereitstellung von Unterstützung (z. B. Assistenz bei Einschränkungen, Übernahme von Kinderbetreuungskosten etc.). Die Initiative „Es geht LOS“ hat für das Aufsuchende Losverfahren Musterbeispiele und Vorlagen für Kommunen erstellt, die auf der Seite www.aufsuchendeslosverfahren.de heruntergeladen werden können. Hier wird auch das gesamte Verfahren erklärt.

Bei Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, dass die Workshops während der Schulzeit stattfinden, um allen die gleiche Chance der Teilnahme zu ermöglichen. So sind dann Rückmeldequoten von über 20 % möglich.

Über den Autor

Dr. Linus Strothmann ist Ethnologe und Geograf. Er ist Autor mehrerer Artikel und Bücher und setzt sich in der Initiative „Es geht LOS“ für die Verbreitung von losbasierter Beteiligung ein.

Sie wollen mehr erfahren: Im Buch „Wir holen euch ab!“ von Katharina Liesenberg und Linus Strothmann wird das aufsuchende Losverfahren anhand vieler Praxisbeispiele beschrieben.



Copyright © Stadt Werder (Havel)

Luise Fröhlich, Sachbearbeiterin Einwohnerbeteiligung/
Dialog, angestellt bei der Stadt Werder (Havel), sie
koordiniert den Zukunftshaushalt.

JUBU/KIJUBB: Wie ist es denn zu Eurem Zukunftshaushalt gekommen?

Luise: 2018 gab es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgerhaushalt. Der Sachbearbeiter der Stadt, der für die Einwohnerbeteiligung zuständig gewesen ist, wurde beauftragt, ein Konzept zu erstellen. Dazu hat er fast alle Fraktionen interviewt, um so in Erfahrung zu bringen, wie der Zukunftshaushalt am besten zu realisieren ist. In mehreren Fraktionen kam die Idee auf, einen Teil des Geldes für Jugendprojekte auszugeben. In Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (KIJUBB) und den Schulen wurde daraus der Zukunftshaushalt ausgearbeitet. Das war der Auftakt zur Umsetzung des § 18a der Brandenburger Kommunalverfassung zur Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Für den Zukunftshaushalt können alle Einwohner*innen Vorschläge einreichen. Die Besonderheit ist, dass Kinder und Jugendliche entscheiden, welche Ideen umgesetzt werden. Das Verfahren ist im Jahr 2020 gestartet und findet alle zwei Jahre statt. Wir können heute also schon eine kleine Bilanz ziehen.

Das ist total spannend und ungewöhnlich. Kannst Du das Verfahren bitte kurz skizzieren, damit wir uns ein besseres Bild machen können?

Ja. Es gibt fünf Phasen: In der ersten Phase werden Vorschläge eingereicht, dafür haben wir zwei Monate eingeplant. Pandemiebedingt fand die Einreichung im ersten Durchlauf digital statt. Wir haben dazu eine Beteiligungsplattform bzw. den E-Mail- und Postweg genutzt. In 2020 sind 65 Ideen eingegangen, im Jahr 2022 waren es 72.

In der zweiten Phase werden die Vorschläge durch die Verwaltung geprüft, dies geschieht nach bestimmten Kriterien wie z. B. Umsetzbarkeit, Kostenkalkulation und möglichen Kooperationen mit gemeinnützigen Vereinen als Projektpartner. Wichtig ist auch, dass es keine hohen Folgekosten gibt und dass sich der Vorschlag am Gemeinwohl orientiert. Die Vorschlagsliste wird dann den Stadtverordneten vorgelegt. Beim ersten Durchgang wurden 43 Ideen zugelassen, die zur Abstimmung an die Kinder und Jugendlichen übergeben wurden.

Werder (Havel)

Das ist ja ein sehr fruchtbares Ergebnis. Wie verlief die dritte Phase?

Da kommt der Zukunftsrat ins Spiel. 2020 wurden per Zufallslosung 100 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren angeschrieben. Wichtige Auswahlkriterien waren der Ortsteil, aus dem die Kinder und Jugendlichen kommen, ihr Alter und eine gerechte Geschlechterverteilung. Es haben sich 23 für den Zukunftsrat angemeldet. Sie hatten die Aufgabe, die Wahl an den Schulen vorzubereiten, indem sie die Vorschläge auf kinder- und jugendgerechte Sprache überprüft haben. Außerdem wurden sich ähnelnde Vorschläge wegen möglicher Konkurrenzen zusammengefasst. Der Zukunftsrat hat sich auch damit beschäftigt, wie die Stimmenabgabe auf die Vorschläge erfolgen sollte.

In diesem Jahr soll es einen zentralen Wahntag in den Schulen geben. Mitglieder des Zukunftsrats sollen vor Ort sein und den Prozess begleiten. Anschließend werden die Stimmen gemeinsam im Zukunftsrat ausgezählt und die Stadtverordneten über das Ergebnis informiert. Vorbereitend dazu sind bereits zwei Treffen des Zukunftsrates geplant, die ich mit der Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung begleite. Vor zwei Jahren hat die Bürgermeisterin eines der Treffen besucht. Zukünftig ist es unser Wunsch, dass der Zukunftsrat stärker in die vierte Phase, die Umsetzung, eingebunden wird.



Wie ist denn die Umsetzungsphase bisher geplant?

Der Haushalt stellt das Geld für die Projekte bereit. 2020 wurden zwölf Vorschläge umgesetzt, z. B. eine Graffiti-Wand und ein Outdoorfitness-Park. Es wurden auch Projekte gewählt, die älteren Menschen zugutekommen. In der fünften Phase, der Evaluation, haben wir uns mit den Fragen beschäftigt: „Was wollen wir ändern? Und was beibehalten?“

Für den aktuellen Durchgang im Jahr 2022 haben wir unter anderem gelernt, dass es eine spezielle Didaktik braucht, damit Kinder und Jugendliche ermutigt und befähigt werden, nicht nur zu entscheiden, sondern auch eigene Ideen einzureichen. Wir haben deshalb einen Workshop durchgeführt.

Das ist ja interessant. Wie habt Ihr den umgesetzt?

Ich habe die Schulsozialarbeiter*innen, den Jugendclub und die Verwaltung eingebunden. Durch die Verteilung von Flyern wurde auf den Workshop aufmerksam gemacht. Das Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung hat eine Ideenwerkstatt vorbereitet und wir haben mit einem abschließenden Grillevent gelockt. Obwohl sich nur acht Teilnehmende angemeldet hatten, waren 35 vor Ort. Es fand ein sehr produktiver Austausch statt und wir konnten 14 Vorschläge ausarbeiten, eingereicht wurden: eine 2. Graffiti-Wand zum Beispiel oder der Vorschlag für einen Projekttag, an dem Werder (Havel) von den Schüler*innen sauber gemacht wird.



Copyright © JUBU

Dann drücke ich den Jugendlichen die Daumen. Mit Blick auf Eure Erfahrungen: Was würdet Ihr noch verändern oder auch beibehalten?

Präsenz zu zeigen, gerade in Form des Zukunftsworkshops für die Kinder und Jugendlichen, hat sich sehr gelohnt. Dass sich an dem Workshop von den neun Schulen in Werder fast nur Grundschulen beteiligt haben, müssen wir hingegen reflektieren und entsprechend handeln. Aus der Stadtverordnetenversammlung kam außerdem der Wunsch auf, den Zukunftshaushalt generationsübergreifend weiterzuentwickeln, also werden wir schauen, wie etwa die Senior*innen mehr eingebunden werden können. Dazu gab es in diesem Jahr schon ein erstes Informationstreffen mit dem Seniorenbeirat.

Vielen Dank für diese hilfreichen Einblicke. Eine letzte Frage möchte ich Dir noch stellen. Was würdest Du jemandem empfehlen, der mit diesem Verfahren beginnen möchte?

Zusammenarbeit ist wichtig: So haben die Schulen bei uns zum Beispiel eine tragende Rolle. Das Projekt kann man nicht alleine umsetzen, hilfreich ist auch ein Beschluss durch die Stadtverordneten. Ich wünsche den Parlamenten und Verwaltungen den Mut, offen zu sein und Aufgaben auch an die Kinder und Jugendlichen abzugeben. Das war bisher eine wichtige positive Erfahrung.



Steckbrief

Zukunftshaushalt Werder (Havel)

Ort: Werder (Havel)

Höhe des Fondsbetrages: 200.000 Euro/zweijährlich

Teilnehmende: Alle Einwohner*innen können Vorschläge einbringen, die dann von Schüler*innen ab der 4. Klasse abgestimmt werden.

Mit der Durchführung beauftragt: Eine bei der Kommune angestellte Sachbearbeiterin ist für Einwohnerbeteiligung und das Gesamtverfahren Zukunftshaushalt verantwortlich.

Ablauf:

Phase 1: Einreichung von Vorschlägen durch alle Einwohner*innen,

Phase 2: Prüfung der Vorschläge durch die Stadtverwaltung und Vorlage der Vorschlagsliste an die Stadtverordnetenversammlung,

Phase 3: Bildung des Zukunftsrates per Zufallslosung (Kriterien: Wohnort, Alter, Geschlecht) + Wahl der Vorschläge durch die Kinder und Jugendlichen,

Phase 4: Umsetzung der gewählten Ideen,

Phase 5: Evaluation des Prozesses.

Beispiele für die Umsetzung:

- Graffiti-Wand: Am neuen Jugendzentrum Haus am See wird eine Graffitiwand gebaut und es findet ein Workshop dazu statt.
- E-Sports-Turnier: Ebenfalls im Jugendzentrum wird ein E-Sports-Turnier veranstaltet.
- Outdoor-Fitness-Park: In den Havelauen werden Outdoor-Fitness-Geräte aufgestellt.
- Sportanlage: Im Stadtgebiet wird eine Calisthenics-Anlage für Körperengewichtsübungen aufgebaut.
- Mehr Bänke: Im Stadtgebiet werden Bänke für insgesamt 10.000 Euro aufgestellt.
- Größere Mülleimer: In besonders frequentierten Stadtbereichen werden Mülleimer durch größere Mülleimer ersetzt.
- Wasserzugang: In der Luisenstraße wird am Wasser ein kleiner Platz mit seniorengerechten Bänken gestaltet.
- Labor Digitales Gestalten: An der Volkshochschule werden vier Kurse im Themenbereich Digitales Gestalten kostenfrei angeboten.

#machtmal18a

§ 18a BbgKVerf – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen



Foto: Madeleine von #anBahnen

Auswirkungen
des 18a auf die
Beteiligung von
Kindern und
Jugendlichen



Band I und II der JUBU-Reihe

www.jugend-budget.de/downloads



 @JUBUmitMachen

 @JUBU_mitMachen

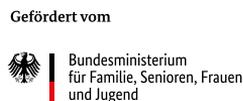
Ob Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets oder Schüler*innenHaushalte – sogenannte fondsba-
sierte Verfahren haben sich in den letzten Jahren rasch verbreitet. Sie können die Beteiligungs- und
Mitwirkungsrechte junger Menschen an allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten, die die Bran-
denburger Kommunen aufgrund des § 18a BbgKVerf zusichern müssen, ergänzen und gehören somit zu
den neu geschaffenen Möglichkeiten, mit denen die Beteiligung junger Menschen gefördert werden soll.

In diesem Band werden pädagogische Hintergründe und Konzepte der neuen Beteiligungsmöglichkeiten
vorgestellt. Pädagogische Fachkräfte und junge Menschen berichten zudem in Interviews von ihren Er-
fahrungen in der Praxis: Was trägt zum Gelingen der sogenannten fondsbasierten Verfahren bei? Wel-
che Probleme können auftreten und wie können Hindernisse überwunden werden?

Das Projekt JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets ist ein Modellprojekt des Bundesprogramms
„Demokratie leben!“ in Trägerschaft des mitMachen e. V. Das Projekt unterstützt Kommunen und freie
Träger bei der Beteiligung junger Menschen an Bürgerbudgets und bietet Formate für Schule und Offene
Jugendarbeit an.

Das KIJUBB – Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg ist ein Projekt in Trä-
gerschaft der Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg – Gemeinschaftsstiftung des Paritätischen Wohl-
fahrtsverbandes in Brandenburg, das sich für die Beteiligung junger Menschen einsetzt. Zur Umsetzung
des § 18a BbgKVerf arbeitet das Kompetenzzentrum mit Kommunen, Landkreisen, Trägern und Einrich-
tungen sowie direkt mit jungen Menschen zusammen.

Diesen Band finden Sie auch auf
www.jugend-budget.de/downloads
www.jugendbeteiligung-brandenburg.de/mediathek



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

